SAAR

CDU SAAR

Der Mensch im Mittelpunkt:

Veränderungsagenda von CDU Saar und Tobias Hans – So geht Zukunft.

Programm der CDU Saar für die Landtagswahl 2022

LAND

1. Der Mensch im Mittelpunkt: Veränderungsagenda von CDU Saar und Tobias Hans – So geht Zukunft.

Unser Saarland steht in den nächsten fünf Jahren vor großen Veränderungen und Herausforderungen. Die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Digitalisierung, Automatisierung und Elektromobilität. Die Umstellung auf mehr Nachhaltigkeit in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Aber auch die Sorgen der Menschen und ihr Bedürfnis nach Sicherheit, Zusammenhalt und Geborgenheit – gerade in Zeiten des Umbruchs.

Wir – die CDU Saar und Tobias Hans als Ministerpräsident – wollen unsere Heimat in eine gute Zukunft führen. Wir wollen Lebensqualität sichern und Zukunftschancen nutzen. Dazu haben wir klare Vorstellungen, klare Handlungskonzepte und vor allem eine klare Haltung: Wir lehnen uns nicht gegen Veränderungen auf, wir gestalten Veränderung! So haben wir es immer getan, und so machen wir‘s auch in Zukunft! Das Ziel: ein modernes Saarland, im dem alle Bürgerinnen und Bürger gut und sicher leben können und in dem Zusammenhalt und Menschlichkeit noch was gelten. Dafür machen wir Politik im Saarland und für das Saarland.

Zu unserer Identität gehört, dass man in Zeiten großer Herausforderungen zusammenhält. So wie auch jetzt wieder in der Corona-Pandemie. Der weitaus größte Teil der Menschen unterstützt die notwendigen Schutzmaßnahmen. Die Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Pflegekräfte leisten Herausragendes zum Schutz vor dieser Krankheit. Und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Gesundheitsversorgung arbeiten rund um die Uhr für dieses Land und die Menschen dieses Landes. So haben wir uns einen bundesweiten Spitzenplatz bei den Impfungen und damit den Weg zurück in die Normalität erkämpft. Allen, die dazu beitragen und beigetragen haben, schulden wir Dank und Respekt – besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Gesundheitswesen, die mit aufopferungsvollem Einsatz noch größere Pandemieschäden verhindert haben. Dieser Gemeinsinn, diese Solidarität sind typisch für unser Saarland. Danke dafür – so geht Zukunft!

Die Pandemie hat gezeigt: Wenn‘s drauf ankommt, ziehen wir an einem gemeinsamen Strang. Die Pandemie hat aber auch gezeigt, wo wir in Zukunft und für eine gute Zukunft unseres Landes „den Hebel ansetzen“ müssen. Sie hat uns gezeigt: Wenn alles gut werden soll, muss man bereit sein, manches zu verändern. Wir müssen bereit sein für die Modernisierung unseres Landes – auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und auf Verwaltungsebene:

- ☐ **Gut und sicher leben im Saarland von heute:** Die Menschen im Saarland können sich darauf verlassen: Tobias Hans und die CDU Saar sorgen für leistungsfähige Kommunen, für funktionierende Infrastrukturen und eine moderne bürgernahe Verwaltung. Wir sorgen für eine leistungsfähige Polizei und Justiz, damit sich die Menschen sicher fühlen und auf den Rechtsstaat vertrauen können. Sicherheit ist uns als CDU Saar ein ganz wichtiges Ziel: Um auch in Zukunft gut und sicher hier im Saarland leben zu können, brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum, brauchen wir attraktive Städte, Gemeinden und Dörfer, brauchen wir eine Versorgung mit klimafreundlicher Energie, die ebenso sicher wie bezahlbar ist. Sicherheit bedeutet aber auch ein gutes soziales Miteinander, ehrenamtliches Engagement und ein vielfältiges kulturelles Leben. Sicherheit und Zusammenhalt – das ist unser Programm! Dafür

setzen wir jetzt das Jahrzehnt der Investitionen und der Modernisierung konsequent um. Dafür gestalten wir den gesellschaftlichen Wandel in unserem Land. Denn: So geht Zukunft!

- ☐ **Neue Ideen und innovative Konzepte für das Saarland von morgen:** Unser Saarland hat Zukunft, wenn aus den Ideen, Innovationen und Investitionen vieler mutiger, fleißiger und kreativer Menschen eine neue wirtschaftliche Dynamik erwächst. Daher werden wir aus dem Saarland eine Modellregion für die Digitalisierung von Wirtschaft, Verwaltung, Schule und Gesellschaft machen. Wir wollen mit unserem Bildungskonzept Q+ das deutschlandweit beste Schulwesen schaffen und das exzellente Niveau und die „Leuchttürme“ unserer Forschungs- und Hochschullandschaft weiter ausbauen. Mit unserer Innovations- und Digitalisierungsstrategie soll eine neue Gründerdynamik entstehen und unser Land international als ein attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort bekannt werden. So bewältigen wir den wirtschaftlichen Strukturwandel, so halten wir die jungen Menschen hier im Land, so ziehen wir viele andere aus aller Welt an. So geht Zukunft!

Fundament unserer Zukunftsstrategie ist und bleibt eine solide Haushaltspolitik, sie ist seit Jahren das Markenzeichen CDU-geführter Landesregierungen. Nur mit der Schuldenbremse und der Rückführung unserer bisherigen Verschuldung haben wir die finanziellen Spielräume geschaffen, um die Schutzschirme und Stabilisierungsmaßnahme der letzten beiden Corona-Jahre auflegen und gleichzeitig das Jahrzehnt der Investitionen einleiten zu können. Jetzt investieren wir massiv in die Infrastrukturen unseres Landes – von Schulen über Straßen, den Breitbandausbau sowie öffentlichen Gebäude. Mit dem Saarland-Pakt nehmen wir die Kommunen mit auf diesen Zukunftsweg. Unser Anspruch ist, dass alle Saarländerinnen und Saarländer auch in Zukunft gut und sicher in ihrer Heimat leben können. Nur wenn wir unsere hohe Lebensqualität aufrechterhalten, werden auch unsere Kinder und Jugendlichen ihre persönliche Zukunft hier im Land sehen. Nur so geht Zukunft!

Die CDU Saar und Tobias Hans präsentieren hiermit ihren Zukunftsplan für das Saarland von heute, von morgen und von übermorgen. Wir wollen ein modernes und menschliches Saarland. Mit Zuversicht und Stärke packen wir die damit verbundenen Aufgaben an. Dafür bitten wir am 27. März 2022 um das Vertrauen der Saarländerinnen und Saarländer.

2. Starke Wirtschaft, gute Jobs – Wir sorgen dafür!

☐ **Fit für den Wettbewerb:** Viele inhabergeführte mittelständische Firmen, teilweise aber auch industrielle Betriebe sind durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie an den Rand ihrer Belastungsgrenze gekommen; sie ringen um ihre Existenz und brauchen jetzt die volle Unterstützung von Bund und Land, um wieder richtig „auf die Beine zu kommen". Unsere Industrie- und Mittelstandspolitik wird daher mit finanziellen Fördermitteln und passgenauen Unterstützungsangeboten dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Saarwirtschaft zu erhalten. Dazu gehört, die marktfähigen Geschäftsmodelle, Produkte und Dienstleistungen auf die neuen Anforderungen der Digitalisierung und Globalisierung auszurichten; dazu gehören auch innovative Antworten auf den demographischen Wandel, vor allem auf den zunehmenden Fachkräftemangel.

☐ **Zukunftsaufgabe Transformation:** Unsere Industriebetriebe, aber auch die vielen mittelständischen Unternehmen werden in den nächsten Jahren eine Reihe gravierender technologischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungsprozesse zu bewältigen haben; dabei werden wir sie nicht alleinlassen. Vor allem die Zukunft der energieintensiven Stahl- und Automobilindustrie, aber auch anderer Branchen wird davon abhängen, dass die Umstellung auf neue Technologien wie etwa den 3D-Druck, Blockchain oder alternative Energiekonzepte gelingt. Wir sind überzeugt: unsere Saar-Wirtschaft schafft diese gewaltige Transformationsaufgabe – wir als CDU Saar sorgen für die richtigen Rahmenbedingungen und unterstützen diese Umstellungsprozesse. Unser Ziel: den Strukturwandel – wie auch früher – wieder einmal erfolgreich bestehen! Denn nur unternehmerische Wertschöpfung, die auch zu steuerlicher Wertschöpfung führt, hilft uns, Arbeitsplätze zu erhalten und ein eigenständiges Bundesland zu bleiben.

2.1. Für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Saarland

☐ **Faire Regulierung, fairer Wettbewerb:** Die Industrie ist das Rückgrat der Saarwirtschaft. Wir werden daher auf allen Ebenen – EU, Bund und Land – die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saarland gegen jedwede industriefeindliche Reglementierung verteidigen. Insbesondere die Stahl- und Automobilindustrie sowie die daran hängenden Dienstleistungs- und Zulieferketten sind für das Saarland von höchster Systemrelevanz – und zwar unter Beschäftigungs-, wie unter Wertschöpfungsgesichtspunkten. Mit uns gibt es keine stahl- und industriefeindliche Regulierung zulasten unserer Wettbewerbsfähigkeit. Mit Verlagerung industrieller Produktion in Billiglohnländer ist dem Klima nicht geholfen; wir brauchen stattdessen faire Bedingungen im globalen Wettbewerb der Industriestandorte und setzen auf technologische Innovation. Denn Klimaschutz gelingt im weltweiten Maßstab nur durch unternehmerisches Knowhow.

☐ **Zukunft für das Autoland Saarland:** Das Saarland ist Autoland und muss das auch in Zukunft bleiben. Aber: die Automobilindustrie steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Wir wollen, dass das Auto der Zukunft im Saarland gebaut wird. Daher muss unsere Automobilindustrie Schritt für Schritt ihre Abhängigkeit von verbrennungsmotorbasierten Zulieferprodukten überwinden

und den automobilen Strukturwandel in Richtung Elektromobilität, Automatisierung und Digitalisierung schaffen. Damit dieser Transformationsprozess gelingt, werden wir auf der Basis des erfolgreichen automotive.netzwerk-saarland ein neues Mobilitäts-Kompetenzzentrum (mobility.transformation.hub) an der Universität schaffen, das eng mit den außeruniversitären Instituten kooperiert; so intensivieren wir die Forschung und Entwicklung vernetzter, automatisierter und alternativer Mobilitätskonzepte sowie innovativer Antriebstechnologie.

☐ **Ansiedlungsmanagement ist Chefsache:** Um starker Industriestandort zu bleiben, brauchen wir weitere Ansiedlungen. Für uns ist klar: Tobias Hans als Ministerpräsident hat hier bereits geliefert; er hat sich erfolgreich eingesetzt – und zwar für Großansiedlungen wie den Batteriehersteller SVolt, aber auch für strategisch wertvolle Ansiedlungen wie das ZF-Forschungszentrum für KI und Cybersicherheit, das die Zukunft der Mobilität von morgen erforscht. Wir nutzen unsere Verbindungen zu den Entscheidern in den Konzernzentralen, um unser Land mit seinen starken wissenschaftlich-technologischen Kompetenzen und seiner Produktionsexzellenz als Investitions- und Innovationsstandort zu vermarkten. Wir stehen für aktive Ansiedlungspolitik zur Diversifizierung unserer Saarwirtschaft. Ansiedlungsmanagement bleibt auch in Zukunft Chefsache!

☐ **Kreislaufwirtschaft – Chance für den Industriestandort:** Die Ansiedlung einer Batteriefabrik im Saarland ist ein großer Schritt hin zu einer klimaneutralen, nachhaltigen Mobilität. Schon in wenigen Jahren werden wir allerdings vor der Herausforderung stehen, die wertvollen und knappen Rohstoffe, die in ausgedienten Fahrzeugbatterien stecken, wieder zurückzugewinnen und erneut zu nutzen. Das Saarland hat als innovativer Automobilstandort das Potenzial, beim Recycling von Fahrzeugbatterien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ganz generell wird die Führung von Rohstoffen in Kreisläufen (Recycling), aber auch die optimale Nutzung von industrieller Abwärme zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor – und zwar nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen zunehmender Knappheiten auf dem Gebiet der Rohstoffe. Als Industriestandort mit langer industrieller Tradition und Kompetenz ist das Saarland prädestiniert dafür, sich als Standort einer „Zukunftskreislaufwirtschaft“ zu positionieren. Wir werden daher eine Strategie auf den Weg bringen, um hier neue Unternehmen anzusiedeln und bereits ansässige Betriebe zu stärken.

☐ **Heimische Rohstoffe nutzen – Umwelt schützen:** Das Saarland verfügt über Bodenschätze, die in unserer Heimat weiterverarbeitet und genutzt werden können. Der Umwelt nützt dies insbesondere durch kurze Transportwege. Vor diesem Hintergrund wollen wir ein saarländisches Rohstoffkonzept erarbeiten, das Bedarfe und Vorkommnisse zusammenbringt und – unter Wahrung der Interessen der Bevölkerung sowie umwelt- und naturschutzrechtlicher Belange – einerseits die Deckung des heimischen Bedarfs auch für die nächsten Jahrzehnte sichert und andererseits die Rohstoffgewinnung und -verarbeitung vor Ort ermöglicht.

☐ **Klimaneutrale Energie – nationale Gemeinschaftsaufgabe:** Unsere Klimaziele erreichen wir nur durch einen massiven Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, des Stromnetzes sowie der Speicherkapazitäten; nur so lassen sich der steigende Strombedarf durch die Elektrifizierung des Verkehrs sowie die Produktion von grünem Wasserstoff decken. Keine Frage: es ist hier keine Zeit mehr zu verlieren; Planungs- und Genehmigungsverfahren

von Energieerzeugungsanlagen müssen erheblich beschleunigt werden; zudem müssen die Stromnetze in Deutschland und Europa schneller ausgebaut werden. Eine Dekarbonisierung der Stahlindustrie ist für uns nur mit verlässlichen und fairen Rahmenbedingungen denkbar; sie bedarf vor allem einer massiven Unterstützung und bundes- und europapolitischer Flankierung. Es gilt, Brüche und jede Gefährdung des Industriestandortes Saarland zu vermeiden!

☐ **Wettbewerbsfähige Stromkosten:** Die Elektrifizierung betrifft nicht nur den Verkehrsbereich, sondern auch weite Teile des industriellen Sektors. Damit wird auch eine effiziente Nutzung von konventionellen, aber auch von neuen Industrieanlagen unausweichlich, um einem gesteigerten Strombedarf entgegenzuwirken. Da für viele Industrien die Stromkosten einen erheblichen Teil der Betriebskosten darstellen, sind sie ein zentraler Hebel, um auf dem internationalen Markt auch wettbewerbsfähig zu sein. Für das Saarland kann dies zu einem erheblichen Standortrisiko werden: bereits heute gehört Deutschland bei den Energiekosten zu den teuersten Standorten in Europa; und bereits heute liegt das Saarland deutschlandweit an der Spitze der Kostenvergleiche. Wir werden dies auf der Basis eines internationalen Monitorings noch einmal kritisch untersuchen und aufarbeiten; anschließend werden wir mit den Unternehmen der Energiewirtschaft über ein Steuerungskonzept für wettbewerbsfähige Energiepreise am Industriestandort Saarland beraten.

☐ **Zukunftstechnologie Wasserstoff:** Die Transformation der Grundstoffindustrien und damit auch der Stahlindustrie hin zur Klimaneutralität kann langfristig nur auf der Basis von Wasserstoff gelingen. Deshalb setzen wir als CDU Saar auf grünen Stahl, der mit klimaneutralem Wasserstoff produziert wird. Langfristig wird dieser Wasserstoff mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden; da wir aber schon kurzfristig große Mengen klimafreundlich erzeugten Wasserstoffs benötigen werden, sind wir offen für blauen und türkisfarbenen Wasserstoff, der klimafreundlich aus Erdgas produziert wird und eine wichtige Brücke zu einer grünen Wasserstoffwirtschaft darstellt.

☐ **Kein Green Deal ohne Green Steel:** Für uns gibt es keine grüne Klimapolitik ohne grüne Industriepolitik, also ohne tragfähige staatliche Investitionsförderung. Wir setzen auf eine starke Allianz mit dem auch stark industriegeprägten Nordrhein-Westfalen, um auf EU- und Bundesebene gemeinsam für eine finanzielle Förderung für die technologische Transformation zu kämpfen und die Anbindung an ein europäisches Wasserstoffnetz zu schaffen. Wir werden – auch mit Blick auf die Ansiedlung des Batterieherstellers SVolt – unsere wissenschaftlich-technologische Kompetenz auf- und ausbauen – und zwar durch ein Zukunftsenergie-Forschungsinstitut; das sich mit der Erforschung und Entwicklung neuer Speichertechnologien (Speicherkapazitäten, Langlebigkeit und Recycling-Fähigkeit) befasst.

☐ **Platz für die Industrie – und für die Umwelt:** Neue Ansiedlungen brauchen Fläche, die schnell verfügbar ist. Deshalb werden wir stetig Industrieflächen im Saarland entwickeln, damit stets ein ausreichend großes Angebot für alle Bedarfe verfügbar ist. Gleichzeitig bekennen wir uns zur Wiedernutzbarmachung aufgegebener Industrieflächen, sogenannter Brownfields. Diese werden bevorzugt entwickelt. Industriegebäude, die sich durch eine besonders umweltfreundliche Gestaltung z. B. über Fassaden- und Dachbegrünung auszeichnen, werden zukünftig prämiert und erhalten das Siegel „Umweltfreundliche Wirtschaft“. Ganz im Sinne

dieser vorausschauenden Ansiedlungspolitik werden wir uns nach der Wahl an den Masterplan für Industrie- und Gewerbeflächen für die 2030er Jahre machen.

☐ **Bessere Anbindung an die überregionalen Verkehrswege:** Das Saarland braucht eine deutlich verbesserte Anbindung an die nationalen und internationalen Fernverkehrsstrecken; dazu gehören vor allem mehr und bessere Direktverbindungen zu den zentralen Verkehrsknotenpunkten wie etwa die Streckenverbindungen Paris/Saarbrücken/Frankfurt sowie Saarbrücken/Trier/Köln. Im Bereich des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs wird der weitere Ausbau der Niedtalbahn forciert. Eine gut ausgebaute Strecke soll auch eine direkte Zugverbindung zwischen Saarbrücken und Luxemburg nach sich ziehen und auch das Gebiet um Merzig, Mettlach und Saarlouis, wo viele Grenzgänger arbeiten, besser anbinden. Hier fordern wir ein konsequentes Werben gegenüber der Bundesregierung sowie der Partner in der Grenzregion, um notwendige Mittel zu akquirieren. Insbesondere sollen alle notwendigen Untersuchungen und Planungen vorbereitet werden, um bei positiven Bescheiden schnell in die Umsetzung gehen zu können. Wir setzen uns darüber hinaus auch für den Erhalt des Flughafens Saarbrücken ein, der für die Attraktivität des Saarlandes ein unverzichtbarer Standortfaktor ist.

2.2. Rückendeckung für den Mittelstand

☐ **Starker Mittelstand hat Zukunft:** Nicht nur die Industrie, auch die mittelständische Wirtschaft und die Familienunternehmen in unserem Land müssen in den nächsten Jahren ihre Geschäftsmodelle den Herausforderungen einer neuen Zeit anpassen. Tobias Hans und die CDU Saar werden den Mittelstand dabei unterstützen, sich auf neue Technologien wie etwa den 3D-Druck, auf neue Herausforderungen wie eine bessere Energieeffizienz und auf neue Märkte wie den Online-Handel und die neue Plattform-Ökonomie einzustellen. Dazu werden wir flächendeckend im ganzen Land und in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften ein neues Beratungs- und Unterstützungsangebot für den Mittelstand aufbauen. Dieses „Zukunftsnetzwerk Mittelstand“ wird jedem interessierten Unternehmen auf der Basis kostenloser Initialberatungen einen ersten „Mittelstands-Fitness-Check“ anbieten und Wege zu Modernisierung, Weiterentwicklung und Ausbau ihres Geschäftsmodells aufzeigen.

☐ **Runter mit Steuern und Abgaben:** Wenn unser Mittelstand auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben soll, ist es zwingend notwendig, ihn von Bürokratielasten zu befreien, seine Steuer- und Abgabenbelastung zu senken und damit Liquidität ebenso wie die Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Wir werden dazu auf der Ebene des Bundesrates eine Initiative zur Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einbringen und uns für eine Neuregelung zum Verlustrücktrag einsetzen, die sowohl zeitlich als auch der Höhe nach zu einer Ausweitung der steuerlichen Spielräume führt; damit verbessern wir auch die Eigenkapitalsituation mittelständischer Unternehmen.

☐ **Keine Zukunft ohne Einzelhandel:** Unser Einzelhandel braucht lebendige und abwechslungsreiche Innenstädte. Deshalb haben Lärmschutz, ausreichende Stellplätze, Grün- und Abstandsflächen sowie Fassaden und Dachbegrünung an Gebäuden auch für den lokalen

Einzelhandel eine hohe Bedeutung. Wir unterstützen den Einzelhandel dabei, mit Innovationen nicht nur zum Online-Handel aufzuschließen, sondern Kunden langfristig wieder zurückzugewinnen; dazu gehören vor allem neue digitale Vertriebswege, die lokale Präsenz verbinden mit kundengerechten interaktiven lokalen Plattform-Konzepten: also beim örtlichen Händler telefonisch oder im Netz bestellen, Lieferung entgegennehmen oder vor Ort bzw. an einem örtlichen Schließfach abholen – dieses Konzept von „Glokalisierung" im innerstädtischen Einzelhandel (Click&Collect-Abholstationen) wollen wir im Rahmen eines Modellprojektes testen und fördern.

☐ **Volle Rückendeckung fürs Handwerk:** Handwerk hat goldenen Boden; aber auch das Handwerk braucht unsere Rückendeckung. Für die Energiewende braucht es nicht nur gute Ideen, sondern auch Handwerker, die moderne Heizungsanlagen, Ladesäulen oder Photovoltaik-Module fachgerecht installieren. Die CDU Saar unterstützt daher die Handwerkskammer bei ihrer wichtigen Aufgabe, möglichst viele junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk und für eine unternehmerische Selbständigkeit als Handwerksmeister zu begeistern. Dazu gehören auch die Unterstützung der saarländischen Meister- und Technikerschule, einer inzwischen bundesweit anerkannten Kaderschmiede, sowie der komplette Neubau eines überbetrieblichen Bildungssystems. Zusätzlich werden wir den Aufbau einer Motivationskampagne vorantreiben, um die Attraktivität einer Ausbildung im Handwerk und Gewerbe, insbesondere im mittelständischen Bereich, herauszustellen und die daraus resultierenden Karrieremöglichkeiten aufzuzeigen. Als Beitrag zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung werden wir auch zukünftig Absolventinnen und Absolventen der entsprechenden Aufstiegsfortbildungen mit dem saarländischen Aufstiegsbonus („Meisterbonus") fördern. Darüber hinaus wollen wir die bestehenden Hemmnisse bei der grenzüberschreitenden Annahme von Handwerksaufträgen sukzessive abbauen, damit saarländische Handwerker auch ohne das aufwändige Ausfüllen von Formularen zur Entsenderichtlinie grenzüberschreitend tätig werden können.

☐ **Neue Wege im Tourismus:** Wir werden die mittelständische Tourismus-Branche dabei unterstützen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, sich auf neue Kundenerwartungen einzustellen und im Wettbewerb der Destinationen sichtbare Alleinstellungsmerkmale, vor allem beim Rad- und Wandertourismus sowie im Gesundheits- und Kulturtourismus zu schaffen. Wir brauchen ein landesweites Tourismuskonzept, dem sich alle Landkreise anschließen: mit mehr zielgruppenspezifischer Werbung und weniger landkreisspezifischer Ansprache. Als Tourismusland müssen wir das ÖPNV-Angebot stärker an die Bedarfe des Tourismus anpassen, die Rad- und Wanderwege mit Gastronomie und Hotellerie vernetzen, Informationen zu Ausflugs- und Besuchszielen über QR-Code abrufbar machen und als Open-Data bereitstellen. Außerdem brauchen wir ein spezielles Fachkräfteanwerbekonzept für die Gastronomie und die Hotellerie.

2.3. Neue Wege der Gründungsförderung

☐ **Für einen Paradigmenwechsel in der Gründerpolitik:** Unser Land bleibt seit Jahren in Sachen Gründungsdynamik weit hinter seinen Möglichkeiten. Die bisherigen Unterstützungsangebote, wie etwa die regionale bzw. kammergetragene Gründerbetreuung, reichen nicht aus, um das

Gründungsgeschehen im Saarland endlich auf das Niveau anderer Bundesländer und Wirtschaftsstandorte zu bringen. In Zukunft müssen wir die im Land vorhandenen Innovationspotentiale in Zukunftsfeldern wie Informatik, Künstliche Intelligenz und Cybersecurity, Sensorintelligenz und Neue Materialien, Life Sciences und Medizintechnik sowie Automatisierungs- und Prozesstechnik viel stärker als bisher nutzen. Unser Ziel ist es, das Saarland als Hotspot für technologiebasierte und innovative Start-ups überregional zu profilieren und ein innovatives Gründer-Ökosystem zu schaffen. Dies erfordert einen kompletten Paradigmenwechsel in der saarländischen Gründerförderung: weg von Alibi-Aktionen und Schaufenster-Projekten, hin zu wirkungsorientierter Gründerförderung. Deswegen streben wir in der kommenden Legislaturperiode an, dass die Gründungspolitik vollständig in CDU-Hand verantwortet wird.

☐ **Mit dem Saar-Tech-Cycle zum Gründer-Hotspot:** Wir werden die Gründerpolitik im Saarland ganz neu ausrichten und mit dem innovativen Konzept „Saar Tech Cycle“ eine bundesweit vorbildhafte Unterstützungs-, Förder- und Betreuungsstruktur (Gründer-Coaching) aufbauen. Damit werden wir das Saarland auch überregional als eine attraktive Innovationsregion bekannt machen. Mit dem Saar-Tech-Cycle wollen wir den Zugang zu Start- und Wachstumsfinanzierungen wesentlich einfacher machen: wir werden dazu einen finanziell stark ausgestatteten, aktiven Saarland-Gründungsfonds auflegen und damit eine leistungsfähigere Finanzierungsinfrastruktur, insbesondere für die Seed- und Wachstumsfinanzierungsphase schaffen. Dies wird in der Folge auch zu einer deutlichen Belebung des Marktes für Frühfinanzierungen und des Gründungsklimas im Saarland führen. Auch die Zugänge zu privatem Beteiligungskapital werden wir drastisch verbessern, indem wir mit den unternehmerischen Beteiligungsnetzwerken im Saarland eng zusammenarbeiten.

☐ **Innovative Gründungen brauchen besondere Räume**: Gründer-Locations kann es nicht genug geben im Saarland – an den richtigen Orten, mit der richtigen Ausstattung und mit der richtigen Mischung von Geschäftsmodellen! Dazu haben private Investoren in den letzten Jahren großartige Locations und Projekte geschaffen, die wir in Zukunft mit den öffentlichen Angeboten der Gründungsförderung wie dem Saar-Tech-Cycle und dem neuen CISPA-Innovation-Campus vernetzen wollen. Wir unterstützen auch in Zukunft die Schaffung von Räumen für wissens- und technologiebasierte Start-ups in Uni-Nähe, wobei hier auch die Option von Beteiligungsvereinbarungen als Ersatz für Mietzahlungen eingeräumt werden sollte. Für die Start-ups hätte dies den Vorteil, mehr freies Kapital zur Verfügung zu haben; das Land bzw. die Hochschule verschafften sich damit ein Mitspracherecht bei Unternehmensentscheidungen wie etwa einer Verlagerung.

☐ **Mehr öffentliche Aufträge für junge Start-ups:** Wir wollen junge Gründer und Start-ups stärker an öffentlichen Ausschreibungen und Aufträgen beteiligen. Öffentliche Aufträge verlangen oft mehrjährige Erfahrungen und zahlreiche Referenzobjekte; dadurch sind innovative Start-ups, die teilweise über neue Methoden die ausgeschriebenen Aufgabenstellungen kreativer lösen könnten als „alteingesessene“ Betriebe, formell und faktisch ausgeschlossen – und zwar unabhängig von Preis- oder Qualitätsvorteilen. Wir wollen zukünftig auch Start-ups über eine entsprechende Klausel die Möglichkeit geben, bei öffentlichen Aufträgen, insbesondere unterhalb der Schwelle für europaweite Ausschreibungen mit der Effizienz und Qualität ihrer Lösungsmodelle zu überzeugen und so zu entsprechenden Referenzen beizutragen.

☐ **Bahn frei für Gründer-Standortmarketing:** Gute Gründerförderung braucht Standortmarketing und Vernetzung. Mit dem neuen Exzellenz- und Technologiemarketing von saaris organisieren wir in Zukunft regelmäßige Vernetzungsplattformen und Veranstaltungen wie Pitches und Kulturevents, damit Unternehmen und Investoren mit Gründerinnen und Gründern zusammenkommen. Mit der Ausschreibung eines Gründer- und Ideenpreises des Saarlandes wollen wir bundesweite Aufmerksamkeit auf den Gründungsstandort Saarland lenken. Durch den Austausch und die Kooperationen mit den Starterzentren in Luxemburg und Paris wollen wir unseren Gründern den Zugang zu internationalen Märkten und Beteiligungsstrukturen öffnen. Grenzüberschreitende Gründungsförderung von skalierbaren Geschäftsmodellen soll ein Alleinstellungsmerkmal unserer Gründungspolitik werden.

☐ **Potentiale der Gesundheitswirtschaft heben:** Wir müssen in Zukunft aus dem an unseren Hochschulen vorhandenen Wissen mehr wirtschaftliche Wertschöpfung erzeugen. Dies gilt insbesondere für die Gesundheitswirtschaft. Wir sind überzeugt davon, dass gerade in den Bereichen Medizintechnik, Diagnostik, Pharmazie und Life-Sciences ein erhebliches Potential für Start-ups und Unternehmensgründungen liegt. Auch in der Digitalisierung bzw. in der Nutzung von Künstlicher Intelligenz liegt ein enormes Potential für Geschäftsmodelle im Bereich e-Health. Deshalb wollen wir an der Uni-Klinik in Homburg ein breit verankertes Starterzentrum aufbauen, das systematisch das gründungsrelevante Forschungs- und Entwicklungs-Potential erfasst und dabei hilft, die medizinisch-technologische Expertise in Business-Pläne zu überführen.

2.4. Für eine offensive Standort- und Innovationsförderung

☐ **Innovationsförderung als Wachstum-Booster:** Gründerförderung und Sicherung des Unternehmensbestandes reichen allein nicht, um den Strukturwandel zu bewältigen, neue Unternehmen anzusiedeln und ansässige Betriebe zu halten – dafür brauchen wir freie Industrieflächen sowie eine starke Investitions- und Innovationsförderung. Wir werden daher das Saarland als Innovationsregion profilieren, die Instrumente und Angebote des Technologietransfers weiter ausbauen und die Förderkulisse für Innovationsinvestitionen und Cross-Innovationen erhöhen, weil sie sich auf Dauer mehrfach auszahlen. Dadurch schaffen wir „Klebeeffekte“ für den vorhandenen Unternehmensbestand und Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen, wenn wir uns um neue Ansiedlungen oder Erweiterungsinvestitionen bewerben.

☐ **Weichenstellungen für mehr Investitionen und industrielle Transformation:** Nach der coronabedingten Rezession werden wir nun richtig Tempo machen bei unserem Projekt „Investitionsoffensive Saar“ und mit verstärkten öffentlichen Investitionen attraktive Infrastrukturen erhalten und neue schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, vor allem in „Digitale Technologien“ und „Klimainvestitionen“ dauerhaft einzuführen, um Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien zu setzen. Zudem sollte die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter durch eine dauerhafte Anhebung der Grenze für eine Sofortabschreibung weiter verbessert werden. Der Industriepolitik kommt im Transformationsprozess in eine

klimaneutrale Wirtschaft die Aufgabe zu, die Weichen für den Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten richtig zu stellen. Dazu gehört die stärkere Fokussierung auf eine ausgewogene Kreislaufführung von Rohstoffen und die Nutzung von Kaskadeneffekten. Eine solche Zukunftskreislaufwirtschaft ist klimaschutzrelevant, weil sie – richtig umgesetzt – zu einer merklichen Reduktion von CO2 führt.

☐ **Mehr internationales Standortmarketing:** Das Saarland kann Strukturwandel, das haben wir in unserer Geschichte bewiesen! Unser Land ist ein starker und hochentwickelter Industriestandort, der auch jetzt schon wieder dabei ist, sich neu zu erfinden. Wichtig ist: Wir müssen unsere Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen noch viel offensiver vermarkten. Denn das Saarland kann sich mit Fug und Recht als „Hidden Champion" unter den europäischen Wirtschafts- und Wissenschaftsregionen bezeichnen. Wir werden daher das Standortmarketing finanziell langfristig absichern und im Sinne eines Technologie- und Exzellenzmarketings inhaltlich weiterentwickeln. So wollen wir Investoren, High Potentials und innovative Gründer von den Standortvorteilen des Saarlandes überzeugen – und zwar vor allem im Sinne einer stärkeren zusätzlichen internationalen Ausrichtung.

☐ **Für eine wirkungsorientierte Wirtschaftsförderung:** Der Flickenteppich in der Wirtschaftsförderung und die bisher auf zu viele Akteure verteilte Technologietransferförderung wollen wir straffen und – in Abstimmung mit den kommunalen Trägern – eine übergeordnete Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsfördergesellschaften schaffen. Diese Kooperationsplattform soll – trotz regional eigenständiger Akteure – eine bessere Koordination, effizientere Investorenbetreuung und eine nahhaltige Unternehmensbestandspflege ermöglichen. Wir brauchen im Saarland kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander im Standortmarketing und bei der so wichtigen Pflege und Unterstützung des Bestandes an leistungsfähigen Unternehmen.

2.5. Arbeitsmarktpolitik im Dienst der Fachkräftesicherung

☐ **Mehr Familienfreundlichkeit:** Die demographische Entwicklung zeigt: wir werden insgesamt immer weniger und im Schnitt immer älter. Neben der gesteuerten und am Bedarf ausgerichteten Auslandsanwerbung von Fachkräften müssen wir unser verfügbares Beschäftigungspotential besser ausschöpfen. Wir werden daher – in Abstimmung und in Gemeinsamkeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) – weiter daran arbeiten, die Rahmenbedingungen zu verbessern und Barrieren abzubauen, die Frauen an einem Erwerb hindern. Durch die qualitative Verbesserung der Kita-Betreuungsangebote, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsort-Modelle und das Sonderprogramm „Wiedereinstieg nach der Familienphase" wollen wir die Frauenerwerbsquote im Saarland signifikant verbessern. Auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen, Schulen und Kommunen unter dem Dach der Jugendberufsagenturen soll zur Verbesserung der Arbeitsmarkteingliederung beitragen.

☐ **Vorfahrt für faire Arbeit:** Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft und ganz im Sinne von Ludwig Erhard kämpfen wir für gerechte Löhne und reguläre tarifliche Beschäftigung. Das sozialversicherungspflichtige unbefristete Arbeitsverhältnis ist für uns dabei grundsätzlich die

Richtschnur. Zeit- oder Leiharbeitsverhältnisse sollten lediglich als Einstiegskorridor in den ersten Arbeitsmarkt und zur Bewältigung von Auslastungsspitzen dienen. Für uns gilt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich und ihre Familien von ihrem Lohn ernähren können. Gute Arbeit sowie verlässliche Arbeitsplätze auch für kommende Generationen sind für uns ein Leitmotiv saarländischer Beschäftigungspolitik. Dazu gehört auch eine möglichst hohe Tarifbindung; sie sorgt für ein starkes Fachkräftepotential, hohe Arbeitgeber-Attraktivität, gute Löhne und eine auskömmliche Rente. Arbeit ist für uns mehr als das Verdienen des Lebensunterhalts, sie gehört zur persönlichen Selbstverwirklichung eines jeden Menschen. Daher werden wir auch künftig aus Landesmitteln besondere Programme zur Integration von Menschen, die bereits länger ohne Arbeit sind, auflegen. Die bereits getroffenen landesgesetzlichen Regelungen werden wir in Hinblick auf ihre beschäftigungspolitischen Wirkungen, aber auch auf ihre tatsächliche Umsetzbarkeit und den Bürokratieaufwand evaluieren.

☐ **Das Saarland als Musterregion für Arbeitgeber-Attraktivität:** Wir wollen das Saarland zur Musterregion für flexible und möglichst individualisierte Arbeitszeitgestaltung machen. Dazu werben wir für einen beschäftigungspolitischen Dreiklang aus digitalen wohnortgebundenen Remote-Arbeitsformen, flexiblen Arbeitszeitmodellen und passgenauen Personalentwicklungskonzepten. Dabei setzen wir, dem Erfolgsmodell des „Saarländischen Weges“ folgend, auf entsprechende Modelle auf betrieblicher Ebene und durch tarifliche Regelungen. Innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere die Vermarktung digitalisierter Qualifizierungsmaßnahmen, werden wir weiter unterstützen. Das bewährte Gütesiegel „Familienfreundliches Unternehmen“ fördern wir weiter. Mit Blick auf unsere Vorbildfunktion wollen wir die sachgrundlose Befristung bei Beschäftigungsverhältnissen im Landesdienst abschaffen.

☐ **Erfolgsfaktor Arbeitgeber-Attraktivität:** Unternehmen können wegen Personalmangel ihre Auftragsbestände oft nicht mehr abarbeiten. In den nächsten Jahren droht ein massiver Einbruch des Angebotes an Arbeitskräften; schmerzhafte Wachstums- und Wohlstandsverluste wären die Folge. Wir werden gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Akteuren der Saarwirtschaft eine breite Unterstützungsoffensive für mehr Arbeitgeber-Attraktivität und für mehr Mitarbeiterzufriedenheit starten; damit unterstützen wir Unternehmen dabei, ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und mit einem modernen Auftritt um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werben. Dazu werden wir ein „Gütesiegel Arbeitgeber-Attraktivität“ mit klaren Kriterien für die Auditierung (wie vorbildliches Unternehmer-Engagement für hohe Familienfreundlichkeit und Mitarbeiterzufriedenheit) ausbringen. Die derzeit gut verfügbaren Beratungs- und Förderangebote wollen wir qualitativ verbessern, indem wir sie stärker am praktischen Bedarf der Unternehmen ausrichten.

☐ **Arbeitsplatz Haushalt stärken:** Haushaltsnahe Dienstleistungen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer Entlastung von Familien und tragen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Pflege bei. Wir werden deshalb besser über bestehende Angebote informieren und die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen besser fördern. So stärken wir auch den Arbeitsplatz Haushalt und tragen zu mehr sozialversicherungspflichtiger und angemeldeter Beschäftigung in diesem Bereich bei.

☐ **Für Fachkräfteanwerbung im Ausland:** Der Fachkräftemangel ist in vielen Branchen mit dem regionalen Beschäftigtenpotential oft nicht mehr zu bewältigen. Deshalb brauchen wir eine bedarfsgerecht gesteuerte Zuwanderung internationaler Fachkräfte. Die auf Initiative von Ministerpräsident Tobias Hans im Saarland angesiedelte Bundeseinrichtung „Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe“ (DeFa) leistet hier bereits eine wichtige Vorbild- und Schrittmacherfunktion; sie hilft privaten Anwerbeagenturen durch eine schnelle Bearbeitung der Anwerbeverfahren. Wir wollen daher, dass die DeFa ihr Angebot auch auf Mangelberufe außerhalb der Gesundheits- und Pflegewirtschaft ausdehnt.

3. Landesentwicklung, Bauen und Wohnen für das Gemeinwohl – Wir sorgen dafür!

3.1. Für eine nachhaltige Landesentwicklung

☐ **Für eine vorausschauende Flächenentwicklung:** Bundesweit besteht ein großer Flächenbedarf. Dies ist auch im Saarland so. Für die Entwicklung des Landes, für die Schaffung von Wohnraum, für die Ansiedlung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist es notwendig, dass ausreichend Flächen vorhanden und baureif vorgehalten werden. Gleichzeitig werden Frei- und Naturräume benötigt, die bestmöglich zu schützen sind. Dabei ist jedem bewusst, dass Grund und Boden nicht vermehrbar sind. Wir stellen uns diesem Spannungsfeld und wollen darin aktiv gestalten. Gesetzlich ist es Aufgabe der Städte und Gemeinden, Flächenplanung zu betreiben. Wir werden über Landesentwicklung und Raumplanung die kommunalen Planungsprozesse unterstützen und diese durch klare, transparente und für die Kommunen einfach anzuwendende Leitlinien im Landesentwicklungsplan (LEP) in eine Gesamtstrategie einbinden.

☐ **Innenentwicklung wo möglich – Außenentwicklung wo nötig:** Für uns hat die Innenentwicklung Vorrang vor der Entwicklung in den Außenbereichen. Ziel ist es, die benötigten Flächenbedarfe möglichst durch die Nutzung von innerörtlichen und bereits erschlossenen Gebieten zu decken. Die Möglichkeiten der Innenentwicklung und der sinnvollen und städtebaulich verträglichen Nachverdichtung müssen in erster Linie genutzt werden. Dies stößt in der Lebenswirklichkeit jedoch oft an eine Vielzahl von Problemstellungen: schwierige Eigentumsverhältnisse („Erbengemeinschaften“), unangemessene Preisvorstellungen, Anwohner, die eine Entwicklung verhindern wollen, Problemstellungen aufgrund früherer Nutzungen („Altlasten“) usw. Dies erschwert die Nachverdichtung und Innenentwicklung häufig und verunmöglicht sie faktisch an vielen Stellen. Wir wissen um die Situation, die viele jungen Familien im ländlichen Raum bei der Suche nach Bauland erleben. Innerörtliche Baulücken im privaten Eigentum werden oftmals nicht zum Verkauf angeboten, Sanierungsobjekte teils zu unerschwinglichen Preisen angeboten. Darüber hinaus sind Flächen für die Nachverdichtung oft eher kleinteilig strukturiert und in gewachsene Gemengelangen eingebunden. Gerade aber zur Ansiedlung von produzierenden Unternehmen oder bei Betriebsverlagerung sind große, schnell verfügbare, zusammenhängende Flächen ohne übermäßige Restriktionen erforderlich. Deshalb muss es auch weiterhin möglich sein, neue Flächen auszuweisen – dies natürlich so umweltverträglich wie möglich und mit einem ökologischen Ausgleich.

☐ **Flächenrevitalisierung intensivieren:** Eine besondere Herausforderung hat das Saarland als ehemaliger Schwerindustriestandort im Bereich vorbelasteter Flächen. Gerade in Städten und Gemeinden, die historisch über Industrie und produzierendes Gewerbe verfügen, sind viele Brachflächen belastet. Solche Flächen zu entwickeln, überfordert die Kommunen oft sowohl finanziell als auch fachlich. Flächenrecycling und Altlastensanierung sind aber wichtige Bausteine zum Umweltschutz sowie zur Siedlungsentwicklung und dämpfen den Flächenverbrauch nach außen. Brachflächen und Leerstände sollen keine „Wunden“ im Ortsbild bleiben, sondern wieder attraktive Gewerbeflächen oder lebenswerte Wohnlagen

werden. Hier wollen wir ansetzen. Beim Bund werden wir uns für ein Förderprogramm zur Brachflächensanierung an Altstandorten stark machen. Bei belasteten Altstandorten kann es sein, dass die Aufwände für das Flächenrecycling die späteren Erlöse übersteigen. Diese Finanzierungslücke soll abgedeckt werden. Wir werden eine Einrichtung schaffen, die Kommunen und Maßnahmenträger fachlich-inhaltlich und zu Fördermöglichkeiten bei der Revitalisierung von Altlastenflächen begleitet und berät.

☐ **Neue Flächen bereitstellen:** In einem moderaten Umfang werden auch neue Flächen benötigt. Bei der Neuausweisung von Flächen ist aber durch die Städte und Gemeinden dafür Sorge zu tragen, dass dies nur in einem angemessenen Umfang erfolgt. Durch die Beschränkung auf Flächen, über die selbst verfügt werden kann oder wo über privatrechtliche Regelungen sichergestellt ist, dass die entstehenden Baufelder in einer angemessenen Zeit bebaut werden, soll die Entstehung von teuer erschlossenen Baubrachen und -lücken vorgebeugt werden. Wir werden Flächenentwicklungsmaßnahmen sonderkreditfähig machen. Wenn durch die realistisch erwartbaren Veräußerungserlöse die Kosten für Flächenankauf, Planungsverfahren und Erschließung sowie Ausgleichmaßnahmen mittelfristig refinanziert werden können, sollen Städten und Gemeinden hierfür Sonderkredite genehmigt werden. So scheitern sinnvolle, notwendige und nachhaltige Maßnahmen nicht mehr an der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden.

☐ **Mit einem eigenen Bauministerium die Infrastrukturverwaltung optimieren:** Den von der CDU-geführten Landesregierung bereits eingeschlagenen Weg zur Optimierung der saarländischen Infrastrukturverwaltung wollen wir konsequent weitergehen. Mit einem eigenen Ministerium für Bauen, Infrastruktur und Wohnen wollen wir sämtliche Angelegenheiten hinsichtlich Planung, Bauen und Wohnen sowie Infrastruktur in einer Hand verantworten. Darin sehen wir einen wichtigen Baustein, um im Schulterschluss mit der Bauwirtschaft das Jahrzehnt der Investitionen effektiv voranzubringen und zu verwirklichen.

☐ **Kräfte bündeln, Kommunen unterstützen:** Mit der Gründung der LEG Kommunal, einer gemeinsamen Gesellschaft des Landes und der Kommunen, hat die CDU-geführte Landesregierung in dieser Legislaturperiode bereits ein bedeutendes Instrument geschaffen, um den Kommunen den Zugriff auf Architekten und Ingenieure unserer Landesgesellschaften bei der Umsetzung kommunaler Bauvorhaben zu ermöglichen. So schaffen wir gemeinsam die personellen und finanziellen Ressourcen, damit Wohn- und Gewerbegebiete, Ortskernsanierungen oder die Modernisierung und Erweiterung kommunaler Schulen und Kindergärten zügig umgesetzt werden können. Die LEG Kommunal werden wir in der kommenden Legislaturperiode finanziell und personell weiter ausbauen mit dem klaren Ziel, unsere Kommunen attraktiv und lebenswert zu erhalten.

☐ **Neue Landesbauordnung:** Eine Novelle der Landesbauordnung ist dringend erforderlich. Verwaltungsprozesse werden digitalisiert und vereinfacht; verbessert wird damit der Zugang zu baurelevanten Beratungs- und Genehmigungsleistungen. Um diesen Weg der Verwaltungsverschlankung fortzusetzen, prüfen wir noch einmal die (digitalen) Möglichkeiten der Zusammenführung der Unteren Bauaufsichtsbehörden in einer Zentral-UBA mit spezialisierten Zweigstellen (analog Finanzverwaltung) oder innerhalb eines Ministeriums; damit käme man auch zu einheitlichen Standards und gleichen Voraussetzungen bei der

Rechtsanwendung und -auslegung (z. B. im Brandschutz) bei kommunalen Entscheidungsprozessen und zu einer hohen Beratungskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

☐ **Bauen 4.0 ist die Zukunft:** Wir wollen Bauverwaltungs-, Geschäfts- und Projektmanagementprozesse in Zukunft auf der Basis digitaler Gebäudedaten-Modellierung („Building Information Modeling“; kurz: BIM) steuern; dabei werden alle Objektdaten für Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Bau- bzw. Infrastrukturprojekten unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure und Gewerke erfasst und vernetzt. BIM ist die Zukunft des Bauens und entscheidet auf Dauer über die Zukunft der Bauwirtschaft und großer Teile des saarländischen Handwerks. Deshalb werden wir hier Modellprojekte und innovative Formen des Bauens wie z. B. die 3D-Druck-Technologie, SmartHome oder „intelligente Fassadengestaltung“ fördern.

☐ **Ökologisches Dorf als Modellprojekt:** Wir werden den saarländischen Landesentwicklungsplan als ein Kernelement unseres Zukunftsplans an den Erfordernissen der Nachhaltigkeit, des Klimaschutzes, des Natur- und Umweltschutzes, den sozialen Belangen und den ökonomischen Erfordernissen und dabei insbesondere an den Bedarfen der Kommunen ausrichten. Wir werden darüber hinaus im Landesentwicklungsplan Vorsorge treffen für den nach wie vor bestehenden Bedarf an Wohnbauflächen und den damit einhergehenden Wunsch der Kommunen nach Ausweisung von zusätzlichen Baugebieten. Diese sollen nach den vorgenannten Zielsetzungen des LEP möglichst als ökologische Baugebiete realisiert werden. Gerade auch im Hinblick auf den enormen Wohnraumbedarf im Umfeld der Universität und der dazugehörigen Forschungseinrichtungen sowie im Grenzgebiet zu Luxemburg werden wir Flächen für die Entstehung ökologischer Modelldörfer ausweisen, die als Musterdörfer die Zukunft städtebaulicher und raumplanerischer Ambitionen repräsentieren. Im Hinblick auf das immense Aufgabenpotential bei Aufstellung und Vollzug des Landesentwicklungsplans und die damit einhergehende Beteiligung sämtlicher politischer Beteiligungs- und Entscheidungsgremien werden wir das Landesplanungsgesetz novellieren mit dem klaren Ziel, den LEP jeweils als Gesetz durch den Landtag des Saarlandes zu beschließen.

3.2. Gut wohnen und leben im Saarland – für alle!

☐ **Neuen, bezahlbaren Wohnraum schaffen:** Damit die Menschen auch in Zukunft gut in unserer Heimat leben können, brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Insbesondere für junge Menschen und Familien muss der oft gehegte Traum vom Eigenheim finanzierbar bleiben. Deshalb werden wir unter anderem die bestehenden Förderprogramme zum Erwerb und zur Sanierung von Wohnraum gerade auch für junge Familien, aber auch die Unterstützungsleistungen für Kommunen beim Ankauf und Abriss von Häusern in Ortskernlagen im Rahmen der Städtebauförderung fortführen und intensivieren. Dazu brauchen wir aber auch auf kommunaler Ebene ein hauptamtliches Leerstandsmanagement, das sich um die Planung und Umsetzung neuer örtlicher Nutzungskonzepte, um relevante Schlüsselimmobilien (z. B. ehemalige Kaufhäuser) und um leerstehende Ladenlokale kümmert. Außerdem setzen wir uns für eine bundeseinheitliche Einführung von Freigrenzen bei der Grunderwerbssteuer ein, die insbesondere jungen Familien den Weg ins Wohneigentum

erleichtern soll. Den sozialen Wohnungsbau werden wir durch die Verankerung bestehender Förderprogramme im Landeshaushalt bedarfsgerecht optimieren.

☐ **Angemessenes und bezahlbares Wohnen für alle ist unser Ziel**: Mit einer Eigenheimquote von 64,7% (2018) ist das Saarland spitze beim Wohneigentum. In keinem anderen Bundesland leben anteilig mehr Menschen in den eigenen vier Wänden. Das Leben im Eigenheim ist ein Wesensmerkmal in unserer Heimatregion. Wohneigentum ist nicht nur eine Vermögensanlage, sondern schützt auch vor Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt, wie sie derzeit vor allem in den Ballungszentren auftreten. Auch wenn es im Saarland vielerorts keinen angespannten Wohnungsmarkt gibt, ist es auch hier in einigen Bereichen schwer eine angemessene Wohnung zu finden. Das gilt insbesondere für die Landeshauptstadt, aber auch einzelne Städte und Gemeinden. Aber auch hier zeigen sich die Folgen der massiv steigenden Baupreise. Flächenknappheit, Materialknappheit, Fachkräftemangel und eine überhitzte Baukonjunktur lassen derzeit die Baukosten in seit Jahrzehnten nicht mehr gekanntem Umfang ansteigen. Daher setzt sich die CDU Saar auch für eine bedarfsgerechte Schaffung von Neubaugebieten in Kommunen mit einem hohen Nachfrageüberhang ein, um den Menschen in unserem Land attraktive, familienfreundliche Lebensbedingungen zu bieten. Explodierende Immobilienpreise und die zunehmende Knappheit an bezahlbarem Wohnraum sind in den vergangenen Jahren auch am Saarland nicht vorbeigegangen.

☐ **Bedarfsgerechte Maßnahmen für einen attraktiven und bezahlbaren Wohnraum:** Zur Attraktivität und der Lebensqualität im Saarland gehört es, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für alle Einkommensklassen zu schaffen. Ob im urbanen Zentrum Saarbrücken, im Umland oder den ländlichen Regionen, unabhängig von Alter und Lebensmodell, ob Eigenheim oder Miete: Wir werden bedarfsgerechte Lösungen schaffen, um den Menschen, die hier leben, oder denjenigen, die ihren Lebensmittelpunkt in unser Land verlagern, auch weiterhin attraktiven, bezahlbaren Wohnraum im Saarland zu bieten:

- Wir werden die Städte und Gemeinden durch ein Maßnahmenbündel ermutigen, sowohl die Innentenwicklung zu forcieren, als auch Neubauflächen bereit zu stellen. Daher setzen wir uns konkret für eine Anpassung der Förderinstrumente von Bund und Land ein, um sozialen und bezahlbaren Wohnraum nicht nur für Sozialhilfeempfänger, sondern auch für die Menschen mit mittleren Einkommen wie Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Polizistinnen und Polizisten sowie Pflegekräfte und ihre Familien zu schaffen. Die Schaffung von bezahlbarem und sozial gebundenem Wohnraum durch die landeseigene WOGE werden wir forcieren.
- Neben den bestehenden Fördermöglichkeiten stehen wir auch der Schaffung innovativer steuerlicher Anreize offen gegenüber.
- Im Rahmen eines Sofortprogramms wird die Landesregierung alle Liegenschaften des Landes in den Ballungsgebieten auf die Möglichkeit einer Wohnbebauung überprüfen und – sofern geeignet – der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für die Neuerrichtung bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung stellen.
- Wir werden die Vergabekriterien so anpassen, dass bei der Bereitstellung von öffentlichen Flächen nicht mehr der Preis im Vordergrund stehen muss, sondern der Käufer den Zuschlag erhalten kann, der auf den öffentlichen Flächen das beste wohnungspolitische oder städtebauliche Konzept vorlegt („Konzeptvergabe“).

- Gemeinsam mit den Kammern und Hochschulen wollen wir Lösungsansätze erarbeiten, um dem Fachkräftemangel im Bauhandwerk/-gewerbe, aber auch bei den planenden Berufen, entgegenzuwirken.

3.3. Miteinander gut leben – Für einen attraktiven öffentlichen Raum

☐ **Attraktivität innerörtlicher Lagen verbessern:** Wir wollen den individuellen Charakter jeder Kommune im Saarland erhalten und werden dazu innovative Konzepte erarbeiten, um die Attraktivität innerörtlicher Lagen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit des mittelständischen Einzelhandels zu erhalten. Um alle europäischen und nationalen Fördermöglichkeiten optimal nutzen zu können, werden wir im Bauministerium die Stelle eines Förderlotsen stärken und diesen zum zentralen koordinierenden und beratenden Ansprechpartner über Ressortgrenzen hinweg für alle Zuschussprogramme machen.

☐ **Öffentlichen Straßenraum aufwerten:** Straßen und Plätze prägen wesentlich das Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden. Sie sind mehr als rein funktionale Verkehrsräume. Innerhalb der Orte sind sie öffentliche Räume, auf denen auch örtliche Gemeinschaft, Nachbarschaft und gesellschaftliches Leben stattfinden. Nicht zuletzt prägen sie Lebensräume von vielen Menschen im Land. Deshalb ist gestalterische Qualität wichtig. Gerade Ortsdurchfahrten wurden in der Vergangenheit bei Querschnitten und Ausbauten vor allem im Hinblick auf den Durchgangsverkehr optimiert. Die teilweise extrem hohe Verkehrsbelastung an Durchgangsstraßen ist ein Grund für viele Leerstände in den Ortskernen. Innerortslagen an Durchgangsstraßen haben oftmals eine höhere Leerstandsquote, sind weniger gut erhalten und oft mit funktionalen Mängeln behaftet (z. B. fehlendes Grün oder Stellplätze in Hausnähe). Deshalb wollen wir Ortseinfahrten und -durchfahrten bei grundlegenden Sanierungen von Landesstraßen nicht nur rein technisch erneuern. Straßen sollen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden an veränderte verkehrliche Erfordernisse (Radfahrer, Fußgängerverkehr, ruhender Verkehr), aber auch an Aspekte des Anlieger-/Lärmschutzes, der Verkehrssicherheit, der Ortsbildgestaltung (Materialität, Begrünung, Bänke, Beleuchtung) etc. angepasst werden. Beim Bund werden wir darauf hinwirken, bei Bundesstraßen im Saarland analog zu verfahren. Die Kommunen werden wir bei der ortsbildgerechten Gestaltung ihrer öffentlichen Räume konzeptionell unterstützen. Dabei soll gemeinsam mit Hochschulen, Behörden, Fachverbänden und der Stiftung Baukultur ein Leitfaden mit Beispielen, Vorschlägen und Hinweisen erarbeitet werden, der sich an die Straßenbauverwaltung, kommunale Bauverwaltungen, politischen Entscheidungsträger vor Ort und die interessierte Öffentlichkeit richtet.

☐ **Öffentliche Gebäude sanieren und nachhaltig aufwerten:** In den öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen besteht nach wie vor ein erheblicher Sanierungsstau. Wir werden daher die Anzahl der Gebäude in Landesbesitz auf das für die Aufgabenerfüllung notwendige Maß reduzieren. Die generierten Einnahmen sowie die für diese Gebäude nicht mehr erforderlichen Mittel werden wir in eine forcierte Modernisierung und Anpassung des verbleibenden Gebäudebestandes sowie die Umnutzung von Liegenschaften und Immobilien im öffentlichen Eigentum im Sinne des Allgemeinwohls einsetzen. Die Umsetzung öffentlicher Baumaßnahmen darf sich hierbei nicht auf Landesgebäude beschränken. Gerade in den

Kommunen besteht ein erheblicher Instandhaltungsstau an Schulen, Kindergärten, Vereinsheimen und Sporthallen. Die Städte und Gemeinden werden wir daher mit einem Sonderprogramm bei der Sanierung oder dem Neubau von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Sportstätten unterstützen.

☐ **Nachhaltiges Bauen als Grundlage:** Gerade beim Bauen gilt es, ökonomische, ökologische und funktionale Faktoren zu betrachten und zu einer guten Gesamtlösung zusammenzuführen. Das Bauwesen muss sich aufgrund der hier notwendigen materiellen und finanziellen Ressourcen sowie der Umweltwirkungen intensiv mit dieser Herausforderung befassen. Angesichts des Klimawandels und knapper werdender Ressourcen (Rohstoffknappheit, Fachkräftemangel) wird dies immer wichtiger. Der öffentliche Sektor ist einer der bedeutendsten Bauherren und Gebäudebetreiber. Dabei sind Gebäude immer komplexer werdende Systeme, die unter anderem Lebensraum und Arbeitsumgebung sind. Gebäude sind einerseits ökonomische Werte, verursachen andererseits aber auch von der Errichtung bis zur Entsorgung über Jahrzehnte Energie- und Stoffströme mit Auswirkungen auf die Umwelt. Auch wenn bei der Konzeption und Erstellung eines Gebäudes bessere Standards moderat höhere Kosten auslösen können, amortisieren sich diese in aller Regel während der Betriebsphase. Wir werden in der Landesverwaltung die Kompetenzen zum nachhaltigen Bauen ausbauen und das bereits gestartete Modellvorhaben zur Anwendung des „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ (BNB) zügig vorantreiben. In den Förderprogrammen des Landes werden wir höhere Zuwendungen gewähren, wenn die Fördermittelempfänger ihre Projekte in Bezug auf Nachhaltigkeit konzipieren und zertifizieren (z. B. BNB, DGNB) lassen.

☐ **Gute Baukultur als Standortfaktor:** Bauen und Bauten prägen wesentlich unseren Lebensraum. Gelungene, aber auch misslungene Bauten bestimmen unsere Kulturlandschaft, unsere Dörfer und Städte auf Jahrzehnte und prägen so auch das Bild unserer Heimat nach innen und nach außen. Bauen ist somit keine rein private Angelegenheit, sondern auch eine öffentliche. Deshalb hat Bauen neben sozialen, ökologischen und ökonomischen Bezügen, also den klassischen Dimensionen der Nachhaltigkeit, auch eine emotionale und ästhetische Dimension. Gute Baukultur ist ein Standortfaktor. Hier gilt es, durch Bildung bei Entscheidern, aber auch in der breiten Öffentlichkeit Bewusstsein zu schaffen, dass Baukultur eine Investition in die Zukunft des Landes ist. Die Öffentliche Hand hat bei ihren Projekten eine besondere Vorbildfunktion, was den Umgang mit ihren Gebäuden, Denkmälern und der Ortsentwicklung angeht. Deshalb werden wir bei Projekten des Landes einen hohen Wert auf Gestaltung und Qualität legen und bei geeigneten Projekten regelmäßig Wettbewerbe durchführen. In den Förderprogrammen des Landes werden wir Anreize dafür setzen, dass Zuwendungsempfänger bei geeigneten Projekten Wettbewerbe zur Qualitätssicherung durchführen. Wir werden Leitfäden und Hilfestellungen für die Sanierung von ortsbildprägenden Gebäuden (Arbeiter-, Bauernhäuser etc.) erarbeiten und dafür werben, angemessen mit solchen Gebäuden umzugehen. Die Vorbereitung einer Internationalen Bauausstellung in der Großregion werden wir positiv begleiten. Die Arbeit der Stiftung Baukultur Saar werden wir weiter fördern und die Förderung ausbauen.

4. Solide Finanzen, gerechte Steuern – Wir sorgen dafür!

☐ **Haushaltspolitik im Dienst der Generationengerechtigkeit**: Die CDU hat in ihrer Regierungszeit stets für verlässliche, disziplinierte Haushaltspolitik, für eine gute Balance aus Sanieren und Investieren, gesorgt. Wir haben den vereinbarten Konsolidierungspfad eingehalten und die diesbezüglichen Vereinbarungen sowie die Sanierungsvorgaben des Stabilitätsrates vollumfänglich umgesetzt. Mit der Einhaltung der Schuldenbremsen-Vorgaben haben wir Sanierungshilfen in Höhe von über 400 Mio. Euro pro Jahr ausgehandelt. An diesem Bund-Länder-Finanzausgleichssystem halten wir auch in Zukunft fest. Das Vertrauen in unsere seriöse und stabile Haushalts- und Finanzpolitik ist uns sehr wichtig; erst die Rückführung der Kredite schafft die finanziellen Handlungsspielräume für Investitionen und öffentliche Leistungen des Landes.

☐ **Für eine wertschöpfungsorientierte Finanz- und Steuerpolitik:** Trotz der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lasten der Pandemie dürfen wir die Zukunft des Landes nicht aus dem Blickfeld verlieren. Deshalb brauchen wir jetzt Spielräume für neue zusätzliche Investitionsmöglichkeiten; dazu gehört eine wachstums-, leistungs- und investitionsfreundliche Steuerpolitik, die unternehmerische Leistung belohnt, zu mehr Wertschöpfung und damit letztlich zu mehr steuerlicher Wertschöpfung führt. Zur Finanzierung weiterer Investitionen sind alle Ausgaben des Landes durchgängig und laufend zu überprüfen. Wir legen größten Wert darauf, bisher im Haushalt manifestierte strukturelle Ausgaben auf ihre Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen. Wir stellen somit sicher, dass unsere zentralen Aufgabenschwerpunkte und abgeleiteten Maßnahmen ausfinanziert sind und die investitionsantizipierte Wirkung tatsächlich eintritt. Ausgaben, deren Wirkung hinter den angestrebten Zielen zurückbleibt, werden wir für die nächsten Haushalte neu bewerten und ggf. zurückgefahren oder streichen. Basis hierfür ist eine moderne und effiziente Verwaltung an der wir fortlaufend arbeiten und in die wir konsistent investieren werden.

4.1. Solide Finanzen und Zukunftsinvestitionen – zwei Seiten derselben Medaille

☐ **Sanieren und Investieren:** Solide Finanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für jedes verantwortungsvolle Regierungshandeln und ein Schutzmechanismus gegen eine überhöhte Inflation. Die Schuldenbremse sichert Handlungsspielräume für künftige Generationen. Nur aufgrund der sparsamen Haushaltspolitik der letzten Jahre waren wir überhaupt in der Lage, in der Corona-Krise mit massiven Ausgaben unsere Wirtschaft zu unterstützen. Daher bekennen wir uns zur Schuldenbremse bei gleichzeitigen Leitinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur.

☐ **Investitionen und Innovationen:** Die Corona-Krise belastet unsere Wirtschaft stark. Jetzt gilt es, rezessiven Entwicklungen vorzubeugen und die öffentlichen Investitionen mutig voranzutreiben. Wir werden daher ein „Sonderprogramm Öffentliche Infrastruktur“ auflegen, das für attraktive öffentliche Infrastrukturen und Gebäude, Verwaltung, kommunale Funktionsgebäude und Verkehr zur Verfügung steht. Daneben werden wir uns dafür einsetzen, die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, insbesondere bei Digitalisierungs- und Klimainvestitionen dauerhaft einzuführen, um dadurch Investitionen in Zukunftstechnologien

anzureizen. Besser als bisher muss es gelingen, Wachstumskräfte zu fördern und freizusetzen. Dazu sind höhere öffentliche wie private Investitionen notwendig, um den Kapitalstock der saarländischen Volkswirtschaft zu modernisieren. Dies ist unter anderem durch die Einführung eines „Saarlandfonds“ unter Einhaltung der Schuldenbremse und damit gleichzeitig solider Haushaltspolitik möglich. Eine massive Ausweitung der privaten wie öffentlichen Investitionen sowie eine solide und nachhaltige Haushaltsführung des Landes sind zwei Seiten derselben Medaille. Es gilt das Prinzip der doppelten Nachhaltigkeit. Mit diesem Innovations- und Strukturfonds als Saarlandfonds werden wir Investitionen massiv erhöhen und gleichzeitig eine Anlagemöglichkeit für saarländische Sparer wie internationale Investoren schaffen.

4.2. Steuergerechtigkeit schafft Leistungsgerechtigkeit

☐ **Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen:** Wir sagen es klipp und klar: mit Blick auf verfassungsrechtliche Regelungen und über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Solidaritätszuschlag ein Anachronismus! Die Anfang 2021 eingeführte Entlastung betrifft nach den Plänen des Bundes rund 90% der Zahler. Klingt zunächst gut; bei genauer Betrachtung stellt man aber fest: die restlichen 10% zahlen nahezu 50% des Aufkommens. Wir sind klar für die vollständige Abschaffung des Soli; vor dem Hintergrund des seit Jahren gestiegenen Steueraufkommens ist die Beibehaltung des Solidaritätszuschlags zur Deckung vorübergehender Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt nicht mehr haltbar. Darüber hinaus ist der als Grundlage für die Erhebung des Solidaritätszuschlags herangezogene Solidarpakt II mit Ablauf des Jahres 2019 ausgelaufen.

☐ **Anreize für mehr privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung (FuE):** Zu den Standortnachteilen des Saarlandes zählt die im bundesweiten Vergleich niedrige privatwirtschaftliche FuE-Quote. Daher brauchen wir eine bessere steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Aber auch die bestehende antragsgebundene Projektförderung wird dem steigenden Tempo des digitalen Wandels und dem Innovationsdruck längst nicht mehr gerecht. Eine Vielzahl empirischer Studien und Analysen haben gezeigt, dass steuerliche Förderinstrumente im Bereich Forschung und Entwicklung positive Effekte auf die Gesamtwirtschaft und die Selbstfinanzierung von Innovationen haben können.

☐ **Bessere Information zur Steuerklassenwahl:** Es braucht weiterhin mehr Information und Aufklärung über die verschiedenen Steuerklassenmodelle, da bei Transferleistungen (z. B. Kurzarbeitergeld, ALG I und II) das Nettoeinkommen des letzten Kalenderjahres Berechnungsgrundlage der Leistung ist.

☐ **Freigrenzen bei der Grunderwerbssteuer einführen:** Wir befürworten im Geleitzug mit anderen Bundesländern die bundeseinheitliche Einführung von Freigrenzen bei der Grunderwerbssteuer, die insbesondere jungen Familien den Weg ins Wohneigentum erleichtern. Die Finanzierung dieser Freigrenzen ist dabei ähnlich wie beim Baukindergeld durch ein Bundesprogramm zu ermöglichen.

4.3. Partnerschaftliche Finanzbeziehungen zu den Kommunen:

Sanierung der kommunalen Haushalte: Unsere Städte, Gemeinden und Dörfer sind die Orte, die den Bürgerinnen und Bürger Heimat, Geborgenheit und Lebensqualität geben. Deshalb haben Tobias Hans und die CDU-geführte Landesregierung mit dem Saarland-Pakt ein Entschuldungskonzept umgesetzt, das den Kommunen wieder echte Handlungs- und Investitionsspielräume zurückgibt. Mit der Übernahme der Hälfte der kommunalen Kassenkredite sind aber bei Weitem noch nicht alle Verschuldungsprobleme gelöst. Wir werden daher die Leistungs-, Innovations- und Investitionsfähigkeit unserer Kommunen auch künftig fördern – und zwar durch das konsequente Eintreten für ein bundesweites kommunales Entschuldungskonzept, wie es der ehemalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler zwar in Aussicht gestellt, aber noch nicht geliefert hat.

☐ **Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit:** Um gerade kleineren Kommunen die Umsetzung notwendiger Innovationsmaßnahmen zu ermöglichen, fördern wir Synergien, die die kommunale Familie auf freiwilliger Basis eingehen, um sich gegenseitig zu helfen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gemeinsame Maßnahmen umzusetzen. Dazu gehören sowohl landeseigene Förderanreize zum Ausbau kommunaler Verwaltungskooperationen als auch die Zusammenarbeit von Kommunen in Zweckverbänden und gemeinsamen Gesellschaften. Hierzu hat die CDU-geführte Landesregierung in den vergangenen Jahren zahlreiche Impulse gegeben. Heute gibt es im Saarland über 450 kommunale Kooperationsprojekte, beispielsweise im Beschaffungswesen, im Gebäudemanagement, in der Personalabrechnung, bei den Baubetriebshöfen, im Personenstandswesen oder in der Verkehrsüberwachung. Nahezu alle saarländischen Kommunen sind an solchen Projekten beteiligt. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Land die Kommunen bei diesen Maßnahmen unterstützt. Insbesondere sprechen wir uns klar für die IT-gestützte Zentralisierung von kommunalen Querschnittsaufgaben aus, die vor allem kleinere, finanzschwächere Kommunen maßgeblich entlasten kann. Unsere Bürgerinnen und Bürger dürfen zu Recht eine moderne und funktionsfähige öffentliche Verwaltung erwarten, die leistungsfähig ist und bürgerorientiert, zuverlässig und effizient arbeitet.

☐ **Fortentwicklung der Gewerbesteuer:** Die Gewerbesteuerhebesätze sind zwar bei Standortentscheidungen nur eines von vielen Kriterien. Ein attraktiver Hebesatz wertet jedoch die ohnehin bestehenden positiven Standortfaktoren einer Gemeinde auf und kann in der Folge zu höheren Steuereinnahmen führen. Gemäß des steuerlichen Leistungsfähigkeits- und Äquivalenzprinzips sollen durch die Gewerbesteuer die besonderen Lasten für die Gemeinden berücksichtigt werden; daher muss die Gewerbesteuer dort anfallen und vereinnahmt werden, wo durch Unternehmen eine sichere und stabile Infrastruktur in Anspruch genommen wird. Deutschland braucht daher ein insgesamt leistungsgerechtes Unternehmenssteuersystem.

☐ **Niedrigere Gewerbesteuerhebesätze:** Unsere Gewerbesteuerhebesätze dürfen auf Dauer nicht höher als der bundesweite Durchschnittshebesatz sein. Um als Investitions- und Ansiedlungsstandort attraktiv zu sein, brauchen wir eine Absenkung der kommunalen Hebesätze. Ein Gewerbesteuerabsenkungsprogramm, mit dem das Land die Einnahmeausfälle der kommunalen Seite teilweise kompensiert, geht aber nur, wenn der Bund im Zuge einer kommunalen Entschuldungsstrategie in dieses Konzept eingebunden werden kann.

5. Digitalisierung umsetzen, Verwaltung modernisieren – Wir sorgen dafür!

☐ **Modernisierungsschub in der Verwaltung:** Tobias Hans und die CDU Saar sind Vorkämpfer für die Digitale Transformation – und zwar auf staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Wir treiben die Digitale Transformation nicht um ihrer selbst willen voran, sondern nutzen sie für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Saarwirtschaft und des Landes insgesamt. Die Corona-Pandemie hat überdies gezeigt: Staat und Verwaltung brauchen dringend einen Modernisierungsschub, wir müssen hier einfacher, agiler, digitaler und krisenresilienter werden. Wir werden daher den Öffentlichen Dienst im Saarland modernisieren; dazu gehören für uns die Bündelung von Aufgaben, attraktive Arbeitsplätze und kundenorientierte Verwaltungsabläufe. Auch die Hebung von Effizienzgewinnen im Flächen-, Liegenschafts- und Baumanagement stehen ganz oben auf unserer Modernisierungsagenda.

☐ **Mehr Wertschöpfung aus technologischem Wissen:** International beobachten wir einen wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel, dessen Entwicklungszyklen immer kürzer werden. Es gibt eine regelrechte „Explosion“ an Innovationssprüngen – getragen vor allem durch das Potential der Künstlichen Intelligenz, der Materialforschung, der Automatisierung, der Plattform-Ökonomie und der Cybersicherheit; daraus ergeben sich Risiken und Anpassungserfordernisse, aber auch große Chancen für mehr Wertschöpfung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit; diese Chancen wollen wir nutzen und in Zukunft digitale Geschäftsmodelle, Leuchtturmprojekte und gute Vorbilder massiv fördern. Das Saarland soll zur digitalen Modellregion werden.

5.1. Internationale Spitzenforschung als Innovationstreiber

☐ **Unser Fundament der digitalen Innovationsexzellenz:** In den letzten Jahrzehnten CDU-geführter Landesregierung haben wir zahlreiche Forschungsexzellenzen an der Universität des Saarlandes, der htw saar und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufgebaut und führende Forscher für eine Karriere im Saarland gewonnen. Zu diesen Leuchttürmen, die wir weiter ausbauen und vernetzen wollen, gehören u. a.:

- **Informatik:** Max-Planck-Institut für Informatik, Max-Planck-Institut für Softwaresysteme (Saarland Informatics Campus);
- **Künstliche Intelligenz:** Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), Confederation of Laboratories for AI Research in Europe (CLAIRE);
- **Cybersicherheit:** CISPA-Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit;
- **Prozessmanagement:** Universität des Saarlandes, Wirtschaftsinformatik;
- **Material Science/Life Science/Bioinformatik:** Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS), Leibniz-Institut für Neue Materialien, Steinbeis Forschungszentrum Material Engineering Center Saarland (MECS), Universitätsklinikum des Saarlandes, Fraunhofer IBMT und IZFP; Zentrum für Bioinformatik;
- **Industrie 4.0:** Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA), Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, DFKI;

☐ **Ausbau der wissenschaftlichen Exzellenz:** Mit dem Innovation Campus in Sankt Ingbert, dem Innovation Center an der Uni und dem CISPA-Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit haben wir im Saarland Leuchtturmprojekte mit internationaler Ausstrahlung. Diese Projekte stehen in der Tradition erfolgreicher Gründungen wie die Scheer-Gruppe oder die ORBIS AG; sie haben weitere Ansiedlungserfolge wie das ZF-Technologiezentrum für KI und Cybersicherheit, das Huawei-Entwicklungszentrum oder die Außenstelle des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) möglich gemacht. Wir kämpfen für den Ausbau des CISPA über den Bereich der Cybersicherheit hinaus, den Ausbau des DFKI als europäische Koordinationsstelle im Bereich „Vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz“ und seine weitere europaweite Vernetzung innerhalb des CLAIRE-Netzwerks.

5.2. Für einen digitalen Paradigmenwechsel in der Landesverwaltung

☐ **Ein eigenes Digitalministerium für unser Land:** Die Digitalisierung ist eine der größten Zukunftsherausforderungen unserer Zeit. Daher benötigen diese Herausforderungen eine besondere Aufmerksamkeit. Die Digitalisierung ist zwar Querschnittsaufgabe in einer Landesregierung, sie bedarf aber einer starken Koordination.

☐ **Mehr digitale Courage:** Wir werden den Weg der Verwaltungsverschlankung konsequent weitergehen, den wir bereits mit dem Digitalisierungsgesetzbuch und mit der bundesweit vorbildhaften Abschaffung von Schriftformerfordernissen beschritten haben. Klar ist: jedes Ministerium muss in Zukunft über eine fundierte Digitalkompetenz verfügen; genau wie Haushaltsfragen als zentrale Aufgabe in jedem Ministerium institutionalisiert sind und zentral im Finanzministerium zusammengeführt werden, ist auch die Digitalisierung als eine Querschnittsaufgabe zu behandeln. Dafür brauchen wir ein Umdenken in der Verwaltung, vor allem mehr Mut im Umgang mit Risiken und administrativer Verantwortung.

☐ **Lernender Staat als Leitbild:** Umsetzungsgeschwindigkeit und Anpassung von Regelungen an Erfahrungswerte ist oft effizienter als überkomplexe Vorprüfung und Regulierung. Maßgabe für Digital- und Innovationsvorhaben soll sein: besser eine schnelle, agile und anpassbare 80%-Lösung, die zum richtigen Zeitpunkt einsatzbereit ist und angepasst werden kann, als eine vermeintliche 100%-Lösung, die das Zeitbudget und die Umsetzungsvorgabe sprengen. Wir haben gelernt: man muss die Umsetzung digitaler Veränderungsprozesse als einen systemischen Prozess verstehen, man muss die Menschen mitnehmen auf diesem Weg und man muss dabei sowohl bottom-up als auch top-down vorgehen. Das heißt auch: Wir brauchen keine bloße Übertragung von überkomplexen analogen in digitale Prozesse, sondern wir nutzen die Digitalisierung, um Verwaltung grundlegend und systemisch zu transformieren.

☐ **Beschleunigung und Entlastung:** Durch eine echte Ende-zu-Ende-Digitalisierung vom Antrag bis zum Bescheid, die durch Künstliche Intelligenz unterstützt wird, werden wir die Fachkräfte in den Verwaltungen von redundanten, fehleranfälligen Routineaufgaben und Medienbrüchen entlasten. Mit der durch die CDU-geführte Landesregierung auf den Weg gebrachten zentralen Antrags- und Prozessplattform „Verwaltungscloud.saarland“ haben wir die Infrastruktur hierfür geschaffen. Dadurch schaffen wir die Möglichkeit für die Beschäftigen, sich um die

eigentlich wichtigen Arbeiten, die Arbeit mit den Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Unternehmen zu kümmern. Wir wollen, dass die wichtigste Ressource der öffentlichen Verwaltung, unsere Beschäftigten, nicht ihre Zeit mit Dateneingaben verschwenden, sondern ihre Kreativität, ihre Erfahrung, ihre Kompetenz zielgerichtet einsetzen können. Unser Grundsatz lautet deshalb: Verwaltungsprozesse digitalisieren, standardisieren und automatisieren.

☐ **Plattform-Strategie:** Wir verfolgen bei der Verwaltungsdigitalisierung eine konsequente Plattformstrategie mit der „Verwaltungscloud.saarland“. Hier werden Technik und Fachlichkeit so weit wie möglich voneinander getrennt, sodass die Fachreferate weitgehend unabhängig die für sie relevanten Prozesse auf einer Low-Code-Basis selbst entwickeln und anpassen können. Damit reduzieren wir ein Stück weit auch den Fachkräftemangel, weil die IT sich auf technische Fragen konzentrieren kann, während Prozessfragen in den jeweiligen Fachstellen modelliert werden. Vor allen Dingen bei Verwaltungsakten, die keinen Entscheidungsspielraum aufweisen, wollen wir KI-gestützte Entscheidungssysteme implementieren. Bei Verwaltungsakten mit Entscheidungsspielräumen sollen KI-Vorschlagssysteme die Sachbearbeiter unterstützen.

☐ **Verwaltungsleistung konsequent und vollständig digitalisieren:** Bei der Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung haben Tobias Hans und die CDU Saar durch das eGovernment-Gesetz (E-GovG-SL) und das bundesweite Onlinezugangsgesetz (OZG) wichtige Weichen gestellt und erhebliche Fortschritte erzielt. Unser Ziel ist jedoch die volldigitale Ende-zu-Ende-Bearbeitung von Verwaltungsprozessen. Die Erfahrung seit 2017 zeigt: Es braucht auch über das Ende der OZG-Umsetzungsfrist am 31.12.2022 hinaus ein Engagement des Bundes und eine transparente Regelung für die Nachnutzung von OZG-Leistungen. Nur so kann die Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umgesetzt werden, ohne dass die Kosten explodieren. Hierfür setzen wir uns im IT-Planungsrat, im d16-Digitalministertreffen und beim Bund ein.

☐ **Cyberagentur:** Mit einer zentralen Cyberagentur wollen wir leistungsfähige Angebote der digitalen Verwaltungsmodernisierung entwickeln. Eine solche Cyberagentur soll die bestehenden Einheiten der Landes-IT vom Innovations- und Projektmanagement über den Betrieb bis hin zur IT-Sicherheit zusammenführen. Das Leistungsangebot richtet sich auf freiwilliger Basis an Landes- und kommunale Behörden, um etwa bei Beschaffungsvorgängen die Marktmacht zu erhöhen und bei Betrieb, Service und Wartung die Aufwände zu reduzieren. Entscheidend ist, dass wir dabei an die landesweite und Plattformstrategie der „Verwaltungscloud.saarland“ anknüpfen.

☐ **Digitale Souveränität:** Um die Abhängigkeiten von externen IT-Anbietern zu reduzieren und die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der in der öffentlichen Verwaltung verarbeiteten Daten zu gewährleisten, kann die Nutzung von quelloffener Software (Open Source-Software, OSS) und offenen Standards eine wichtige Säule sein. Gemeinsam mit anderen Bundesländern setzen wir uns auf Bundesebene für eine gemeinsame Lösung der Digitalen Souveränität, vor allem hinsichtlich aktueller Cloud-Technologien ein und fordern eine souveräne Cloud für die Arbeitsplätze der öffentlichen Verwaltung; Verbote von proprietärer Software sind dabei keine Lösung. Mit Blick auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber von IT-Fachkräften und Digital-Experten wollen wir eine technische

Ausstattung, die eine größere Flexibilität zwischen Arbeit im Büro und mobiler Arbeit ermöglicht.

5.3. Digitale Transformation auf kommunaler Ebene vorantreiben

☐ **Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum:** Die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Kommunen ist für uns ein zentrales Ziel. Für die Weiterentwicklung unserer Dörfer, Gemeinden und Mittelstädte zu „Smart Region/Smart City-Modellen" ist das Projekt „Smart Wendeler Land" ein Modell, das insbesondere die Daseinsvorsorge der Bevölkerung, Partizipation, Mobilität und Bürgerdienste neu definiert. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind hierbei ein zentrales Instrument, um etwa Informationen auszutauschen, Angebot und Nachfrage effizient zu bündeln, aber auch die Lieferkette smart und CO2-arm zu organisieren und nicht zuletzt dem Dorfleben eine neue, zusätzliche digitale Plattform zu geben.

☐ **Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung:** Die „kommunale Familie" hat bereits 2004 den bis heute einzigen flächendeckenden IT-Zweckverband eGo-Saar gegründet und damit eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. Im Zuge der „Digitalisierungsoffensive Kommunen" haben wir überdies 17 Millionen Euro zur Anschubfinanzierung digitaler Transformationsprojekte auf kommunaler Ebene bereitgestellt. Es ist unser Ziel, den eGo-Saar zu stärken, um in Zukunft bei Beschaffung, Betrieb und Service weitere Synergieeffekte zu erzielen und durch gemeinsame Standards die Komplexität und in der Folge den Aufwand für Wartung und Betrieb zu reduzieren sowie die IT-Sicherheit zu erhöhen. Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Familie den eingeschlagenen Transformationsweg zum Erfolg führen.

☐ **Gigabit-Strategie vorantreiben:** Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung ist eine flächendeckende Verfügbarkeit ausreichender Netzgeschwindigkeit. Durch den „NGA-Netzausbau Saar" haben wir erreicht, dass bereits 50 Mbit/s für 98% der Haushalte zur Verfügung stehen; damit stehen wir an der Spitze der Flächenbundesländer. Dabei bleiben wir jedoch nicht stehen: Wir wollen künftig gigabitschnelle Glasfasernetze überall zum neuen Standard machen. Wir werden den Ausbau zuerst dort vorantreiben, wo der Bedarf am größten ist: im Laufe des Jahres 2022 werden wir unsere Schulen ans Glasfasernetz anschließen. Schnell sollen die Glasfasernetze auch in der Fläche ankommen. Die Netzbetreiber haben angekündigt, große Teile des Saarlandes aus eigener Kraft mit Glasfaser zu erschließen. Das werden wir mit Nachdruck unterstützen: durch schlanke Genehmigungsverfahren, aktive Mitwirkung und die Weiterentwicklung des Breitbandbüros Saar. Wo der Markt versagt, setzen wir Fördermittel ein und stellen dafür 100 Mio. Euro an Landesgeldern zur Verfügung. Zudem wollen wir Förderprogramme für Unternehmen fortführen, die bereits kurzfristig eine Glasfaserleitung benötigen.

☐ **5G in die Fläche tragen:** Der Mobilfunkbereich wurde – insbesondere dank des Engagements der CDU-geführten Landesregierung – im Saarland im vergangenen Jahrzehnt bereits erfolgreich ausgebaut. 99,6% unserer Haushalte können schon jetzt auf LTE-Netze zugreifen. Gemeinsam mit dem Bund und den Netzbetreibern wollen wir die letzten Funklöcher schließen und den Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G so schnell wie möglich in die Fläche tragen.

5.4. Daten nutzen – Daten schützen

☐ **Daten nutzen und schützen:** Wir nehmen den Schutz personenbezogener Daten als Grundvoraussetzung für vertrauensvollen Einsatz von IT sehr ernst. Wir wollen aber auch die Möglichkeiten nutzen, die das derzeitige Datenschutzrecht bietet, um Daten zugunsten der Forschung, der Wirtschaft und der besseren Planung in der öffentlichen Verwaltung zu nutzen. Dabei ist für uns zentral: Wir machen keine Kompromisse beim Schutz der personenbezogenen Daten, sondern sorgen durch regulatorische Vorgaben und praktische Umsetzung für Handlungssicherheit auf allen Seiten.

☐ **Open Government Data ausbauen:** Die öffentliche Verwaltung erhebt und sammelt in verschiedenen Bereichen Daten. Viele dieser Daten sind nicht personenbezogen oder sensibel. Diese Verwaltungsdaten wollen wir proaktiv zur Verfügung stellen – für Forschung und Entwicklung, aber auch für innovative Geschäftsmodelle, die auf Daten basieren. Ziel ist die kostenfreie Nutzung von Daten in standardisierten, gängigen, strukturierten und maschinenlesbaren Dateiformaten und mit transparenten Nutzungsbestimmungen und Lizenzen („Datenlizenz Deutschland“), um größtmögliche Nachnutzung zu garantieren. Wir wollen zum „Open Government Data-Bundesland“ werden.

☐ **Für die dezentrale Einmal-Datenspeicherung:** Wir wollen im Rahmen digitalisierter Verwaltungsprozesse das Einmalprinzip („Once-only-Prinzip“), also die singuläre, aber dezentrale Speicherung von Daten einführen. Es muss klar zugeordnet werden, welche Daten bei welcher Behörde gespeichert sind. Bei der Nutzung der Daten können dann über entsprechende Schnittstellen automatisierte Abfragen bei der zuständigen Behörde vorgenommen werden. Nicht nur wird den Bürgern damit transparent vermittelt, wo die jeweiligen Daten gespeichert sind, es bietet zudem zusätzlich Sicherheit gegen unbefugte Zugriffe und Datenmissbrauch. Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, in regelmäßigem Turnus zu überprüfen, welche Behörden wann und zu welchen Zwecken auf welche Daten zugegriffen haben. Beim Verdacht des unbefugten Datenmissbrauchs soll er die Möglichkeit zur Beschwerde erhalten.

☐ **Cybersicherheit und Cyberabwehr – Eckpfeiler der digitalen Agenda:** Sicherheit ist auch im Netz ein hohes Gut. Hierzu haben wir die Zusammenarbeit mit den Cybersicherheitsbehörden des Bundes und der Länder weiter gestärkt, vor allem durch die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationssicherheit und im CERT-Verbund der Länder. In der Landesverwaltung führen wir ein neues zentrales Mobile Device Management (MDM) ein, um die Verwaltung mobiler Geräte effizienter und sicherer zu gestalten. Zur Unterstützung von Sicherheitsbehörden und Betreibern kritischer Infrastruktur im Falle von Großschadenslagen soll eine Cyberwehr auch aus freiwilligen Sicherheitsexpertinnen und -experten aufgestellt werden, die als bedarfsorientierte, kurzfristig einsetzbare Einheit die Kräfte der Landes-IT und der Sicherheitsbehörden unterstützen kann, um auf Gefahrenlagen und Angriffe angemessen zu reagieren.

5.5. Verwaltungsmodernisierung und Öffentlicher Dienst

☐ **Attraktivität des Öffentlichen Dienstes erhöhen:** Die Landesverwaltung braucht motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Leistungen adäquat honoriert werden. Deshalb wollen wir alle Bediensteten im Landesdienst an der generellen Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst adäquat teilhaben lassen und – im aktuellen Fall – den Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst (TV-L) vom 29. November 2021 übernehmen. Darüber hinaus brauchen wir eine „Offensive für Arbeitgeber-Attraktivität" in der Landesverwaltung; dazu gehört für uns auch die Einrichtung multiprofessioneller Funktionsteams, die insbesondere im Schuldienst zur Entlastung von fachfremden Organisations- und Verwaltungsaufgaben beitragen sollen. Wir wollen schrittweise den Anschluss an das föderale Besoldungsniveau erreichen. Wir werden dafür eintreten, im Rahmen der Tarifstruktur der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) weitere Zulagen-Optionen zu schaffen, die in ausgewiesenen Mangelberufen den Öffentlichen Dienst in eine bessere Wettbewerbsposition gegenüber der Privatwirtschaft bringt.

☐ **Zentrale Immobilienbewirtschaftung bringt Vorteile:** Moderne Verwaltung braucht modernes Facility Management. Deshalb werden wir die Liegenschaftsverwaltung des Landes auf eine neue „Gesellschaft für Landesimmobilien" übertragen. Auf der Basis einer Leerstands- und Wertermittlung (Sanierungsbedarfe) entwickeln wir ein kostensparendes Flächennutzungsmanagement; unterschiedliche Nutzungsarten – von Remote-Arbeitsplätzen über Back- und Front-Office-Arbeitsplätze bis hin zu reinen Verwaltungsarbeitsplätzen mit Lager- und Parkkapazitäten – sind dabei zu berücksichtigen. Mit diesem Gebäude- und Büroflächenmanagement werden wir die Chancen der Immobilienbewirtschaftung verbinden mit einer kosteneffizienten und kundengerechten Verwaltungsorganisation; dazu zählt auch die Digitalisierung sämtlicher Objektdaten.

6. Leistungsstarke Hochschulen, exzellente Forschung – Wir sorgen dafür!

☐ **Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Dienst des Landes**: Das Saarland ist ein Hochschulstandort, der mit exzellenten Lehrstühlen, Forschungsinstituten und Kompetenzclustern über internationales Renommee verfügt und der High Potentials und Studierende aus aller Welt anzieht. Die Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist von herausragender Bedeutung; das hat sich nicht zuletzt auch unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie gezeigt, bei der unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr schnell entscheidende Forschungsergebnisse hervorbrachten, ausgewiesene Ratgeber waren und im Universitätsklinikum gemeinsam mit Ärzte- und Pflege-Teams die wichtigste Säule der Versorgung auf höchstem Niveau sind. Die Erfahrungen aus der Krise sollen bei der Weiterentwicklung der Strukturen, der Digitalisierung sowie der inhaltlichen Aufgabenbereiche mit dem Ziel einer bestmöglichen Resilienz und Zukunftsfähigkeit genutzt werden.

☐ **Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Motor des Fortschritts:** Unser Land steht vor großen Herausforderungen: dem internationalen Wettbewerb, den Anforderungen des Strukturwandels, der demografischen Entwicklung sowie der Bewältigung der finanzpolitischen Aufgaben. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen tragen in vieler Hinsicht zur Bewältigung dieser Herausforderungen bei. Sie ermöglichen eine exzellente akademische Ausbildung junger Menschen und liefern als national und international anerkannte, wettbewerbsfähige Wissenschaftseinrichtungen innovative Impulse, Erkenntnisse und Technologien zur Weiterentwicklung der Wirtschaft. Mit unserer Hochschul- und Wissenschaftspolitik sowie der notwendigen budgetären Ausstattung sorgen wir dafür, dass sich unsere Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb weiterhin gut positionieren und den Wissenstransfer in die Wirtschaft und in die Gesellschaft weiter vorantreiben können.

6.1. Internationalisierung als zentrales Profilmerkmal

☐ **Für eine weltoffene Forschung und Lehre:** Internationalisierung ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung von Forschung und Lehre. Zugleich ist sie für ein exportorientiertes Land wie das Saarland auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Wir begrüßen daher sehr, dass Internationalisierung zentrales Profilmerkmal aller saarländischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist. In keinem anderen Bundesland gibt es einen höheren Anteil an internationalem Wissenschaftspersonal. Wir wollen, dass unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen diesen Weg der selbstbewussten Internationalisierung weiter beschreiten – nicht zuletzt mit Blick auf den Vollausbau des CISPA Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit. Tragende Säulen dieser Internationalisierungsstrategie sind die Weiterentwicklung des Vorhabens „Dreisprachiger Campus“ von UdS und htw saar, die grenzüberschreitende „Klammer“ der Deutsch-Französischen Hochschule sowie der Aufbau einer neuen Europäischen Schule in Uni-Nähe, die Schul- und Betreuungsangebote für ausländische High Potentials und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bietet.

☐ **Stärkung der Europa- und Frankreichkompetenz:** Im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung setzen wir auch einen Schwerpunkt in der Stärkung der Europa- und der Frankreichkompetenz. Wir wollen, dass die Universität ihren Profilschwerpunkt „Europa“ weiterentwickelt, auch durch die Einwerbung eines Verbundprojekts mit europabezogener Thematik; dafür ist sie mit ihrem deutschlandweit einmaligen interdisziplinären Frankreichzentrum bestens aufgestellt. Wir wollen, dass die htw saar ihr bundesweites Alleinstellungsmerkmal, über das sie mit dem Deutsch-Französischen-Hochschulinstitut verfügt, strukturell stärkt. Um dort den Generationenwechsel gut zu meistern, wollen wir dessen breitere Verankerung in der Gesamthochschule. Unsere Hochschulen sollen auch künftig deutschlandweit eine Spitzenposition beim Angebot deutsch-französischer und trinationaler Studiengänge einnehmen. Wir werden die Frankeichkompetenz im Sinne der Frankreichstrategie weiter stärken. Dazu zählt die internationale Zusammenarbeit mit Universitäten der frankophonen Welt; ein wichtiger Schritt ist hier die Einführung des Frankophonie-Stipendiums als Vorbild für die Unterstützung weiterer internationaler Projekte. Für unsere Großregion ist der Studiengang „Border Studies“ ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Europakompetenz auf interregionaler Ebene.

☐ **Anwerbung internationaler Studierender:** Wir unterstützen die Hochschulen in ihren vielfältigen Anstrengungen, trotz der demographischen Entwicklung die Zahl der Studierenden zu halten, insbesondere auch in den MINT-Fächern, um damit auch die Zahl der Absolventinnen und Absolventen auf gleichem Niveau zu stabilisieren. In Zukunft sollen verstärkt internationale Studierende gewonnen werden – auch und gerade, wenn der Bereich der Internationalisierung von den Auswirkungen der Corona-Pandemie stark betroffen ist. Die Hochschulen können dabei auf ein solides Fundament aufbauen, denn das Saarland ist weltoffen. Unsere Hochschulen bilden deutlich mehr internationale Studierende aus als viele andere Bundesländer; und viele von ihnen bleiben nach Studienabschluss als hochqualifizierte Fachkräfte hier im Lande oder unterstützen in verantwortungsvoller Position im Ausland die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Saarland. Durch innovative, auch durch digitale Formate, sowie eine besonders gute Betreuung der internationalen Studierenden vor Ort sollen die Hochschulen die Corona-bedingten Auswirkungen bestmöglich kompensieren.

6.2. Eckpunkte unserer Hochschulentwicklungsplanung

☐ **Fortentwicklung auf der Basis der Hochschul-Autonomie:** Die neu überarbeitete Strategie für Innovation und Technologie Saarland und die ebenso neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Universität des Saarlandes (UdS) sowie mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) zeichnen den Weg der konsequenten Weiterentwicklung der Schlüsselbereiche in der Forschung und im Technologietransfer sowie der Angebote und Ziele in der Lehre vor. Wir bekennen uns zur Autonomie der Hochschulen, flankiert durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen als Steuerungselement. Sie bieten die erforderliche Planungssicherheit für die Hochschulen und das Land. Zugleich lassen sie Freiraum, um auf noch nicht bekannte Herausforderungen kurzfristig reagieren zu können. Insgesamt unterstützen wir die Hochschulen und Forschungseinrichtungen über ihre Kernaufgaben in der Forschung hinaus. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Rolle und Verantwortung der

Hochschulen halten wir an den dem breiten disziplinären Spektrum fest und würdigen insbesondere auch die Leistungen in den Geisteswissenschaften.

☐ **Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs:** Wir begrüßen, dass die Universität des Saarlandes mit der Einwerbung von Graduiertenkollegs unter Beweis stellt, dass Leistung in der Forschung und Nachwuchsqualifizierung zwei Seiten derselben Medaille sind. Auch die htw saar hat in den letzten Jahren ihre Forschungsaktivitäten ausbauen können. Daher wollen wir als weiteren Beitrag zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein gemeinsames Promotionskolleg der UdS und der htw saar als hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung mit eigenem Promotionsrecht. Unter diesem Dach sollen unter festgelegten strukturierten Voraussetzungen sowohl Universitäts- als auch forschungsstarke Fachhochschulprofessorinnen und --Professoren gleichberechtigt Promotionen begleiten und begutachten können. Dabei sollen sowohl die Forschungsschwerpunkte der htw saar angemessen berücksichtigt als auch den universitären Qualitätssicherungsmechanismen Rechnung getragen werden. Hierfür wollen wir durch eine Aktualisierung des Saarländischen Hochschulgesetzes die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Wir sehen darin eine Weiterentwicklung der Idee der bestehenden Kooperationsplattformen in den Ingenieur-, Gesundheits- und Wirtschaftswissenschaften sowie im Themenkomplex Europa.

☐ **Stärkung der Lehramtsausbildung:** Wir wollen die Lehrerbildung stärken. Dazu zählt auch die Einrichtung einer fachdidaktischen Professur für Informatik sowie die Erschließung des Potentials digitaler Elemente in der Pädagogik und Didaktik für alle Lehramtsstudiengänge von der Primarstufe über die Sekundarstufe bis hin zur beruflichen Bildung. Dabei sollen auch Methoden der Künstlichen Intelligenz eine Rolle spielen. Das Forschungsinstitut Bildung Digital (FoBiD), Schnittstelle der fächerübergreifenden Didaktik der Universität und des DFKI, wollen wir stärken. In den Grund- und Förderschulen gibt es aktuell einen sehr großen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften. Daher streben wir die Ausweitung der Studienplätze für den Studiengang „Lehramt an Grundschulen“ an. Um dem riesigen Fachkräftemangel im Bereich der Sonderpädagogik Rechnung zu tragen, haben wir das Ziel, in der kommenden Legislaturperiode einen neuen Studiengang „Lehramt an Förderschulen" an der UdS einzurichten. Die Lehramtsausbildung für berufliche Schulen sollte durch eine noch stärkere Kooperation der UdS mit der htw saar weiterentwickelt werden. In den künstlerischen Fächern setzen wir uns für eine intensive Kooperation und inhaltlichen Abstimmung mit der Hochschule für Musik Saar sowie mit der Hochschule für Bildende Künste Saar ein. Zudem werden wir uns für eine stärkere Verflechtung der einzelnen Phasen der Lehramtsausbildung stark machen.

☐ **Digitale Unterstützungsangebote infolge der Pandemie:** Die Folgen der COVID-19-Pandemie haben den Hochschulen ein hohes Maß an Agilität, Reaktionsfähigkeit und Kreativität abverlangt. Erste Analysen zeigen: trotz vieler positiver Effekte durch die Digitalisierung gibt es im Zuge der Pandemie auch negative Effekte hinsichtlich Studienverläufen und Studienerfolg, die wir sehr ernst nehmen. Für uns gilt: wegen der Pandemie darf es keine „verlorenen“ Jahrgänge geben. Daher werden wir die Hochschulen dabei unterstützen, Studienanfängerinnen und -Anfänger und Studierende mit spezifischen Lernangeboten bestmöglich aufzufangen. Wir werden die Hochschulen bei der Realisierung wissenschaftsadäquater digitaler Werkzeuge und Räume unterstützen, um den zukünftigen Lehrbetrieb zu bereichern, ohne den Charakter als Präsenzhochschulen zu verlieren.

6.3. Unsere Maßnahmen im Bereich der baulichen und der Verkehrsinfrastruktur

☐ **Sanierungs- und Neubaubedarfe an allen Standorten:** In den letzten Jahren sind viele neue Gebäude für die Hochschulen und das Universitätsklinikum in Homburg entstanden, andere umfangreich saniert worden. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, die in Planung befindlichen Maßnahmen zügig umzusetzen. Dazu gehört das neue Neurozentrum am Campus Homburg als größtes Bauprojekt; dazu gehören aber auch weitere bauliche Maßnahmen am Campus der Universität in Saarbrücken und an der htw saar in Alt-Saarbrücken. Um zusätzlich studentischen Wohnraum in Campus-Nähe entstehen zu lassen, wurde ein Programm zur Förderung von Neu- und Umbauten aufgelegt. Für eine Verbesserung der ÖPNV-Erreichbarkeit insbesondere des Campus Saarbrücken, wo um die UdS fast alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen gruppiert sind, werden wir uns ebenfalls stark machen. Die weitere Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen verfolgen wir über eine strukturierte Rahmenplanung. Dazu gehört der Hochschulstandortentwicklungsplan (HSEP) für den Campus Saarbrücken der UdS und den Campus der htw saar in Alt-Saarbrücken ebenso wie die übergreifenden Bau- und Entwicklungsplanungen für den Campus Homburg, wo Erfordernisse von Medizinischer Fakultät und Klinikum ineinandergreifen. Gebäude, Räume und Flächen, Forschungs- und Lehrinfrastruktur der Hochschulen und des Universitätsklinikums wollen wir in Zeiten des Wettbewerbs um leistungsstarke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie um Studierende dabei nicht nur zweckmäßig, modern und barrierefrei, sondern auch nachhaltig sanieren oder neu bauen.

☐ **Räume für Investitionen und Innovationen im außeruniversitären Bereich:** Im außeruniversitären Bereich liegt ein Schwerpunkt auch baulich auf der Weiterentwicklung des Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit (CISPA), für dessen Wachstum am Campus Saarbrücken eine weiträumige Fläche erschlossen werden soll, sodass neben dem derzeitigen Erweiterungsbau weitere Baumaßnahmen folgen. Auch das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) werden wir baulich erweitern. Darüber hinaus wollen wir die inhaltliche Weiterentwicklung des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) baulich flankieren sowie für einen neuen Schwerpunkt Sensorintelligenz für die Kooperation von UdS und htw saar mit den beiden Fraunhofer-Instituten, dem Institut für Biomedizinische Technik (IBMT) und dem Institut für Zerstörungsfreie Prüfverfahren (IZFP), den erforderlichen Raum am Campus der Universität in Saarbrücken schaffen. Neben dem Science Park und den im Umfeld der Wissenschaftslandschaft entstandenen Co-Working-Spaces beschreiten wir mit dem Innovation Campus für KI und Cybersicherheit in St. Ingbert konsequent den Weg weiter, um zum international bis global bedeutenden Hotspot für wissensbasierte Gründungen zu werden.

6.4. Digitalisierung der Hochschulen als Chance und Herausforderung

☐ **Schaffung geeigneter digitaler Infrastrukturen:** Die Digitalisierung der Hochschulen hat in den letzten beiden Jahren einen Schub erfahren. Es gilt nun die erreichten Ziele zu verstetigen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Infrastruktur für Lehre, Forschung und Technologietransfer, aber auch den Service für Studierende und Beschäftigte weiter zu verbessern. Der raschen Realisierung eines neuen Rechenzentrums am Campus wird hierbei

besondere Bedeutung zukommen ebenso wie der weiteren Implementierung des Campus-Management-Systems und der Einbindung in hochschulübergreifende Netzwerke zum Hochleistungsrechnen. Darüber hinaus soll mit der Digitalisierung eine zeitgemäße und zukunftssichere Gestaltung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens sowie eine Steigerung der Effizienz durch die Verbesserung von Prozessen und die Anpassung an geänderte gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erreicht werden.

☐ **Verbesserung der Lehre durch digitale Werkzeuge**: Die Digitalisierung sehen wir nicht als Selbstzweck; sie soll vielmehr der Steigerung der Qualität der Lehre dienen. Zugleich soll damit den heterogenen spezifischen Lebensentwürfen und Lernbedarfen der Studierenden Rechnung getragen und die Reichweite der Lehrangebote erhöht werden. Wir sehen hierin auch Potentiale für eine deutliche Verbreiterung der Angebote des Continuing Education Center Saar (CEC), das als gemeinsame Einrichtung von UdS und htw saar die wissenschaftliche Weiterbildung für Berufstätige ebenso wie für Hochschulabsolventinnen und -absolventen bündelt, welche ihre Qualifikation berufsbegleitend flexibel, ort- und zeitunabhängig sowie praxisnah erweitern möchten. Hier sehen wir zudem eine wachsende Einnahmemöglichkeit für die Hochschulen. Wir unterstützen die Anstrengungen in den Hochschulen mittels Digitalisierung die Qualität der Lehre zu verbessern, indem wir den hochdotierten Landespreis Hochschullehre mit einem Themenschwerpunkt digitale Lehre fortführen.

6.5. Stärkung der wirtschaftsnahen akademischen „Leuchttürme“

☐ **Wissenschaft als Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels**: Wir haben mit unserer Wissenschafts- und Innovationspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten eine breit aufgestellte wissenschaftliche Exzellenz geschaffen – sowohl in der Universität des Saarlandes als auch in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wo Forschung auf internationalem Spitzenniveau geleistet wird. Mit der letzten Aktualisierung der Innovationsstrategie im Dezember 2021 sowie mit den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen für UdS und htw saar für den Zeitraum 2022 bis 2025 sehen wir eine gute Basis, um die Innovationsthemen des Saarlandes und die aufgebauten Schlüsselbereiche – „Informatics“, „Smart Production&Automotive“ und „Life Science & Material Science“ – konsequent weiterzuentwickeln.

☐ **Informatics:** Im Schlüsselbereich „Informatics“ wollen wir, dass das Saarland weiter in der Champions League mitspielt und werden daher die Kompetenzen insbesondere auf den Gebieten der Künstlichen Intelligenz und der Cybersicherheit gezielt weiter stärken und das Saarland hierbei als europäischen Hotspot etablieren. So werden wir gemeinsam mit dem Bund den weiteren Ausbau des inzwischen bereits international hoch anerkannten CISPA Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit fördern, das mittelfristig am Standort Saarbrücken von derzeit 330 auf 800 Mitarbeiter wachsen soll, davon 500 aus grundständiger Förderung. Wir werden die nationale und internationale Stellung des DFKI mit seiner hohen Anwendungsorientierung stärken, um gemeinsam mit entsprechenden neuen Brückenprofessuren der UdS das Thema KI weiter ausbauen zu können. Wir unterstützen das Vorhaben der Universität mit ihrer leistungsstarken Informatik und ihren Partnern in den außeruniversitären Forschungsinstituten (DFKI, CISPA, Max-Planck-Institute für Informatik

sowie für Softwaresysteme) einen gemeinsamen Exzellenz-Cluster-Antrag im Rahmen der hoch wettbewerblichen Exzellenzstrategie von Bund und Ländern vorzubereiten. Die erforderliche Kofinanzierung für den Bewilligungsfall sagen wir zu. Auch für die Weiterentwicklung der Themenfelder „Extended Realities“ und „Quantentechnologie“ sehen wir auf der Basis der bereits erbrachten Leistungen sehr gute Entwicklungschancen.

☐ **Mobilität der Zukunft:** Wir wollen in Zukunft noch stärker die in der Verbindung von KI und Informationssicherheit liegenden Potenziale nutzen, um weitere Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu generieren; dies gilt besonders mit Blick auf die Anwendungsmärkte in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der pharmazeutischen Industrie, der personalisierten Medizin, der Medizintechnik und der Energietechnik. Cross-Innovationen tragen dazu bei, diese Bereiche zu vernetzen und dadurch die technologische Entwicklung zu forcieren. Die Bereiche „Smart Production“, „Mobilität der Zukunft“ mit den Themen Elektro- und Wasserstoffantrieb, autonomes Fahren, energetische Speichertechnologien (wie Batteriezellen) haben hier ebenso großes Potential wie „Robotik und Mensch-Maschine-Interaktionen“ sowie intelligente Werkstoffe und Materialien. Hier sehen wir zudem die Stärken unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um technologische Innovationspotenziale mit industrienaher Ausrichtung zu heben und weiterzuentwickeln, um uns national und international erfolgreich zu positionieren.

☐ **Industrie 4.0:** Das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) hat sich als Kooperationsplattform von UdS und htw saar sowie mit dem DFKI etabliert. Wir wollen es auf breitere Füße stellen – und zwar finanziell durch die Aufnahme weiterer Gesellschafter und inhaltlich durch die verstärkte Berücksichtigung von Forschungsaufträgen aus der saarländischen Wirtschaft. Um das neue Gebiet der Sensorintelligenz als wichtigem Baustein für die digitale Transformation voranzutreiben, wollen wir die diesbezüglichen Kapazitäten des Fraunhofer-Instituts für Zerstörungsfreie Prüfverfahren (IZFP), des Fraunhofer-Instituts für Biomedizinische Technik (IBMT) und der Universität des Saarlandes in einem eigenen Schwerpunkt bündeln und damit eine höhere Sichtbarkeit und Leistungsfähigkeit erreichen. Wir werden aber auch die htw saar darin unterstützen, den Themenkomplex „Intelligente Sensorik“ durch gezielte Berufungspolitik und einen entsprechenden Studiengangschwerpunkt zu flankieren. Wir werden die Expertise der Hochschulen in diesem Bereich auch dazu nutzen, präventive Planungskonzepte gegen Naturkatastrophen und große Schadensereignisse zu entwickeln.

☐ **Life Science und Material Science:** Die Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber mehr noch die Weltraummission von Matthias Maurer, einem Absolventen dieses Studienbereiches der Universität des Saarlandes zeigen, wie wichtig der Schlüsselbereich „Life Science & Material Science“ ist. Die Suche nach neuen Wirkstoffen und die Erforschung der Frage, wie diese Wirkstoffe an ihren Bestimmungsort im Menschen gelangen, ist national wie international von herausragender Bedeutung, insbesondere beim Kampf gegen bakterielle Krankheiten. Dies wollen wir mit dem Ausbau des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) sowie einem ergänzenden Zentrum für Wirkstoffforschung der UdS weiter flankieren. Damit unterstützen wir gleichzeitig die Wirkstoff-Initiative der Bundesregierung und schaffen die Voraussetzung für weitere nationale und europäische Drittmittelförderungen. Wir wollen die exzellente Forschung am INM und HIPS mit der Universitätsmedizin in Homburg und der

Informatik verknüpfen und damit die Basis schaffen für einen Exzellenzantrag der Universität mit ihrer Expertise in der Pharmazie und Bioinformatik. Wir unterstützen nachdrücklich, dass die Universität mit ihrer Expertise in der Pharmazie, den Biowissenschaften, der Bioinformatik und der Medizin gemeinsam mit dem HIPS, dem INM und dem CISPA einen zweiten Exzellenz-Cluster-Antrag für den Exzellenz-Strategie-Wettbewerb vorbereitet und sagen auch hier die erforderliche Kofinanzierung im Bewilligungsfall zu. Wir unterstützen weiterhin die starke vorklinische Forschung mit dem Ziel neue und bessere Behandlungsformen für eine Vielzahl verbreiteter Krankheiten vorzubereiten. Mit der Fertigstellung des Präklinischen Zentrums für molekulare Medizin wird dafür neben dem Zentrum für Integrative Physiologie und molekulare Medizin eine herausragende Grundlage geschaffen. Bezüglich der durch bundesgesetzliche Vorgaben geregelten Novellierung der Approbationsordnungen insbesondere in der Human- und Zahnmedizin sowie bei der Akademisierung der Gesundheitsberufe fordern wir gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine Kostenbeteiligung des Bundes.

6.6. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Rahmen des Technologie-Transfers

☐ **Exzellenz- und Technologie-Offensive:** Mit Blick auf den wirtschaftlichen Strukturwandel in unserem Land wollen wir dazu beitragen, die bestehenden wirtschaftsnahen universitären und außeruniversitären Institute auszubauen. Unser Ziel ist vor allem die Ansiedlung neuer Exzellenz-Einrichtungen mit zum Teil anwendungsnaher Forschung, wie wir es zum Beispiel durch den Aufbau eines Zentrums für Sensorintelligenz, aber auch durch die stärkere Vernetzung und Kooperation im Bereich NanoBioMed vorhaben. Unser besonderes Engagement gilt dabei der möglichst engen Vernetzung universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen mit den innovativen Unternehmen der Saar-Wirtschaft, wie es uns mit dem ZF-AI-Lab gelungen ist. Das CISPA und den Innovation Campus werden wir als Ansiedlungsmagnet für neue Firmen und Institute und damit für hochqualifizierte Fachkräfte vermarkten. Darüber hinaus wollen wir, dass das duale und wirtschaftsintegrierte Studienangebot – insbesondere im technischen Bereich – ausgebaut wird. Hierfür sehen wir die htw saar gut aufgestellt und werden sie unterstützend begleiten, dies in Abstimmung mit der saarländischen Wirtschaft aber auch mit Partnern aus dem Ausland voranzutreiben.

☐ **Ausgründungen:** Um im Studium erlangtes Wissen oder bei Forschungen und Studien erlangte Erkenntnisse in vermarktungsfähige Produkte umsetzen zu können, muss es Ausgründungen ermöglicht werden, die an bzw. mit der Hochschulausstattung gewonnenen Ergebnisse mit Gegenleistung vermarkten zu können. Ob im eigenständigen Start-Up-Labor oder innerhalb der Fachbereiche – hier wird der Ausgangspunkt für erfolgreiche Ausgründungen im Saarland entstehen. Dazu stellen wir klare Spielregeln für die Verknüpfung öffentlicher Institute mit privaten Ausgründungen (z. B. zur Nutzung von Räumlichkeiten, Infrastruktur etc.) auf, um an dieser Schnittstelle Reibung zu verhindern.

☐ **Erfolgsmonitoring:** Wir wollen zukünftig noch schneller neue technologische Entwicklungen erkennen und zusammen mit unseren Fachleuten an den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Forschung und Anwendung nutzen. Dafür wollen wir neben einer entsprechenden Governance- und Monitoring-Struktur in der Landesregierung insbesondere unsere Innovationsagentur saaris sowie die

Technologietransfereinrichtungen KWT und FITT einbinden, die aufgrund ihrer Expertise als Scharnier zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und den bestehenden Netzwerken eine bedeutende Rolle spielen; dazu zählen aber auch das 2022 in Betrieb gehende Innovation-Center auf dem Campus der Universität sowie die Neuausrichtung der Projekte der Technologietransferstellen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass bei Evaluationsverfahren im Wissenschaftssystem die Gründungs- und Transferaktivitäten stärker gewürdigt werden.

☐ **Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit der Industrie stärken:** Wir werden die wirtschaftsnahen Forschungs- und Entwicklungskooperationen deutlich steigern. Dafür schaffen wir eine zentrale Anlaufstelle und neue Forschungskapazitäten für Industrieforschung. Das Saarland ist Industrieland mit starken Marken im Bereich der Automobilwirtschaft mit großen Unternehmen wie Bosch, Ford, Schaeffler oder ZF und künftig auch SVolt; aber auch bei den industrienahen Dienstleistungen sind wir mit Namen wie etwa der Scheer-Gruppe, Orbis AG und SAP gut aufgestellt. Mittels sogenannter Industrie-Pitches bis hin zum Demonstrationsniveau sollen konkret und systematisch industrielle Zukunftshemen entwickelt werden, so dass schnell passgenaue Forschungsangebote auch für Neuansiedlungen geschaffen werden und Unterstützung beim Recruiting geeigneter Fachkräfte geleistet wird.

7. Gute Bildung, verlässliche Betreuung – Wir sorgen dafür!

☐ **Bildung neu denken**: Bildung ist der Schlüssel für eine nachhaltige individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Welt von morgen sind eng damit verbunden, wie heute unsere Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie in der beruflichen Bildung auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet werden. Durch Digitalisierung und Globalisierung sind die Schülerinnen und Schüler inzwischen vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Schule und Unterricht müssen mit der Zeit gehen und Politik muss Schule neu denken. Hier braucht es innovative Lösungen, die auf die einzelnen Bildungsakteure und Bildungswege zugeschnitten sind. Dafür haben wir das Konzept „Q+“ entwickelt – plus heißt: mehr Profil, mehr Inhalt und mehr Zeit.

☐ **Strategie für Bildungsinnovationen im Saarland:** Uns geht es um die Entwicklung einer Bildungsvision, um das Saarland bis zum Jahr 2030 zu einem attraktiven Bildungsstandort weiterzuentwickeln. Wir planen die Einrichtung einer Stabstelle für Bildungsinnovationen, die die saarlandspezifischen Herausforderungen entlang der lebenslangen Bildungskette analysiert, die Potenziale bereits existierender Bildungsinitiativen aufzeigt, lokale Bedarfe analysiert und innovative Ideen zur Lösung der Probleme entwickelt. Strukturierte Mentorenprogramme und Unterstützungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen – von der Kita bis zur beruflichen Bildung –, regelmäßige Bildungsveranstaltungen und -konferenzen oder auch ein saarländischer Bildungsreport binden alle an Bildung Interessierten ein. Eine solche übergeordnete Bildungsstrategie für das Saarland ist die Grundlage eines innovationsfreundlichen Umfelds.

7.1. Unsere bildungspolitischen Leitlinien und Grundsätze

☐ **Pragmatismus statt Ideologie**: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsenen sind unsere Zukunft; sie brauchen daher gute Betreuung, gute Bildung und gute Ausbildung; damit finden sie ihren Platz im persönlichen und beruflichen Leben, nur so hat aber auch unser Land gute Chancen auf die Sicherung von Zusammenhalt und Wohlstand. Dies muss grundsätzlich in allen Schulformen und in unterschiedlichen Schulzweigen möglich sein. Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren im Saarland keine ideologischen Streitigkeiten über pädagogische Grundsatzfragen, sondern Schulfrieden. Inhaltlich werden sich die Schulformen aber weiterentwickeln.

☐ **Qualitätssicherung bei Betreuung und Bildung:** Bildung und Ausbildung sind das Fundament der Zukunft – der individuellen Zukunft junger Menschen, aber auch der Zukunft unserer Saarwirtschaft und des Saarlandes. Daher brauchen wir jederzeit funktionierende Betreuungs- und Schulstrukturen, auf die Eltern und Kinder sich in allen Lebenslagen, gerade auch in pandemischen Krisenzeiten verlassen können. Im Mittelpunkt unserer Vorschul- und Schulpolitik steht in den nächsten Jahren die qualitative Verbesserung unserer Betreuungs- und Unterrichtsangebote. Zu diesem Zweck sollen vorhandene Konzepte im Hinblick auf

Stärken und Schwächen analysiert und gezielt strukturelle, personelle und inhaltliche Maßnahmen abgeleitet werden.

☐ **Weiterbildung als Schlüssel für erfolgreiche Bildungskonzepte:** Lebenslanges Lernen ist entscheidend, um mit den Veränderungen in Schule und Wirtschaft Schritt halten zu können und fachlich stets auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Dazu braucht es eine positive Weiterbildungskultur in Schule und Beruf, die Lust darauf macht, sich weiterzuentwickeln und neue Herausforderungen anzunehmen. Die Aus- und Weiterbildungsangebote müssen sich dabei ebenso schnell weiterentwickeln wie die moderne Gesellschaft und Arbeitswelt. Wir setzen uns daher für zeitlich und örtlich flexible Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Lehrkräfte, gezielte Weiterbildungsprojekte für Verantwortliche im Nachmittagsbereich der Freiwilligen Ganztagsschule, individuelle Weiterbildungsangebote in der beruflichen Qualifizierung sowie effektive Weiterbildungskonzepte als Antwort auf den Strukturwandel etc. ein.

☐ **Digitalisierung im Bildungswesen – und zwar richtig:** Digitalisierung unserer Bildungsinstitutionen ist kein Selbstzweck; sie ermöglicht viele Chancen für das Lehren und Lernen, die aber sinnvoll genutzt werden müssen. Hierzu braucht es unterschiedliche, zielgruppenspezifische pädagogische Konzepte: die Digitalisierung in der Kindertagesstätte birgt andere Potenziale und Herausforderungen als die in der Schule oder der beruflichen Bildung; wir geben ihr einen wichtigen Stellenwert entlang der lebenslangen Bildungskette, damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in einer digitalisierten Welt Schritt halten und erlernte Kompetenzen in Studium, Ausbildung und Beruf anwenden können. Dazu richten wir ein „Kompetenzzentrum Digitale Bildung“ am Forschungsinstitut Bildung Digital (Universität des Saarlandes) ein, dessen Aufgaben in der Beratung und Unterstützung von Lehrkräften, der Durchführung von Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie der Betreuung bei technischen Fragen besteht. Das Kompetenzzentrum soll eng mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) sowie allen in der Lehrerausbildung beteiligten Fachrichtungen und der Landesmedienanstalt kooperieren. Wir schaffen damit ein „Netzwerk der digitalen Bildung“, das sich auch mit der Weiterentwicklung der digitalen Lernplattformen und entsprechender Qualitätsstandards beschäftigt.

☐ **Corona-Aufholprogramm:** Die Corona-Pandemie stellt die Schulgemeinschaft insgesamt vor enorme Herausforderungen. Wir wollen, dass unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die beste Unterstützung für die Aufarbeitung von Lerndefiziten erhalten. Das bleibt eine der großen Herausforderungen, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Wir wollen ausgehend von einer fortlaufenden und detaillierten Bestandsaufnahme der kurz- und mittelfristigen Folgen der Pandemie entsprechend der individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten die Förderung zuteilwerden lassen, die benötigt wird – durch besondere didaktische Konzepte, personellen Einsatz sowie durch die digitale Ertüchtigung unserer Kindertagesstätten und Schulen. Wir werden ein didaktisch fundiertes Angebot entwickeln, um aufgetretene Lerndefizite aufzuarbeiten und Bildungsinhalte zu festigen. Zusätzliche freiwillige Angebote sollen für die nächsten Jahre auch in den Ferien zur Verfügung stehen.

7.2. Gute Kinderbetreuung braucht Verlässlichkeit und Qualität

☐ **Abschaffung der Kita-Beiträge:** Frühkindliche Bildung bedeutet für uns, den Kindern vom ersten Tag an alle Lebenschancen zu eröffnen, sie individuell zu fördern und bestmöglich auf die nächsten Lebensabschnitte vorzubereiten. Kinderbetreuung ist aber nicht nur eine Qualitätsfrage, sie muss vor allem auch bezahlbar sein. Die CDU-geführte Landesregierung hat daher die Halbierung der Elternbeiträge für die Kita-Betreuung bis 2022 auf den Weg gebracht und somit bereits für eine Entlastung der Familien gesorgt. Unser Ziel ist hier die vollständige Abschaffung der Kita-Beiträge. Neben der Beitragsfreiheit haben für uns die pädagogische Qualität und die Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung höchste Priorität; dies gilt insbesondere für die Betreuung in den Randzeiten, weil sich die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Praxis beweisen muss.

☐ **Frühkindliche Bildung und Betreuung braucht Fachkräfte:** Unsere Kinderbetreuungseinrichtungen müssen personell, fachlich und strukturell optimal ausgestattet sein; dazu gehören strukturelle Maßnahmen wie eine Verkleinerung der Gruppengrößen in Krippen und Kindergärten und deren dauerhafte Absicherung durch Vertretungsregelungen sowie eine neue Erzieher-Reserve. Wir setzen uns darüber hinaus für einen Fachkräftemix in der frühkindlichen Bildung ein, bei dem Kinderpsychologinnen und -Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Mitarbeitende der Jugendhilfe und weitere Fachkräfte die Erzieherinnen und Erzieher bei Bedarf unterstützen. Wir wollen aber auch flexible digitale Weiterbildungsangebote, weil sie für uns zu einem zeitgemäßen Qualifizierungskonzept für Kindertagesstätten gehören.

☐ **Fachkräftegewinnung als gemeinsame Verantwortung:** Gestärkt werden sollen der frühe Erwerb von Fremdsprachen und die Integration von Bildungsangeboten. Ziel ist es, in jeder Kita eine französischsprachige Fachkraft einzusetzen, um die Frankreichstrategie im ganzen Land umzusetzen und früh Sprachkompetenz zu vermitteln. Um den dazu Bedarf an Fachkräften decken zu können, werden wir eine langfristige Handlungsstrategie für deren Ausbildung, Gewinnung und Qualifizierung im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Land, Kommunen und Trägern erarbeiten. Ziel ist, mit einem Bündel von Maßnahmen die erforderlichen Ausbildungskapazitäten zu gewährleisten, eine Bindung des bereits in Kindertagesstätten tätigen Personals an diesen Arbeitsplatz zu festigen und die Attraktivität für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger zu erhöhen.

☐ **DigitalPaktKita:** Es ist der pädagogische Auftrag aller Bildungsinstitutionen, bereits unsere Kinder auf die Herausforderungen in einer digitalisierten Gesellschaft vorzubereiten. Sie müssen zu kompetenten und reflektierten Nutzerinnen und Nutzern digitaler Medien erzogen und zu einem sicheren, verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien befähigt werden. Deshalb unterstützen wir die deutschlandweiten Forderungen nach einem DigitalPaktKita, der aus einer ganzheitlichen Perspektive nicht nur die technische Ausstattung der Kindertageseinrichtungen, sondern auch die Entwicklung kindgerechter Konzepte für einen sinnvollen Einsatz digitaler Medien im Blick hat. Die frühpädagogischen Fachkräfte spielen hier eine entscheidende Rolle. Sie sind Bezugs- und Begleitpersonen der Kinder in diesen Lernprozessen und müssen bei dieser Aufgabe durch ein didaktisch fundiertes Qualifizierungskonzept unterstützt werden.

7.3. „Q+“ heißt: Wir wollen das beste Schulsystem deutschlandweit schaffen!

- ☐ **Mehr Profilschärfung:** Wir wollen für jede und jeden die individuell passende Schulform anbieten. Wir stehen für eine klare Profilschärfung der einzelnen Schulformen, eine Aufwertung der einzelnen Abschlüsse und eine Ertüchtigung unseres Schulsystems. Die Gymnasien müssen in der inhaltlichen Konzeption und der Art der Leistungsbewertung die individuelle Studierfähigkeit wieder stärker in den Blick nehmen. Die Gemeinschaftsschulen sollen dagegen in die Lage versetzt werden, auf die komplexen Ansprüche der Berufswelt und gleichzeitig auf die ganze Bandbreite der Abschlüsse passgenau vorzubereiten. Eine klare Differenzierung nach Bildungszielen und Bildungsinhalten der einzelnen Schulformen ist uns daher wichtig – allerdings bei gleichzeitig hoher Durchlässigkeit. Die Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien muss gesichert sein, vor allem mit Blick auf Klassengrößen, Förderunterrichtsangebote sowie bei Personal- und Sachausstattung. So wollen wir das 3-Säulenmodell aus Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Beruflichen Schulen qualitativ stärken.

- ☐ **Mehr Qualität:** Grundlage für jeden guten Unterricht sind inhaltlich passgenaue Lehrpläne für die Schulformen und die unterschiedlichen Anforderungen. Wir treten daher dafür ein, die bestehenden Lehrpläne an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Lehrpläne sollen sich durch Inhalte auszeichnen, in denen es nicht nur um die Vermittlung fachlichen Wissens geht, sondern insbesondere auch um die Vermittlung zukünftig relevanter Kompetenzen wie Transferfähigkeit, Kreativität oder Kollaborationsfähigkeit. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Stärkung der Gymnasien stehen die Betonung des Wissenschaftsbezugs, die MINT- und Fremdsprachenkompetenz sowie die schriftsprachlichen Leistungen. Auch für die Gemeinschaftsschulen ist es sehr wichtig, dass es für die Schulwahl bindendere Kriterien gibt und die verbindliche Grundschulempfehlung als Zugangsvoraussetzung zum Gymnasium wiedereingeführt wird. Für die eigenständigen Oberstufen und Oberstufenverbünde der Gemeinschaftsschulen wird es einen Bestandsschutz geben. Hier wollen wir gemeinsam mit den Lehrkräften ein spezielles Förderkonzept für die Oberstufe („Förderband Oberstufe“) entwickeln, um die Schülerinnen und Schüler, ab Klasse 10 durch die Einführungs- und Hauptphase hindurch noch besser auf das Abitur vorzubereiten und gleichwertige Abschlüsse zu sichern. Des Weiteren legen wir in der Gemeinschaftsschule sehr großen Wert auf die Weiterentwicklung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung. Die Einteilung in kleinere Lerngruppen in den Kernfächern ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal in dieser Schulform.

- ☐ **Mehr Zeit:** Wir geben den Schülerinnen und Schülern wieder mehr Zeit zum Lernen, Arbeiten und Forschen. Daher wollen wir am Gymnasium ein zusätzliches Jahr an Lernzeit einplanen. Am Gymnasium werden wir darüber hinaus die Gesamtzahl der Wochenstunden deutlich erhöhen, um zusätzliche Lerninhalte in Informatik und weiteren Unterrichtsfächern zu vermitteln. Dies bedeutet: sowohl an der Gemeinschaftsschule als auch am Gymnasium sind dann neun Jahre für den Weg zum Abitur vorgesehen. Ein Lernjahr mehr, als es derzeit der Fall ist. Denn: ein gutes und breites Bildungsfundament braucht Zeit zum Wachsen. Stärken und Talente brauchen Zeit zum Reifen! Persönlichkeit braucht Zeit zum Reifen. Eine solide Vorbereitung auf das spätere wissenschaftliche Arbeiten, auf das spätere Berufsleben – das wollen wir mit innovativen Unterrichtskonzepten, modernen Lerninhalte und mit mehr

Lernzeit. Denn: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht; sie sind die Zukunft unseres Landes.

☐ **Schulische Unterstützungssysteme:** Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sollen sich auf das konzentrieren können, was wirklich zählt: erfolgreiches Lehren und Lernen. Verwaltungs-, Organisations- und technische Anforderungen halten jedoch die Lehrkräfte immer häufiger davon ab, ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Durchführung des Unterrichts, gerecht zu werden. Damit sie sich darauf in Zukunft verstärkt konzentrieren können, brauchen wir Stellen für Verwaltungsassistentinnen und -Assistenten, die für sie organisatorische, bürokratische und koordinative Aufgaben übernehmen; zudem sollten sich Verwaltungsassistenzen zukünftige um die Organisation von Praktika in der Schule, das Schulgesundheitswesen, die Haushaltskontrolle, zentrale Verwaltungsabläufe und die Zusammenarbeit mit externen Partnern (Jugendämter, Unternehmen, Kammern etc.) kümmern.

☐ **Ausreichendes Lehrpersonal ist die Grundlage jeder Qualitätsoffensive**: Die hochwertige Umsetzung guter didaktischer Konzepte hängt von der Zeit jeder einzelnen Lehrkraft ab, die für die Förderung individueller Schülerkompetenzen zur Verfügung steht. Hierzu braucht es gut ausgebildete Lehrkräfte. In den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen haben wir die Lehrerbildung bereits stärker berücksichtigt; wir werden jedoch die Zulassungszahlen für Lehramtsstudierende noch einmal mit den Bedarfen in den Schulen abgleichen. Der Ausbau des Grundschullehramt-Studiums und ein Studiengang für das Lehramt an Förderschulen sind unser Ziel. Gerade Grundschulen sind der Stabilitätsanker der Bildung. In den Grundschulen geht es uns in einem ersten Schritt um eine Entlastung und eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Lehrkräfte: guter pädagogischer Unterricht. Wir wollen Schwerpunkte setzen, indem wir die Schulleitungen entlasten und die Verkleinerung der Eingangsklassen über die Pandemie hinaus sichern, um so für mehr Qualität an den Grundschulen zu sorgen. Gerade in der Pandemie zeigte sich, wie wichtig ein breites Netz an Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten ist. Gerade für die Inklusion benötigen wir einen Mix an Förder- und Regelschulen. Daher ist es sehr wichtig, dass wir im Bereich der Förderschullehrkräfte für Nachwuchs sorgen und die Qualität des Unterrichts fest im Blick haben.

☐ **Fördern und fordern:** Ein zeitgemäßes System zur Leistungsbewertung muss eine maßvolle Balance zwischen schriftlichen/mündlichen Leistungskontrollen zur Analyse des Lernstandes und alternativen Leistungsnachweisen sein. Wir werden das aktuelle System vor diesem Hintergrund analysieren und setzen uns für eine transparente Notengebung mit klar nachvollziehbaren Standards bei mündlichen und schriftlichen Prüfungen ein. Am Prinzip von Leistungskontrollen innerhalb eines Jahrgangs zur Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung soll festgehalten werden. Die Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler muss in Schule und Unterricht angefangen bei der Grundschule stärker in den Blick genommen werden. Um auch diese Kinder angemessen fördern zu können, wollen wir die Beratungsstelle Hochbegabung sichern und sowohl strukturell als auch personell stärken. Wir sind überdies für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung; damit wollen wir Losverfahren und Fehlwahlen verhindern. Um individuellen Problemen und persönlichen Härten besser Rechnung zu tragen, sollte – bei fehlender Empfehlung – neben dem

Testverfahren auch die Möglichkeit eines Beratungsgesprächs mit der Schulleitung des Gymnasiums bestehen.

☐ **Ganztagsbetreuung:** Wir werden die Ganztagsbetreuung ausbauen und das System der freiwilligen Ganztagsschule (FGTS) noch attraktiver machen. Besonders im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab dem Jahr 2026 muss hier dringend nachgesteuert werden; allerdings hat für uns das Wahlrecht der Eltern beim Ausbau der Ganztagsbetreuung weiterhin höchste Priorität, da die FGTS weiterhin die meistgewünschte Betreuungsform ist. Der Modellversuch „Flexibler Ganztag“ hat an fünf Schulen gezeigt, dass dieses Modell den heutigen Anforderungen an Familien besser gerecht wird; deshalb werden wir es auf andere Standorte ausweiten. Voraussetzung dafür ist allerdings eine hohe Qualität des Nachmittagsangebots, die Verfügbarkeit zusätzlicher Lehrerstunden für die Hausaufgabenbetreuung, die Schaffung eines flexiblen Budgets für zusätzliche Fachkräfte sowie die Garantie einer verlässlichen Randzeitenbetreuung. Daher wollen wir den Einsatz von Lehrkräften im Umfang von jeweils fünf Wochenstunden am Nachmittag verankern.

☐ **Internationalität und Mehrsprachigkeit:** Die internationale Ausrichtung unseres Bildungssystems ist ein wichtiger Beitrag zur Weltoffenheit und zur Wettbewerbsfähigkeit. Im Rahmen der Frankreich-Strategie führen wir unser Land konsequent in die Mehrsprachigkeit mit Deutsch, Französisch und Englisch. Wir wollen dabei künftig die Expertise des Instituts für Sprachen und Mehrsprachigkeit über die Aktivitäten in der Lehrerbildung an der Universität des Saarlandes hinaus stärker einbinden. Das Schengen-Lyzeum in Perl, das Deutsch-Französische Gymnasium in Saarbrücken und zahlreiche Schulen mit Abi-Bac-Abschlüssen stehen stellvertretend für die internationale Ausrichtung des saarländischen Schulwesens. Daher haben wir auch die Gründung einer Europäischen Schule in Saarbrücken in die Umsetzung gebracht. Die CDU Saar macht sich dafür stark, dass nun rasch ein endgültiger, für das ausländische Wissenschaftspersonal attraktive Standort für diese Schule festgelegt und die erforderliche Baumaßnahme zügig vorangetrieben wird. Auch das Schengen-Lyzeum wollen wir in Zusammenarbeit mit Luxemburg ebenfalls zu einer Europäischen Schule weiterentwickeln.

☐ **Digitalisierung in der Schule**: Mit dem DigitalPakt Schule sorgen Bund und Land für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik und einer angemessenen Bildungsinfrastruktur. Damit digitale Endgeräte jedoch sinnvoll im Unterricht eingesetzt werden, braucht es neben der Technik vor allem auch fachspezifische Inhalte für alle Jahrgangsstufen, die als Beispiele für digital-gestützten Unterricht dienen. Aktuell wird von Seiten des Bildungsministeriums der Schwerpunkt auf die Bereitstellung der Technik gelegt. Hier muss aber dringend der Fokus auf einen guten digital unterstützten Unterricht gerichtet werden. Daher werden wir die Lehrpläne hinsichtlich der Digitalisierung überarbeiten und den Schulen klare Ziele für ihren Unterricht definieren. Wir fordern daher eine Erweiterung des DigitalPakts Schule. Lehrkräfte müssen über eine Vielzahl an inhaltlichen Angeboten für digital gestütztes Unterrichten verfügen, um die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernprozess begleiten zu können; dafür müssen sie gezielt und kontinuierlich weitergebildet werden. Wir werden daher ein ganzheitliches Mentoring-Konzept entwickeln, das fachspezifische und fächerübergreifende Weiterbildungsangebote zur Verfügung stellt. Die

Weiterbildungsangebote widmen sich sämtlichen Themen rund um digitale Medien im Unterricht und können unabhängig von Ort und Zeit genutzt werden; hinzu kommt ein pädagogisches und technologisches Tutoring der Lehrkräfte beim Einsatz digitaler Medien im Unterricht.

☐ **Interesse für MINT-Fächer stärken:** Mit Blick auf den demographischen Wandel und die wirtschaftliche Struktur des Saarlandes werden Nachwuchskräfte vor allem in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) benötigt. Wir würdigen die vielfältigen professionellen Initiativen im Schul- und Hochschulbereich sowie der Kommunen und ehrenamtlich Engagierten, verstärkt das Interesse für die MINT-Fächer bei Kindern, Jugendlichen und besonders bei Mädchen zu wecken und auch mehr Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft in Führungspositionen des MINT-Bereichs zu bringen. Wir werden deren Verstärkung und Vernetzung vorantreiben.

☐ **Sichere Schulwege im ganzen Land:** Ein erhöhtes Pkw-Aufkommen durch „Elterntaxis“ führt immer mehr zu Gefahrensituationen und sogar Unfällen. Diese Risiken des individuellen Bring- und Abholverkehrs sind vermeidbar, weshalb wir hier entgegensteuern wollen. Zwar haben einige Schulen in Kooperation mit den kommunalen Trägern bereits Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Schulwege zu verstärken, doch sind diese Bemühungen nicht flächendeckend bei allen saarländischen Schulen zu beobachten. Maßnahmen wie die Anordnung von Streckenhaltverboten vor Schuleingängen, die flächendeckende Aufstellung von Schulwegeplänen, längere Grünphasen bei Ampeln, die erleichterte Errichtung von Fußgängerüberwegen und weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen vor Schulen wollen wir weiter intensiv unterstützen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir einen saarlandweiten, attraktiven und schülergerechten ÖPNV-Plan entwickeln, der sinnvoll getaktete Streckennetze für Schulbusse und eine Sicherheitsüberprüfung der anfahrenden Haltestellen beinhaltet.

7.4. Inklusion braucht individuelle Förderung statt Ideologie

☐ **Sprachförderung „Früh Deutsch lernen“:** Wir werden das erfolgreiche Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ stärken und weiterentwickeln. Dabei werden wir die seit vielen Jahren etablierten Vorkurse im letzten Kindergartenjahr weiter flächendeckend im Saarland anbieten. Kommende Schulneulinge mit unzureichenden Deutschkenntnissen werden sechs Monate vor der Einschulung in Kleingruppen von Sprachförderlehrkräften zielgerichtet in der deutschen Sprache gefördert. Darüber hinaus werden wir die Sprachförderung auch in den Kitas ausweiten.

☐ **Inklusion auf der Basis von Wahlfreiheit:** Die Umsetzung der inklusiven Beschulung ist im Saarland in einer Weise umgesetzt, die grundsätzlich eine gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler am Schulleben ermöglicht. Deshalb ist uns die Eigenständigkeit und Weiterentwicklung unserer Förderschulen mit ihren verschiedenen Förderschwerpunkten so wichtig. Unser Konzept, bestehend aus den bereits eingesetzten Inklusionsmaßnahmen, dem Erhalt der Förderschulen in einer guten Qualität sowie dem verstärkten Einsatz von Förderschullehrkräften an Regelschulen hat sich bewährt;

bei diesem Wahlrecht zwischen inklusivem Unterricht in den Regelschulen und spezialisierten Unterricht in den Förderschulen muss es bleiben. Bei Bedarf werden wir die bestehenden Förderschulen erweitern bzw. weitere Förderschulen errichten.

☐ **Wahlfreiheit auf der Basis individueller Diagnostik**: Eine klare Diagnostik ist für uns unabdingbar, damit keine Brüche bei den Übergängen von den Kindertagesstätten zu Schule oder zwischen Schulen in der Förderkette entstehen. Um nicht-schulreifen Kindern einen guten Start in der Schuleingangsphase zu ermöglichen, möchten wir in allen Schulregionen wieder Schulkindergärten einrichten. Dabei orientieren wir uns an dem in dieser Legislaturperiode erfolgreich wieder eingeführten Konzept der Sprachförderklassen. Die Förderung muss sich immer am individuellen Kindeswohl ausrichten; am eingeschlagenen Weg der bedarfsorientierten Errichtung neuer Förderschulen halten wir daher fest. Wir wollen die Inklusionsverordnung evaluieren und mit Blick auf die langjährigen Erfahrungen in der Praxis anpassen.

7.5. Berufliche Bildung – Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels

☐ **Lebenslanges Lernen:** Unternehmen brauchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Wissen und Fähigkeiten stets konkurrenzfähig und auf dem aktuellen Stand sind. In Zeiten schnellen Wandels und immer stärkerer Technologisierung und Digitalisierung ist die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben – denn das vorhandene Wissen ist schnell veraltet. Da die Anforderungen an technische, kaufmännische, soziale und andere Lehrberufe stetig steigen, erhöht sich auch der Qualifizierungsbedarf.

☐ **Attraktive Qualifizierungsangebote:** Attraktive Qualifizierungsangebote führen zu mehr Zufriedenheit im Beruf. Dabei spielen didaktische Konzepte eine zunehmend wichtige Rolle. Standardisierte Weiterbildungsangebote in Form einfacher E-Learnings führen nicht mehr zum Ziel. Wir entwickeln daher ein Angebot von didaktisch sinnvollen, interaktiven Lernprogrammen, das die Menschen fordert und fördert. Lebenslanges Lernen soll Karrierechancen ermöglichen – und gleichzeitig Freude am Lernen bereiten. Innovative Formate und neue, flexible Zugänge zu Lernangeboten tragen dazu bei, weil sie individuell angepasste, flexible Lernwege ermöglichen.

☐ **Kein Strukturwandel ohne Weiterbildung:** Moderne Weiterbildung braucht neue, innovative Wege, die auf die Bedarfe der Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugespitzt sind. Für uns gehört dazu die Entwicklung eines innovativen Need-Skill-Matching-Programms; damit lassen sich vorhandene Mitarbeiterpotenziale analysieren und Qualifizierungsprofile erstellen. Solche Profile wiederum ermöglichen die Zuteilung von Weiterbildungsangeboten, sodass eine individuelle Qualifizierungsplanung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zusammenspiel mit den Betrieben möglich ist. Damit dies gelingt, ist ein systematischer und kontinuierlicher Austausch von Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungsträgern und Sozialpartnern gefragt. Die geplante Stabstelle für Innovationen in der Bildung übernimmt hier die Koordination in Kooperation mit etablierten Einrichtungen wie der Gesellschaft für Transformationsmanagement oder den Kammern.

Insbesondere das Handwerk ist in der Lage, aus einem Strukturwandel freigesetzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzunehmen und damit den Fachkräftebedarf zu bedienen. Diesen Transformationsprozess wollen wir durch entsprechende Maßnahmen zur Anpassungsqualifizierung begleiten.

☐ **Bündelung vorhandener Potenziale:** Die Vernetzung von Wirtschaft, beruflichen Schulen, Bildungseinrichtungen und Politik ist uns ein zentrales Anliegen, denn nur so kann berufliche Aus- und Weiterbildung verbessert werden und neue Impulse erhalten. Durch die Einrichtung eines Instituts für berufliche Bildung nach dem Vorbild anderen Bundesländer können Doppelstrukturen aufgehoben und die Effizienz der Angebote optimiert werden. Hierdurch möchten wir dazu beitragen, die vorhandenen Angebote zu bündeln und sie passgenau den beruflichen Anforderungsprofilen zuzuweisen. Ziel ist es, dass jeder Mensch das auf ihn zugespitzte Weiterbildungsangebot bekommt. Wir setzen uns ebenso dafür ein, dass alle Unternehmen Zugang zu Fort- und Weiterbildungsangeboten – insbesondere auch im Bereich Digitalisierung – bekommen.

☐ **Berufliche Schulen unterstützen:** Berufliche Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Wir stehen für die Beibehaltung und nachhaltige Stärkung der beruflichen Schulen in ihrer gesamten Angebotsstruktur mit Abschlussmöglichkeiten vom Hauptschulabschluss bis zum Bachelor. Deshalb setzen wir uns – analog zur Kindertagesstätte und zu den Schulen – für einen Digitalisierungsschub ein, um die digitale Transformation in den Betrieben auch in den beruflichen Schulen angemessen begleiten zu können. Die Qualifizierung der Lehrkräfte ist hier ausschlaggebend, damit dieser Prozess gelingt. Ziel ist es, dass durch eine moderne Ausbildung in den beruflichen Schulen auch Impulse in die Unternehmen hineingetragen werden. Um das Interesse junger Menschen am Lehrerberuf in beruflichen Schulen nachhaltig zu steigern, planen wir eine ganzheitliche Informationskampagne für Schulabgängerinnen und Schulabgänger.

☐ **Beruflicher Übergang und Institut für berufliche Bildung:** Wir sehen außerdem im neugestalteten System des beruflichen Überganges deutlichen Nachschärfungsbedarf. Um die Schülerinnen und Schüler in dieser herausfordernden Lernumgebung engmaschiger begleiten und zur Ausbildungsreife führen zu können, braucht es eine bessere Personalisierung auch mit Förderschulkräften und mit einer deutlichen Stärkung der Sozialpädagogik. Eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der beruflichen Bildung ist die Einrichtung eines Instituts für berufliche Bildung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins. Ein solches Institut bündelt alle Zuständigkeiten der verschiedenen Partner in der beruflichen Bildung in einer Organisationseinheit und erreicht so erhebliche Synergieeffekte im großen Organisationskomplex der beruflichen Bildung. Durch die Zusammenführung in der Fläche sind die beteiligten Akteure wie die unterschiedlichen schulischen Partner, die Kammern, die beruflichen Ausbildungspartner, die Studienseminare der Lehrerausbildung und die zuständigen Ministerien deutlich besser vernetzt und in der aufwändigen Organisation von beruflicher Bildung nachhaltig entlastet. Das neue Institut für berufliche Bildung könnte idealerweise in den zukünftigen saarländischen Bildungscampus eingegliedert werden.

8. Starker Rechtsstaat, effektive Gefahrenabwehr – Wir sorgen dafür!

☐ **Mehr Sicherheit durch eine starke Polizei:** Unser Land steht vor großen Herausforderungen bei der Gefahrenabwehr und der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Zunehmende Verrohung, Radikalisierung und Extremismus, aber auch neue Formen der Kriminalität erfordern entschlossenes Handeln bei der polizeilichen Arbeit – dies reicht von der Sicherheit im eigenen Zuhause über die Bekämpfung organisierter Kriminalität und terroristischen Bedrohungen bis hin zur Verfolgung von Straftaten in den digitalen Medien.

☐ **Für eine moderne bürgernahe Justiz:** Ein starker und effektiver Rechtsstaat sorgt dafür, dass sich Straftaten nicht lohnen. Straftaten schaden nicht nur dem Tatopfer; sie verursachen auch volkswirtschaftlichen Schäden – zulasten privater Haushalte, der Unternehmen sowie der öffentlichen Hand. Die Digitalisierung im Bereich der Justiz wird dazu beitragen, die Strafverfolgung und die Ahndung von Straftaten noch effektiver zu gestalten. Mit der Digitalisierung im Justizwesen werden wir aber auch die Bürgernähe der Justiz verbessern, insbesondere dort, wo die Bürgerinnen und Bürger in unmittelbaren persönlichen Erstkontakt mit der Justiz treten: als Rechtssuchende bei der Rechtsantragsstelle oder Verfahrensbeteiligte bei den Service-Geschäftsstellen.

8.1. Wertschätzung und Unterstützung für die Arbeit der Polizei

☐ **Aufgabengerechte Entlohnung:** Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen volle Rückendeckung – auch durch eine wertschätzende Entlohnung. Wir wollen daher, dass sich Besoldung, (Risiko-) Zulagengewährung und Versorgungsleistungen im Polizeidienst im „Geleitzug“ mit anderen Bundesländern bewegen. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Kommissarinnen und Kommissare im Schnitt zwei Jahre schneller befördert werden können als bisher; die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zur Erhöhung der damit verbundenen Beförderungsbudgets werden wir im Rahmen unserer Haushaltsvorgaben schaffen und verstetigen. Darüber hinaus wollen wir planbare und zugleich flexible Karrierewege in der saarländischen Polizei ermöglichen. Den offensiven Kurs der CDU-geführten Landesregierung bei den Neueinstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeidienst setzen wir fort. Hierzu streben wir an, jährlich 150 Neueinstellungen vorzunehmen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die erfahrenen Beamtinnen und Beamten auch über die Regelaltersgrenze hinaus durch Lebensarbeitszeitverlängerungen im Dienst zu belassen, sofern sie dies wünschen.

☐ **Attraktivität des Polizeiberufs stärken:** Wir stehen zu unserer Fürsorgeverpflichtung, für uns ist die Attraktivität des Polizeiberufes ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Resilienz. Wir wollen daher die Mindestgröße als festes Einstellungskriterium abschaffen und weitere flexiblere Karrierewege schaffen, wie beispielsweise durch die avisierte Einführung der Cyberkriminalisten. Zur Attraktivität des Polizeiberufs gehört für uns auch, trotz Wechselschichtdienst und nach wie vor hoher Belastung durch Zusatzdienste die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wollen wir den Umfang der Überstunden reduzieren. Was mit Blick auf die Attraktivität des Polizeiberufs ebenfalls wichtig ist: Gewalt

gegen Polizeibedienstete ist – genau wie bei anderen Rettungs- und Einsatzkräften – ein absolutes No-Go. Daher werden wir uns auch in Zukunft schützend vor diejenigen stellen, die tagtäglich für unseren Schutz sorgen. Gewalt gegen Einsatzkräfte aller Art werden wir konsequent ahnden. Eine optimale Ausstattung mit adäquater Ausrüstung nach den jeweils aktuellen Standards muss eine Selbstverständlichkeit sein. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits massiv in die Ausstattung der Polizei (z. B. Einführung der Bodycam, Taser, Smartphones) investiert wurde, werden wir auch künftig den Fokus auf eine moderne und gut ausgerüstete Polizei legen. Dies gilt ebenso für ein modernes Arbeitsumfeld, das etwa durch den Bau der Großpolizeiinspektion in Saarbrücken oder des Guy-Lachmann-Polizeizentrums in Kirkel erreicht wird.

☐ **Erfolgreiche Assistenzsysteme ausbauen und ergänzen:** Durch die weitere Einstellung von rund 170 Tarifbeschäftigten sollen die Beamtinnen und Beamten von ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die sogenannten Ermittlungsassistentinnen und -Assistenten haben sich bewährt und sollen personell ausgebaut werden. Hierbei prüfen wir die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Den Polizeilichen Ordnungsdienst wollen wir nicht nur weiter personell stärken, sondern auch dessen Befugnisse sowie jene des Kommunalen Ordnungsdienstes erweitern und verstärken. Durch eine verbesserte Ausbildung dieser Dienste soll die Polizei weiter entlastet werden. Auch in weiteren Bereichen werden wir vermehrt auch tarifbeschäftigte Expertinnen und Experten einsetzen, so zum Beispiel in der IT, im Bereich Cybercrime und in der Personalverwaltung. Voll ausgebildete Polizeivollzugsbeamte sollen sich noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

☐ **Offensive gegen Einbruchskriminalität:** Wir verstärken unsere Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Einbruchskriminalität – und zwar über die bereits eingeleitete und nachweislich erfolgreiche Ermittlungs- und Präventionsarbeit hinaus. Dazu werden wir ein neues Programm zur Prävention und Steigerung der polizeilichen Aufklärungsquote vorlegen, um Einbruchsqualität weiter zu bekämpfen und perspektivisch vollständig zurückzudrängen.

☐ **Mehr Sicherheit durch moderne Polizei-Organisation:** Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird auch durch die Präsenz der Polizei vor Ort geprägt. Wir werden unsere Polizei daher mit organisatorischen Maßnahmen in die Lage versetzen, bis zu 1.000 Polizeivollzugsbeamte bürger- und zeitnah in der Fläche einsetzen zu können. Durch den Ausbau der Sicherheitspartnerschaften zwischen Land und Kommunen wollen wir dazu beitragen, dass sich die Menschen in unserem Land sicher fühlen können – ob auf den Straßen und Plätzen, in den Dörfern und Städten oder im eigenen Zuhause.

☐ **Videoschutz weiterentwickeln:** Um vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen im Bereich der Eigentums- und Gewaltkriminalität sowie einer im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung stehenden Drogenszene an Kriminalitätsbrennpunkten und einem gewachsenen Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit Rechnung zu tragen, wurde als Teil einer gesamtheitlichen Sicherheitsstrategie das Videoschutzkonzept im Saarland eingeführt. Der Videoschutz ist gerade dort eine effektive Maßnahme, wo sich diese Kriminalitätsphänomene auf engstem Raum konzentrieren. Der Videoschutz im Saarland hat sich bewährt. Er ist ein effektives Mittel, um den Erwartungen der Öffentlichkeit und den eigenen Erwartungen an innerer Sicherheit gerecht zu werden. Um den Videoschutz im Saarland weiterzuentwickeln, werden nicht nur die

bisherigen Standorte einer regelmäßigen Evaluierung unterzogen, sondern es wird fortlaufend geprüft, ob sich dessen Einsatz auch an anderen Kriminalitätsbrennpunkten anbietet.

☐ **Zusammenarbeit mit der Bundespolizei stärken:** In unserem föderalistischen Staatsaufbau bilden unsere Landespolizei und die Bundespolizei das Rückgrat unserer polizeilichen Sicherheitslandschaft. Die Bundespolizei und das Landespolizeipräsidium arbeiten innerhalb der jeweiligen gesetzlichen Zuständigkeiten eng, vertrauensvoll und erfolgreich zusammen, stimmen lagebezogen ihre Maßnahmen ab und unterstützen sich gegenseitig. Diese Zusammenarbeit gilt es aufrechtzuerhalten und weiter zu intensivieren. Die Bundespolizei ist ein verlässlicher, starker Partner und gerade in unserer Grenzregion als weiterer Garant der inneren Sicherheit unerlässlich.

8.2. Neue Antworten auf veränderte Kriminalitätsfelder

☐ **Bewältigung neuer Verbrechensdimensionen:** In einer immer schnelllebiger werdenden Welt verändert sich auch die Kriminalität. Neben dem Anstieg der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM), wie durch den sogenannten Enkeltrick oder falsche Polizeibeamtinnen oder -Beamte, werden vermehrt Straftaten in der digitalen Welt begangen. Dies gilt ebenso für die Organisierte Kriminalität, die sich sowohl analog als auch digital weiterentwickelt. All diesen neuen Verbrechensformen werden wir mit moderner Ausstattung und qualifiziertem Personal, aber auch durch Präventionsarbeit entgegentreten. Dies erfordert aufgrund der oft grenzüberschreitenden Verflechtungen eine ständige Anpassung von Ermittlungsansätzen sowie eine enge Kooperation mit anderen Landes- und Bundesbehörden und Partnern in der Großregion. Wir brauchen insgesamt in Deutschland eine signifikante Stärkung der Finanz- und Geldwäscheermittlungen, um kriminelle Geldflüsse aufzudecken, zu unterbinden und das kriminell erworbene Vermögen abzuschöpfen. Aber auch die Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten, die unter Nutzung von kryptierter Kommunikation (digitale Kriminalität) begangen werden, erfordern einen hohen spezialisierten Ressourcenansatz. Dem Aufbau der Schulungsinfrastruktur im Cyber-Abwehr-Trainingszentrum (CATZ) muss jetzt die entsprechende Personalisierung mit den notwendigen technischen Spezialisten folgen. Datenschutz ist wichtig; wichtiger aber ist die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir werden konsequent gegen Hass und Hetze insbesondere in den sozialen Netzwerken vorgehen. Daher werden wir die technisch möglichen und datenschutzrechtlich vertretbaren Überwachungsinstrumente nutzen und dafür die rechtlichen Grundlagen so schnell wie möglich schaffen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum; daher setzen wir uns für eine Klarnamenpflicht in sozialen Netzwerken und die unverschlüsselte Bereitstellung von Daten durch Betreiber sozialer Netzwerke für Ermittlungszwecke ein.

☐ **Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie:** Die Zunahme der Kriminalität im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie ist hochgradig besorgniserregend. Die Identifizierung der Täterstrukturen ist nur mit hohem technischen und personellem Ressourceneinsatz der Strafverfolgungsbehörden möglich. Wir treten daher dafür ein, dass im polizeilichen Führungszeugnis von Kriminellen, die schwere pädophile Straftaten begangen haben, die entsprechenden Eintragungen nicht nach einer bestimmten Zeit automatisch gelöscht werden, sondern zum Schutz unserer Kinder dauerhaft gespeichert bleiben. Provider müssen

angehalten werden, bei der Speicherung der Verkehrsdaten den vorgesehenen Rahmen gemäß § 113b Telekommunikationsgesetz (TKG) auszuschöpfen; bei Verweigerung müssen sie die volle Ausschöpfung des gesetzlich möglichen Sanktionsrahmens durch die Bundesnetzagentur zu spüren bekommen. Neben präventiver Arbeit werden wir die personelle und technische Ausstattung unserer Fachdienststelle erhöhen; für die seelisch sehr belastende Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll eine Erschwerniszulage gewährt werden.

☐ **Vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen:** Mit Blick auf vorurteilsmotivierte Kriminalität werden wir die Aufklärungsarbeit intensiv weiterführen und dadurch wesentlich zur weiteren gesellschaftlichen Sensibilisierung und zur Steigerung des Problembewusstseins beitragen. Wir werden eine zielgenauere Erfassung vorurteilsmotivierter Kriminalität (Hasskriminalität), vor allem in Bezug auf LSBTI, in der Kriminalstatistik des Landes prüfen, die Sensibilisierung und Qualifizierung im Bereich der Aus- und Fortbildung von Polizeibediensteten und Justizbeschäftigten weiter forcieren und die Beauftragten der Saarländischen Landespolizei für die Belange von LSBTI weiter in Ihrer Aufgabenwahrnehmung stärken.

☐ **Migration braucht Regeln:** Wir bekennen uns klar zum Grundrecht auf Asyl und unseren rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Migration braucht aber einen geordneten Rahmen und klare Regeln. Dies gilt für die Einwanderung von Fachkräften ebenso wie für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Geflüchteten. Schwerkriminelle, Gefährder und Personen, die unseren Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen, verwirken diesen Schutz und müssen konsequent abgeschoben werden. Abschiebungen bzw. Rückführungen müssen allerdings stets im Einklang mit den geltenden Regelungen des Asylrechts erfolgen. Wenn gut in unsere Gesellschaft integrierten Menschen die Abschiebung droht, braucht es differenzierte Regelungen, um den gesellschaftlichen Zweck von Rückführungen nicht zu konterkarieren.

8.3. Wehrhafter und handlungsfähiger Rechtsstaat

☐ **Der Rechtsstaat braucht personelle Schlagkraft:** Tagtäglich arbeiten im wahrsten Sinne des Wortes viele Diener des Rechtsstaats mit überobligatorischem Engagement daran, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Leben zu füllen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu rechtfertigen. Mit dem Pakt für den Rechtsstaat sind wir einen ersten Schritt gegangen, die Justiz personell für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Dabei darf es aber angesichts der großen Herausforderungen für unseren Rechtsstaat und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht bleiben. Daher stehen wir für eine Verstetigung und Fortschreibung des Pakts für den Rechtsstaat, die der Justiz laufbahnübergreifend die personellen Ressourcen bereitstellt, derer es für einen wehrhaften und handlungsfähigen Rechtsstaat bedarf.

☐ **Der Rechtsstaat braucht landeseigenen qualifizierten Nachwuchs:** Die notwendigen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Notarinnen und Notare von morgen sind die Studierenden von heute. Für das Saarland als eigenständiges Land innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit eigenem Landesrecht ist die Ausbildung von jungen Juristinnen und Juristen an der eigenen Universität

daher unverzichtbar. Zudem sind die Rechtswissenschaftliche Fakultät, die bestehenden juristischen Institute und Forschungseinrichtungen, wie etwa das Europa-Institut und das Centre juridique franco-allemand, und der Bereich der Rechtsinformatik Leuchttürme des Universitätsstandorts Saarland im Herzen Europas. Wir stehen für den Erhalt der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes; wir werden sie stärken und weiter profilieren.

☐ **Der Rechtsstaat braucht Handlungsmöglichkeiten und Eingriffsbefugnisse:** Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung stattet aus der historischen Erfahrung heraus das Individuum aus guten Gründen mit individuellen Grundrechten aus, die ihm Freiräume gegenüber staatlichen Eingriffen gewähren. Gegenüber denjenigen, die die Freiheiten unserer Gesellschaftsordnung indes ausnutzen, um zum Nachteil anderer Straftaten zu begehen, benötigt der Staat aber auch effektive Handlungsmöglichkeiten. Wir stehen für eine Rechtspolitik, die im Interesse der rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen Kriminalität einem starken Rechtsstaat den Boden bereitet und ihm die Befugnisse verleiht, die es ihm ermöglichen, Kriminellen auf Augenhöhe zu begegnen und mit den Entwicklungen der Kriminalität Schritt zu halten. Hierzu gehört für uns in jedem Fall eine rechtskonforme Verkehrsdatenspeicherung, weil die Aufklärung und Ahndung von Straftaten voraussetzen, dass man den Täter überhaupt habhaft wird. Dies gelingt im digitalen Raum nur mit einer effizienten Form der Verkehrsdatenspeicherung.

☐ **Für einen starken Verfassungsschutz:** Neben der Polizei sorgt der Verfassungsschutz für Sicherheit in unserer Heimat. Wir werden den saarländischen Verfassungsschutz weiterhin personell verstärken und finanzielle Mittel für eine moderne und zielgerichtete Ausstattung bereitstellen.

8.4. Digitalisierung – eine Herausforderung zur Chance machen

☐ **Zusätzliche Ressourcen für die Digitalisierung:** Die Digitalisierung der Justiz stellt eine Mammutaufgabe dar, die wir mit aller Kraft angehen werden. Kraft Bundesrecht müssen alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zum 1. Januar 2026 in allen Fachbereichen die elektronische Akte eingeführt haben. Zu diesem Zweck hat sich das Saarland einem Mehrländerverbund (e^2-Verbund) zur Entwicklung und Pflege eines integrierten e-Akten-Produkts angeschlossen. Zum Nutzen des Rechtsstaates und der Bürgerinnen und Bürger wird die Digitalisierung jedoch nur wirken, wenn sie die Arbeit der Justiz vereinfacht und beschleunigt. Wir wissen: Dies gelingt nur mit zusätzlichen personellen und sachlichen Ressourcen, die über die bisherige Ausstattung deutlich hinausgehen.

☐ **Neue Online-Kontaktpunkte:** Wir werden eine virtuelle Rechtsantragsstelle und einen virtuellen Service-Point einrichten. Durch das vom Bundesministerium der Justiz geförderte saarländische Forschungsprojekt „Digitale Präsenz bei Gericht“ haben wir bereits beste Voraussetzungen geschaffen, den digitalen Zugang zur Justiz durch die Einrichtung virtueller Rechtsantragsstellen und eines zentralen virtuellen Service-Point umzusetzen – und zwar mit einem spezifisch hierfür bereitzustellenden Mitarbeiterstab und einem Terminbuchungsportal. Die notwendige Personalisierung dieser Einheiten wird sich dadurch bezahlt machen, dass

neue Maßstäbe der Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit gesetzt werden und zugleich die behördlichen Arbeitsabläufe effizienter und schneller werden.

☐ **Forschung und Praxis gewinnbringend verzahnen:** Schon heute ist das Saarland Vorreiter bei der Digitalisierung der Justiz. Grundlage dieses Erfolges ist die erfolgreiche Verzahnung von Forschung und Praxis. Die saarländische Justiz betreibt mit den Forschungsprojekten „Amtsgericht 4.0“ und „Digitale Präsenz bei Gericht“ in Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät gleich mehrere, durch das Bundesministerium der Justiz geförderte Forschungsprojekte, in denen Antworten auf die wegweisenden Fragen der Digitalisierung der Justiz gesucht und gefunden werden. Diesen Weg gilt es fortzuschreiten, um im Bereich der Digitalisierung der Justiz und der Rechtsinformatik Vorreiter zu bleiben.

8.5. Schaffung einer interdisziplinären Ermittlungseinheit im Bereich Cybercrime

☐ **Sonderabteilung Cybercrime:** Straftaten konsequent zu verfolgen und zu ahnden, ist ein grundlegendes Versprechen des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates. Um dieses Versprechen einzulösen, bedarf es angesichts der in Quantität und Qualität stetig steigenden Belastung der Strafverfolgungsbehörden, nicht zuletzt aufgrund immer neuer Kriminalitätsphänomene im Bereich der Cyberkriminalität, einer personellen und sachlichen Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden, die es diesen ermöglicht, schnell, kompetent und technisch auf Augenhöhe zu handeln. Nur so wird es gelingen, mit dem Verbrechen im digitalen Raum dauerhaft im Interesse von Sicherheit und Gerechtigkeit Schritt zu halten.

☐ **Zusätzliche interdisziplinäre Personalisierung:** Die bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken eingerichtete Sonderabteilung „Cybercrime“ ist entsprechend dem absehbaren Fallaufkommen und der verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Qualität und die beschleunigte Bearbeitung der Ermittlungen zu einer interdisziplinären Ermittlungseinheit mit Schlagkraft auszubauen. Hierzu bedarf es neben weiteren hochqualifizierten und strategisch weitergebildeten Juristinnen und Juristen auch zusätzlicher Wirtschafts- und IT-Referentinnen und -Referenten; nur mit dieser interdisziplinären Personalisierung können komplexe ermittlungsrelevante Sachverhalte mit spezifischen informationstechnischen und wirtschaftlichen Aspekten effizient be- und aufgearbeitet werden.

8.6. Straftaten dürfen sich nicht lohnen: Konsequenter Kampf gegen illegal erworbenes Vermögen

☐ **Abschöpfung kriminell erlangter Vermögenswerte:** Straftaten dürfen sich nicht lohnen; der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Ein Rechtsstaat, der dauerhaft und nachhaltig das für seine Existenz notwendige Vertrauen seiner rechtsreuen Bürgerinnen und Bürger sichern möchte, hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass Straftäter nicht glauben dürfen, sich zu Lasten der rechtstreuen Gemeinschaft bereichern zu können. Daher bedarf es der konsequenten Abschöpfung kriminell erlangter Vermögenswerte, etwa von Erlösen aus dem Handel mit Betäubungsmitteln, oder – in der analogen Welt wie aber zunehmend auch im Internet – betrügerisch erlangter Gelder.

☐ **Schaffung einer Sondereinheit:** Um den Zugriff auf kriminell erlangte Vermögenswerte effizient gestalten zu können, brauchen wir eine interdisziplinäre Sondereinheit bei der Staatsanwaltschaft. Diese Sondereinheit soll inkriminierte Vermögenswerte zeitnah nach der Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen sichern und später auch verwerten; zugleich soll sie die Aufgabe der nach § 77a Absatz 2 Strafvollstreckungsordnung zwingend zu schaffenden Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen übernehmen. Geld das wir hier investieren, ist gut investiertes Geld. Denn die Investition wird sich durch die abzuschöpfenden kriminellen Vermögenswerte rentieren.

8.7. Sanktionsalternativen gewinnbringend nutzen

☐ **Haftvermeidung durch gemeinnützige Arbeit:** Jeder Tag Haft verursacht Kosten für den öffentlichen Haushalt. Hinzu kommen die volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten einer Inhaftierung, weil Bindungen zur Familie oder dem Berufsleben unterbrochen werden. Mit der Förderung von Sanktionsalternativen können vermeidbare Inhaftierungen verhindert, Haftdauern verringert und dadurch die Chancen auf eine erfolgreiche Resozialisierung verbessert, werden. Dies gilt vor allem bei der sogenannten Ersatzfreiheitsstrafe, wenn rechtskräftig verurteilte Straftäter ihre auferlegte Geldstrafe nicht bezahlen können. Wir wollen vermeidbare Inhaftierungen verhindern und dadurch finanzielle Ressourcen sowie Haftkapazitäten schonen; wir wollen damit aber auch den Betroffenen im Sinne des Präventionsgedankens einen Ausweg aus ihren Kriminalitätskontexten bieten. Dazu bedarf es einer professionalisierten Personal- und Organisationsstruktur. Nicht zuletzt aus datenschutzrechtlichen Gründen ist diese im Bereich der Justiz einzurichten, die in Fortentwicklung des Programms „Schwitzen statt Sitzen“ im Zusammenwirken mit freien Trägern von Sanktionsalternativen ein System der „aufsuchenden Sozialarbeit“ zum Zwecke Haftvermeidung einrichtet.

☐ **Häuser des Jugendrechts einrichten:** Bei straffälligen Jugendlichen reicht mit Blick auf den gesetzlich verankerten Erziehungsgedanken eine konsequente Strafverfolgung oft nicht aus. Hier brauchen wir auf den Einzelfall angepasste, früh greifende Sanktionsmaßnahmen ebenso wie altersgemäße Unterstützungsangebote erzieherischer und spezialpräventiver Art. „Häuser des Jugendrechts“ sind ein Ansatz, den wir verstärkt fördern wollen; denn hier können Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendämter und weitere Träger von Hilfsangeboten für junge Menschen „unter einem Dach“ und nah an der Lebenswirklichkeit von straffällig gewordenen Jugendlichen zusammenarbeiten. Die bisherigen Modellprojekte im Landkreis Saarlouis und in Neunkirchen sind leuchtende Beispiele; Folgeprojekte in Merzig und St. Wendel sind bereits in Entwicklung. Diese wollen wir vollenden durch eine landesweite Ausdehnung von „Häusern des Jugendrechts“.

8.8. Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

☐ **Mehr Wertschätzung für die Arbeit der freiwilligen Helferinnen und Helfer:** Von besonderem Wert sind die Blaulicht-Organisationen. In der Corona-Krise, aber auch bei vielen regionalen, nationalen und internationalen Katastropheneinsätzen haben diese Dienste ihre

Hilfsbereitschaft und ihr Knowhow immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Diese leistungsfähigen Strukturen gilt es auch in den kommenden Jahren nach Kräften zu unterstützen.

☐ **Kompetenzbündelung:** Spätestens seit den Flutereignissen im Jahr 2021 ist klar, dass der Katastrophenschutz in Deutschland ein Update braucht. Wir wollen deshalb eine echte Kompetenzbündelung und Aufwertung des Katastrophenschutzes im Saarland. Im präventiven wie im Einsatzfall müssen wir schnell und zugleich koordiniert umfassende Hilfe für die Bevölkerung leisten können. Zentralisierung ist dabei kein Mittel zum Zweck, sie muss optimal auf die Einsatzfähigkeit der vielen Ehrenamtlichen vor Ort zugeschnitten sein. Sie sind die operativen Stützen in einem System, das strategisch durch die entsprechenden Ebenen darüber koordiniert wird. Wir schaffen den „Katastrophen- und Bevölkerungsschutz aus einer Hand“ durch:

- Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch eine nachhaltige Personalisierung in der Umsetzung des nationalen Kompetenzzentrums Katastrophenschutz;
- Professionalisierung und Mindestpersonalisierung bei den für Brand- und Katastrophenschutz zuständigen kommunalen Behörden;
- Neubau der Landesfeuerwehrschule sowie deren auskömmliche Personalisierung;
- Neuausrichtung der Aus- und Fortbildung zur Sicherung der Einsatzfähigkeit von Feuerwehren und Einheiten im Katastrophenschutz;
- Stärkung des Katastrophenschutzes, des Brandschutzes und der Technischen Hilfe in den Gemeindeverbänden sowie des Rettungsdienstes beim Zweckverband durch Bereitstellung von Finanzmitteln für Investitionen in Infrastruktur und Technik; Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen und der Einrichtung dezentraler Katastrophenschutzzentren auf der Ebene der Gemeindeverbände;
- deutliche Unterstützung und Anerkennung der ehrenamtlichen Strukturen; Gewährung von finanziellen (Aufwands-)Entschädigungen für ehrenamtliche Kräfte; Helfergleichstellung von sämtlichen Einsatzkräften der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr; Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung durch das Land für die Vorbereitung und Ausbildung im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durch die ehrenamtlich tätigen Verbände;
- Verbesserung des Krisenmanagementsystems sowie regelmäßige Durchführung von Übungen unter Einbeziehung der Bevölkerung.

☐ **Für einen starken Bundeswehr-Standort Saarland:** Die Menschen in unserem Land sollen auch in Zukunft darauf vertrauen können, dass die Bundeswehr mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auch im Inland rasch und wirksam hilft, etwa nach Großschadensereignissen oder bei der Pandemiebekämpfung. Wo die zivilen Dienste nicht mehr weiterkommen, da kommt die Bundeswehr zum Einsatz. Wir als CDU Saar sind stolz auf die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützen diese nach Kräften. Wir begrüßen die Präsenz der Bundeswehr im Saarland und wollen uns dafür einsetzen, dass die Bundeswehrstandorte in dieser Form erhalten und gestärkt werden.

9. Für ein lebens- und liebenswertes Saarland – Wir sorgen dafür!

☐ **Identität durch ein vitales kommunales Leben:** In einer sich in vielen Bereichen immer schneller drehenden Welt sind unsere saarländischen Kommunen für viele Menschen Heimat, ein echter Rückzugsort, ein Ort zum Leben, Arbeiten und Wohlfühlen. Um die Lebensqualität dieser Heimat und das besondere Heimatgefühl der Saarländerinnen und Saarländer zu erhalten und auszubauen, hat die CDU-geführte Landesregierung die Städte und Kommunen in den vergangenen Jahren mit dem Saarlandpakt als echtem Entschuldungs- und Zukunftspakt, den Finanzhilfen in der Corona-Pandemie und weiteren Investitions- und Förderprogrammen maßgeblich unterstützt. Diese besonders kommunalfreundliche Haltung werden wir auch in Zukunft erhalten, um Städte und Kommunen im Saarland auch nach der Corona-Pandemie als Problemlöser vor Ort zu stärken, lebendige Strukturen bis in die Ortsträte hinein zu erhalten und Selbstverwaltung in der kommunalen Familie Hand in Hand zu leben. Wir werden ein „Sonderprogramm Öffentliche Infrastruktur“ auflegen, um Kitas, Schulen, Dorfgemeinschaftshäuser, Sporthallen und kommunale Straßen und Versorgungsnetze zu modernisieren und auf diesem Weg eine kommunale Investitionsoffensive zu unterstützen.

☐ **Zusammenhalt durch Kultur, Medien und Sport:** Sport, Medien und Kultur sind ein Band zwischen den Menschen; sie fördern die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat. Für uns gibt es dabei keine Rangordnung zwischen vermeintlich alten und sogenannten neuen Medien und Kulturen. Wir brauchen ein möglichst großes Spektrum kultureller Aktivitäten von der Breitenkultur, der freien Szene, der Kreativwirtschaft bis zur Spitzenkultur. Klassische Kultur behält ihre Bedeutung quer durch alle Altersgruppen; gleichzeitig unterstützen wir aber auch das Entstehen einer lebendigen Pop-, Jugend- und Clubkultur. Auch in der Sportförderung gibt es für uns keinen Gegensatz zwischen Spitzen- und Breitensport – beides sind zwei Seiten derselben Medaille!

9.1. Kommunale Selbstverwaltung stärken!

☐ **Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs:** Viele Kommunen sind nach wie vor in einer schwierigen finanziellen Situation. Für die Lebens- und Standortqualität im Saarland ist dies auch aus der Sicht der CDU Saar eine schwere Hypothek. Der Saarlandpakt entfaltet hier zwar seine Wirkung und entlastet die Kommunen bei den Kassenkrediten; zugleich wachsen jedoch die Aufgaben und Investitionsbedarfe immer weiter an. Wir werden daher den horizontalen und vertikalen Finanzausgleich im Saarland als wichtige Einnahmequelle der kommunalen Ebene kurzfristig erneut begutachten und regelmäßig evaluieren, um eine faire Mittelverteilung auf Basis tatsächlicher Bedarfe zu gewährleisten, und Verbesserungsmöglichkeiten entsprechend der unabhängigen Gutachten umsetzen. Wir fordern vom Bundeskanzler, dass er zu seiner früheren Zusage steht und für die finanzschwachen Kommunen eine tragfähige Altschuldenübernahme-Regelung durch den Bund vorlegt. Für die CDU Saar ist das Gebot der Subsidiarität von hoher Bedeutung.

☐ **Reform der kommunalen Funktionen:** Wir wollen die bestehenden Aufgaben- und Finanzierungsstrukturen mit Blick auf den demographischen Wandel, die Möglichkeiten

digitalisierter Verwaltungsprozesse sowie die demokratische Teilhabe und Bürgernähe grundlegend überprüfen. Um die Leistungsfähigkeit zu sichern, werden wir kommunale Geschäfts- und Verwaltungsprozesse standardisieren, straffen und digitalisieren; parallel dazu werden wir auch weitere Anreize zum Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) schaffen, um Effizienzen zu steigern und Kosten zu senken, vor allem unter Nutzung der Möglichkeiten der voranschreitenden Digitalisierung. Auch über die IKZ hinausgehende Bestrebungen in Form von freiwilligen Fusionen von Kommunen werden wir fördern. Die Bereitschaft von Kommunen, sämtliche Synergien einer Zusammenarbeit auszunutzen, soll umfassend finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Um die kommunale Selbstverwaltung in ihrer bewährten Form zu erhalten, muss die Attraktivität kommunaler Wahlämter und ehrenamtlicher Mandate zwingend verbessert werden. Kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden deswegen mit uns in ihrer täglichen Arbeit auch durch Beratungsangebote bestmöglich geschützt und unterstützt. Außerdem brauchen wir einen echten „Konnexitäts- und Kommunal-Check“, um die Vorhaben des Landes im Sinne der Rechtssetzung und Maßnahmenplanung auf ihre (finanziellen) Auswirkungen bei den Kommunen zu überprüfen.

9.2. Miteinander gut leben

☐ **Echte Unterstützung für das Ehrenamt:** Ehrenamtliches Engagement – ob in Vereinen oder Verbänden, Projekten oder kommunalen Einrichtungen, Kirchengemeinden oder sozialen Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften – ist der Kitt, der unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert. Wir sind stolz auf unsere Vereine, auch angesichts ihrer Leistungen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung über 3.000 unter der Pandemie leidende Vereine mit einem eigenen Förderprogramm über 6,5 Millionen Euro unterstützt. Jetzt müssen Kinder und Jugendliche wieder zu sportlichen und kulturellen Tätigkeiten in der Gemeinschaft ermuntert werden. Deshalb wollen wir mit einer Werbe-Offensive die Jugendarbeit in den Vereinen unterstützen und die Schulkooperationen massiv ausbauen. Gerade nach der Corona-Pandemie kämpfen viele Vereine vor allem auch mit Nachwuchsproblemen. Wir werden gemeinsam mit den Fachverbänden aus allen Bereichen des Ehrenamts Konzepte entwickeln, um den Vereinen in unserem Land Plattformen zu bieten, ihr Angebot gerade auch jungen Menschen näher zu bringen (Vereinsplattform Saarland). Gleichzeitig werden wir die bestehenden Förderprogramme für den Bereich Ehrenamt im Landeshaushalt verstetigen, um die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements über die Ehrenamtsnadel, die Ehrenamtskarte und weitere Auszeichnungen und Unterstützungen nachhaltig im Saarland zu verankern. Um Vereinen finanzielle Spielräume zu schaffen, könnte im Schulterschluss mit anderen Bundesländern eine Initiative zum weiteren Herabsetzen steuerlicher Hürden umgesetzt werden – hier war und ist das Saarland seit jeher Vorreiter. Um die Bedarfe der Vereine und Ehrenamtlichen zu evaluieren und moderne Konzepte zur langfristigen Sicherung der ehrenamtlichen Strukturen in unserem Land zu entwickeln, werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine Enquête-Kommission Ehrenamt einrichten.

☐ **Neue Wege zur Förderung des Ehrenamtes:** Wir wollen die „Task Force Ehrenamt“ zu einer professionellen Beratungsstelle im Sinne einer Rund-um-Service-Agentur weiterentwickeln,

die sich auch um den Abbau von gesetzlichen Überregulierungen und Bürokratieaufwänden kümmert. Die Instrumente unserer Anerkennungskultur wie die Ehrenamtsnadel und die Ehrenamtskarte wollen wir verstärkt einsetzen; wir treten ein für weitere steuerliche Erleichterungen wie die Erhöhung der Übungsleiterpauschale. Ein Schwerpunkt unserer Ehrenamtsförderung ist aber auch die Unterstützung der kommunalen Senioren(-sicherheits-)beauftragten, Seniorenbüros und Seniorenbeiräten, wobei wir aber auch Seniorinnen und Senioren mit Migrations- bzw. Zuwanderungshintergrund für die ehrenamtliche lokale Integrationsarbeit gewinnen wollen.

☐ **Gemeinsam gegen einsam:** Einsamkeit ist in den vergangenen Jahren zu einem allumfassenden Querschnittsthema geworden, weil von Gefühlen der Vereinsamung und echter Einsamkeit jüngere wie ältere Menschen, Menschen aus der Stadt und aus ländlichen Regionen gleichermaßen betroffen sind. Einsamkeit ist damit eine Herausforderung für uns als ganze Gesellschaft, die nur mit Aktivierung, Sensibilisierung und einer proaktiven Mitnahme aller Bevölkerungsgruppen angegangen werden kann. Deswegen werden wir im Saarland eine Bestandsaufnahme zum Thema Einsamkeit durchführen und eine umfassende Strategie entwickeln, um die Ursachen von Vereinsamung präventiv zu beheben und alleinstehenden Menschen Lösungen aufzuzeigen. Zu unserem Maßnahmenprogramm gehören ein Landeskompetenzzentrum Einsamkeit, die Förderung von ehrenamtlichen Kooperationsprojekten auf kommunaler Ebene und die Nutzung digitaler Möglichkeiten, um z. B. möglichst lange und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können.

☐ **Akzeptanz und Vielfalt fördern:** Das Saarland ist ein vielfältiges Bundesland, in dem Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ohne Benachteiligung und Diskriminierung leben sollen. Für Ausgrenzung, Diskriminierung, Nichtwahrnehmung oder gar Gewalt ist in unserem Land kein Platz. Dazu leistet der Landesaktionsplan „Vielfalt sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität akzeptieren – gegen Homo- und Transfeindlichkeit“ als Handlungskonzept mit konkreten Maßnahmen zur praktischen Umsetzung seinen Beitrag und wird somit dem in Artikel 12 Absatz 3 der saarländischen Verfassung gegebenen Auftrag des Diskriminierungsschutzes aufgrund der sexuellen Identität weiter gerecht. Um die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes und deren Wirkung zu prüfen, soll eine Evaluierung durchgeführt werden, auf deren Basis der Aktionsplan überarbeitet und fortgeschrieben wird. Im Jahr 2011 wurde das Merkmal der sexuellen Identität in die Aufzählung des Gleichbehandlungsartikels der Landesverfassung aufgenommen. Das Saarland spricht sich seitdem in Artikel 12 Absatz 3 der Verfassung ausdrücklich gegen die Benachteiligung und Diskriminierung von Menschen aufgrund dieses Merkmals aus. In der Aufzählung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Grundgesetz fehlt dieses Merkmal jedoch bis heute. Wir unterstützen daher auch den besonderen Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz.

☐ **Innovative Partizipationsformate nutzen:** Wir werden die Nutzung innovativer Partizipationsformate wie etwa repräsentativer Bürgerforen im Saarland vorantreiben, um die Saarländerinnen und Saarländer an der politischen Willensbildung zu landespolitisch relevanten Fragen zu beteiligen, ohne den Wesensgehalt unserer repräsentativen Demokratie zu verändern. Mit Blick auf die erfolgreiche Anwendung von Bürgerforen auf nationaler

(Irland), regionaler (Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Baden-Württemberg) und kommunaler Ebene bieten sich auch bei uns vielfältige Möglichkeiten zur Anwendung.

☐ **Weniger Lärmbelastung durch militärischen Übungsflugbetrieb:** Militärischer Übungsflugbetrieb im Rahmen der Landes- und kollektiven Bündnisverteidigung über dem Saarland und der daraus resultierende Fluglärm stellen eine Belastung für die saarländische Bevölkerung dar. Die Problematik ist seit Jahren unbestritten und wird von der CDU Saar sehr ernst genommen. Wir werden auch in Zukunft weiterhin auf politischer und fachlicher Ebene in einem kontinuierlichen Verhandlungs- und Kommunikationsprozess mit den jeweiligen verantwortlichen Entscheidungsträgern auf Bundesebene zusammen Möglichkeiten ausloten, um Verbesserungen hinsichtlich der Lärmbelastung durch militärischen Übungsflugbetrieb erreichen zu können. Im Rahmen dieses Prozesses ist es bereits gelungen, eine annähernde Gleichverteilung des militärischen Übungsflugbetriebs zwischen den Übungslufträumen (TRAs) in Deutschland zu erreichen. Daran wollen wir anknüpfen. An der Einschränkung für den Flugbetrieb für Militärflugzeuge in den Abendstunden, an Freitagnachmittagen sowie an Sonn- und Feiertagen halten wir auch in Zukunft fest.

☐ **Steuerung von Einwanderung und Integration:** Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und entsprechende Integrationsangebote; umgekehrt gelten aber auch die Integrationserwartungen der Aufnahmegesellschaft, vor allem die Achtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ein Mindestmaß an Integrationsbereitschaft. Grundsätzlich ist für uns Zuwanderung eine kulturelle und soziale Bereicherung – nicht zuletzt im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel. Jede Form von Diskriminierung und Hass lehnen wir ab. Daher werden wir das Landesprogramm Migration evaluieren, um gemeinsam mit den Trägern der Integrationshilfe und -beratung die Verwaltungsverfahren zu verbessern.

9.3. Kulturelle Leuchttürme sichern, Breitenkultur stärken

☐ **Stärkung der Industriekultur:** Die industrielle Vergangenheit des Saarlandes spiegelt sich auch im kulturellen Leben des Landes wider, nicht zuletzt durch das Weltkulturerbe Völklinger Hütte. Darüber hinaus gibt es auch eine Vielzahl weiterer industriekultureller Stätten im Saarland, die die industrielle Vergangenheit des Landes mit modernen Angeboten wie Festivals und Ausstellung verknüpfen. Diese Orte und Formate wollen wir nachhaltig stärken, um der historischen Bedeutung unseres Landes einen würdigen Rahmen zu verleihen und Anknüpfungspunkte zur Gegenwart zu schaffen. Dies gilt insbesondere für das Grubenunglück von Luisenthal, das sich im Jahre 2022 zum 60. Mal jährt und dem wir – auch mit Blick auf die junge Generation – angemessen gedenken werden.

☐ **Bestandserhaltungspakt für die Kultur:** Land und Kommunen befinden sich in und nach der Pandemie in einer schwierigen finanziellen Situation. Wir dürfen nun aber nicht künftig aufs Spiel setzen, was mit viel finanzieller Förderung während der Pandemie am Leben erhalten wurde. Für Kulturförderung ist dies deshalb eine Gefahr, weil diese Aufwendungen zu den freiwilligen Leistungen zählen und daher häufig von Haushaltseinsparungen bedroht sind. Wir wollen mit den Kommunen einen „Bestandserhaltungspakt für die Kultur“ abschließen; damit

soll gewährleistet werden, dass Projekte und Institutionen auf Planungssicherheit vertrauen können.

☐ **Sicherheit für unsere kulturellen Leuchttürme:** Das Saarländische Staatstheater soll als 3-Sparten-Haus auf künstlerisch hohem Niveau erhalten bleiben. Die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz kann nach personeller Neuaufstellung ein attraktives Ausstellungsprogramm entwickeln. Die beiden künstlerischen Hochschulen bleiben – ebenso wie die Deutsche Radiophilharmonie und Initiativen der freien Szene – feste Bestandteile unserer Bildungs- und Kulturlandschaft; dazu gehören aber auch lebendige Festivals; unverzichtbar sind hier das Max-Ophüls-Festival und die „Perspectives du Theatre." Dazu gehören aber auch weiterhin die Musikfestspiele Saar, denen wir wieder eine feste Fördersumme zusagen wollen.

☐ **Neuen Ansätzen Raum geben:** Auch neuen kulturellen Ansätzen und Projekten möchten wir im Saarland eine faire und tragfähige Entwicklungsmöglichkeit geben, die die lokale Szene einbinden soll. Hier hat es insbesondere dem Festival „Resonanzen", vorher „Colors of Pop", an Unterstützung durch das Kulturministerium gefehlt. Vielmehr haben dessen häufiges Auswechseln von handelnden Personen und Konzepten und mangelnde Zusagen für die Zukunft die Umsetzung eines neuen Ansatzes gefährdet. Wir werden daher, unter anderem durch die erforderliche Professionalisierung der Strukturen, ein Umfeld schaffen, das der kulturellen Szene die Möglichkeit eröffnet, neue Ansätze und Projekte frei und nachhaltig zu entwickeln und zu etablieren.

☐ **Spielstätten für unsere Events:** Unser Land braucht Großevents, um im Wettbewerb in der Großregion bestehen zu können. Unsere Veranstaltungsstätten sind inzwischen in die Jahre gekommen. Um sie fit zu machen, haben wir wichtige Schritte unternommen: am Standort Congresshalle entsteht das neue Messe- und Kongresszentrum. In der Landeshauptstadt Saarbrücken brauchen wir aber auch eine eventtaugliche neue Saarlandhalle. Wenn die Standortsuche abgeschlossen ist, werden wir zügig mit diesem Großprojekt beginnen. Es ist das zentrale Projekt für das Saarland als Eventstandort und von herausragender Bedeutung für die Lebensqualität im Saarland. Wir prüfen aber auch, ob das Projekt eines Musikzentrums mit Konzertsaal realisierbar ist und ob dies mit dem zusätzlichen Raumbedarf der Musikhochschule verbunden werden kann.

☐ **Breitenkultur und kulturelle Bildung:** Gerade nach den Schäden, die die Pandemie hinterlassen hat, ist die Förderung der Breitenkultur und kulturellen Bildung wichtig. Wir haben die Förderung der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung verstetigt und werden dies in Zukunft fortsetzen. Auch die Kinder- und Jugendtheater leisten einen wichtigen Beitrag in der kulturellen Bildung; deshalb werden sie weiter gefördert. Ebenso unterstützen wir die Arbeit des Landesmusikrates. Wir wollen darüber hinaus die Professionalisierungsmittel für die Breitenkultur verstetigen, dadurch bei Verwaltungstätigkeiten entlasten und so das kulturelle Ehrenamt in der Fläche stärken. Wir setzen uns für einen stärkeren Austausch von Breitenkultur mit unseren kulturellen Leuchttürmen ein. Um die Vereinslandschaft für die Zukunft zu stärken, ist uns eine intensive Nachwuchsförderung wichtig. Deshalb werden wir Angebote wie „Kultur macht stark" und „Kreative Praxis" ausbauen. Aber auch Landeswettbewerbe wie „Perform deine Heimat" und Jugendprojekte bei Chören, Musikvereinen und anderen kulturtreibenden Vereinen unterstützen wir weiter. Unser Ziel ist

es, eine frühe Bindung an Vereine und das zugehörige Vereinsleben zu erreichen. Nicht zuletzt ermöglichen die Volkshochschulen flächendeckend allen Bürgerinnen und Bürgern einen niedrigschwelligen Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten und sind daher von großer Bedeutung.

☐ **Kultur ist Heimat:** Kultur macht unser Saarland lebendig und lebenswert. Gerade auch im ländlichen Raum sind Traditionen, Brauchtümer und Riten untrennbar mit dem Heimatgefühl der Menschen verbunden. Heimat wird dadurch zu einem Ort der Vertrautheit, des Rückzugs und der Sicherheit, vor allem auch in einer Zeit der zunehmen Digitalisierung. Heimat ist Identität – dieses Gefühl der Menschen wollen wir erhalten und Kultur und Heimat zu einem identitätsstiftenden Merkmal der Saarländerinnen und Saarländer verbinden. Unsere Heimat zu bewahren, heißt daher auch, unsere Sprache und unsere Traditionen zu bewahren. Deswegen werden wir gezielt Heimatmuseen und Heimatvereine bei ihrer Aufgabe der Bewahrung des sprach- und kulturhistorischen Erbes sowohl finanziell als auch ideell unterstützen. Neben den Vereinen setzen wir uns aber auch für die Einrichtung von Fördertöpfen ein, die etwa auch von Ortsräten für die Ausrichtung ortsbezogener Festtage (z. B. Jahrgangstreffen) genutzt werden können.

9.4. Die Landeshauptstadt Saarbrücken als Oberzentrum von überregionaler Strahlkraft weiter stärken

☐ Saarbrücken ist die einzige Großstadt des Saarlandes und das Oberzentrum der Großregion. Deshalb ist die fortwährende Weiterentwicklung der Landeshauptstadt von besonderer Bedeutung für unser Land. Ebenso wie Entscheidungen auf Landesebene stark die Stadt betreffen, haben städtische Entscheidungen Auswirkungen auf das Land. Deshalb ist es notwendig, auf allen Ebenen Kooperationsformen zu suchen und die gemeinsamen Interessen und Kräfte zu bündeln. Saarbrücken muss dynamischer Taktgeber des Landes sein und seiner Rolle als Landeshauptstadt gerecht werden, insbesondere als Regierungs- und Parlamentssitz und im partnerschaftlichen Zusammenspiel mit den anderen saarländischen Kommunen.

☐ Der Großraum Saarbrücken hält relevante Infrastruktureinheiten vor, die über seine Grenzen hinausreichen. Er hat dabei eine ambivalente Stellung inne. Er ist kulturelles, wirtschaftliches und politisches Zentrum des Saarlandes und erfährt dafür zielgerichtete Förderung – gleichzeitig stellt er aber auch Institutionen der Daseinsfürsorge zur Verfügung, die in das Umland hinausreichen. Beispiele sind die Katastrophenabwehr der Landeshauptstadt mit der besonders geschulten und ausgerüsteten Berufsfeuerwehr, die Krankenhausinfrastruktur der Maximalversorgung, das Drogenhilfezentrum für das gesamte Saarland, die Saarbahn oder Hauptstadtfunktionen durch kommunal vorgehaltene Infrastruktur wie die besondere Gewichtung der deutsch-französischen Kooperation und des kulturellen Angebots. Dafür müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen bündeln und den konsequenten Abbau von Doppelstrukturen und die Schaffung weiterer Synergien im Sinne qualitativer Bürgerdienste weiter vorantreiben.

☐ Saarbrücken muss sich als Standort von Forschung, Lehre, Wirtschaft und Arbeit ebenso wie als sozialer und kultureller Lebensraum im Wettbewerb mit anderen Großstädten der

Nachbarregionen behaupten können. Deshalb wollen wir eine rasche Entscheidung über die politischen Prioritäten und die Dimensionierung bei der Umsetzung von Leitinvestitionen im Großraum Saarbrücken; dies betrifft folgende Projekte:

- Um den Campus der Universität des Saarlandes hat es in den vergangenen Jahren eine dynamische Entwicklung im Aufbau von forschungsnahen Zentren, Instituten und annexen Ausgründungen gegeben. Um diese Entwicklung zu verstetigen und weitere Gründungen zu ermöglichen, müssen zusätzliche Flächen im direkten Umfeld des Campus geschaffen werden. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich der Universitätsstandort Saarbrücken weiter beispielhaft entwickelt. Wir wollen eine Ausweitung des Science Parks und des Starterzentrums an der UdS mit Raum für Spin-offs und Start-Ups in ihrer Wachstumsphase.
- Saarbrücken muss als Standort von Forschung, Lehre, Wirtschaft und urbanes Wohnquartier in unmittelbarer Zukunft flächendeckend vom Gigabitausbau profitieren und jeder Haushalt und jedes Unternehmen an das Glasfasernetz angeschlossen werden.
- Saarbrücken ist Kongress- und Messestandort. Die CDU-geführte Landesregierung hat zusammen mit der neuen Stadtverwaltung den Grundstein für ein tragfähiges Zukunftskonzept gelegt. Diese Planungen gilt es nun zeitnah umzusetzen und durch ein attraktives Konzerthauskonzept zu ergänzen. Dabei sehen wir insbesondere das Gebiet der bisherigen Hochschule für Musik bis hin zum Saarländischen Staatstheater als Entwicklungsraum hin zu einer echten Kulturmeile für Landeshauptstadt und Land.
- Im Bereich des Städtebaus und der Stadtentwicklung hat sich in der Landeshauptstadt in den vergangenen Jahren vieles getan. Angefangen bei der angestoßenen Weiterentwicklung des Kongressstandortes CCS, über die Neugestaltung der Stengelanlage und den Raum hin zur Friedenskirche bis hin zum prosperierenden Quartier Mainzer Straße. Diese Fäden gilt es nun aufzunehmen, miteinander zu verknüpfen und zu einem städtebaulichen Gesamtkonzept zusammenzuführen. Dreh- und Angelpunkt dieser Harmonisierung des städtischen Erscheinungsbildes ist die Revitalisierung der Alten Brücke als zentrale Achse im Zentrum der Stadt und die ergänzende Gestaltung der anliegenden Saarufer.
- Skyline und Innenstadtlagen für Wohnraum, Geschäfte und Gastronomie der Landeshauptstadt sind geprägt durch die Stadtautobahn entlang der Saar. Die damit einhergehenden Immissionen schmälern Lebensqualität und Standortattraktivität gleichermaßen. Es ist Zeit für realistische Lösungsansätze: Wir wollen eine teilweise gläserne und teilweise begrünte Lärmschutzwand von Bischmisheim bis nach Burbach und sorgen für den zeitgemäßen Einsatz von sogenanntem „Flüsterasphalt“.
- Wohnen und leben in der Stadt ist mittlerweile auch im Saarland teuer. In besonderem Maße betrifft dies die Landeshauptstadt Saarbrücken. Die CDU Saar möchte gemeinsam mit der Landeshauptstadt Saarbrücken ein städtebauliches Wohn-Bau-Sanierungs-Konzept erarbeiten, damit wieder bedarfsgerechter und nachhaltiger Wohnraum zur Verfügung steht, den sich jeder leisten kann.

9.5. Förderung des Sports

☐ **Breitensport-Förderung:** Der Sport hat nicht nur einen hohen gesundheitlichen, sondern auch einen sozialen, inklusiven und pädagogischen Wert. Hier werden Tugenden wie Fairness, Teamgeist, Einsatzfreude und Zielstrebigkeit eingeübt. Der vereinsorganisierte Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, nicht zuletzt auch von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Förderung des Breitensports setzen wir auf dem bestehenden Niveau fort, indem wir auch in Zukunft über die Sportplanungskommission für eine hochwertige Infrastruktur sorgen.

☐ **Schulsport-Förderung:** Unverzichtbar ist für uns aber auch die Rolle des Schulsports, insbesondere in den Grundschulen; wir regen daher die Einführung einer dritten Schulsportstunde an. Die erfolgreichen Kooperationen zwischen Sportvereinen, Kindergärten und Schulen wollen wir weiter ausbauen und durch die Durchführung von Schulsportwettkämpfen die Jugendlichen zur sportlichen Betätigung auch über den Schulsport hinaus motivieren. Schwimmbäder sind dabei ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsförderung; da eine kostendeckende Unterhaltung und Wartung hier nicht möglich sind, brauchen wir eine landesweite Bedarfsplanung und -steuerung.

☐ **Spitzensport-Förderung:** Die Spitzenvereine im Saar-Sport werden durch den Landesausschuss für Leistungssport weiterhin finanziell unterstützt. Dabei ist ein Kriterium für die Förderung die qualifizierte und engagierte Jugendarbeit. Gerade hier erweist sich die Kooperation zwischen Schulen und Sportverbänden als wegweisend für die Auswahl und die gezielte Förderung von jungen sportlichen Talenten. Mit dem Olympiastützpunkt, der Hermann-Neuberger-Sportschule, dem Institut für Sport- und Präventivmedizin und dem sportwissenschaftlichen Institut an der Universität des Saarlandes wurde in den letzten Jahren ein eng vernetztes Sportkompetenzzentrum von Exzellenzniveau aufgebaut. Das Saarland wurde damit zu einer renommierten Adresse für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler aus aller Welt. Zu diesem Netzwerk gehört auch das Gymnasium am Rotenbühl, dem im Jahre 2005 vom Deutschen Olympischen Sportbund das Gütesiegel „Eliteschule des Sports“ verliehen wurde und das, unterstützt vom Landessportverband für das Saarland, professionelle und systematische Talentförderung betreibt.

☐ **Olympia-Vorbereitungs-Hotspot an der Hermann-Neuberger-Sportschule:** Unsere Hermann-Neuberger-Sportschule verfügt über eine ausgezeichnete Sportinfrastruktur und ist mit Blick auf die Olympischen Spiele 2024 in Paris bestens als Vorbereitungscamp für Olympiamannschaften aus der ganzen Welt geeignet. Wir wollen den Landessportverband für das Saarland aus dem Landeshaushalt finanziell unterstützen, um gezielt unsere HNS fit zu machen, damit die Sportschule zum internationalen Olympia-Vorbereitungs-Hotspot werden kann. Dies stärkt nicht nur unser Image als Sportland, sondern stärkt auch Tourismus und regionale Wirtschaft.

☐ **Sportveranstaltungen als Standortfaktor:** Wir werden das Standortmarketing des Saarlandes auch auf Sportgroßveranstaltungen ausrichten und solche Veranstaltungen weiter mit Landesmitteln unterstützen. Diese Veranstaltungen fördern das Image des Saarlandes, führen

zu einer Wertschöpfung vor Ort und machen sportliche Idole für Nachwuchsathletinnen und -athleten vor Ort hautnah erlebbar.

9.6. Für eine gesicherte Finanzierung gemeinwohlorientierter Initiativen

Damit es auch in der Zukunft bei der bewährten Förderkulisse insbesondere für Sport und Kultur, aber auch für andere gemeinwohlorientierte Anliegen wie Soziales, Naturschutz etc. im Saarland bleibt und insbesondere Saartoto in diesem Zusammenhang weiterhin eine führende Rolle spielen kann, bekennen wir uns als CDU Saar zum ordnungsrechtlichen Regelwerk des neuen Glücksspielstaatsvertrages 2021. Ein saarländisches Ausführungsgesetz hat sicherzustellen, dass die neuen Möglichkeiten, wonach Casinospiele reguliert und begrenzt auch online angeboten werden können, nur unter Anbindung an Saarland-Sporttoto und deren Tochter Spielbank GmbH zu erfolgen hat. Das bedeutet einerseits Jugendschutz, Spielerschutz sowie Suchtprävention und stärkt andererseits zugleich die finanzielle Basis von Saartoto und ermöglicht auch für die Zukunft, dass von dort her ein wirkungsvoller Beitrag zugunsten der Allgemeinheit in unserem Land geleistet werden kann. Die CDU Saar bekennt sich in diesem Zusammenhang insbesondere zur Beibehaltung des dem Landessportverband zufließenden sogenannten Sportachtels. Dieses umsatzbezogene Sportachtel ermöglicht dem Saarsport eine bundesweit einmalige Förderung zugunsten des Spitzen- und Breitensports in unserem Land. Die im Jahre 2024 in Paris stattfindenden Olympischen Spiele bieten gerade für das Saarland mit seinem Frankreich-Bezug eine herausragende Chance, sich weiter als Land des Sports darstellen und profilieren zu können.

9.7. Für eine vielfältige Medienlandschaft und effektiven Medienschutz

- ☐ **Für Qualitätsjournalismus und eine duale Rundfunk-Landschaft**: Wir wollen eine funktionsfähige duale Rundfunkordnung mit privaten Rundfunkveranstaltern und einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der mit politischen und tagesaktuellen Informationen eine unabhängige publizistisch-kulturelle Grundversorgung gewährleistet. Wir wollen zudem einen Saarländischen Rundfunk, der die Information mit saarländischen Themen sichert und zu Heimatgefühl und Identität der Bevölkerung quer durch alle Altersgruppen beiträgt. Mit dem neuen Finanzausgleich, für den wir gekämpft haben, wurde für den Saarländischen Rundfunk eine solide Ausgangsbasis für die nächsten Jahre geschaffen.

- ☐ **Landesmedienanstalt:** Wir stehen zur eigenständigen, regional verankerten Landesmedienanstalt Saarland. In der Pandemie haben wir die Vielfalt der lokalen privaten Hörfunksender geschützt und auch finanziell abgesichert. Daher sprechen wir uns für eine funktionsgerechte Anpassung der Finanzierung der Landesmedienanstalten aus.

- ☐ **Medienkompetenz stärken:** Als Medienkompetenzzentrum sorgt die Landesmedienanstalt mit ihren Beratungs- und Schulungsangeboten dafür, dass die Befähigung zur kompetenten Nutzung von digitalen Medien gestärkt wird – von den Kindertagesstätten über die Schulen bis hin zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Kinder wie Erwachsene werden durch praxisnahe Anwendungen oder spielerische Coding-Initiativen an die digitalen Funktionalitäten herangeführt. Dabei darf sich die Kompetenzvermittlung jedoch keinesfalls

auf eine reine Anwendungsfähigkeiten beschränken; vielmehr müssen Akzeptanz von Meinungsvielfalt, Respekt vor den Regeln des Miteinanders, Sicherheitsaspekte und die Stärkung der Persönlichkeit zum Umgang mit den Suchtpotentialen von Medien, mit persönlichen Angriffen (z. B. Cybermobbing) oder der Behelligung durch strafrechtlich relevante Inhalte zu den wesentlichen Lerninhalten zählen. Ziel ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger die digitalen Möglichkeiten souverän nutzen können.

☐ **Digitalwirtschaft und Gamesbranche:** Die Gamesbranche hat ein hohes Kreativ-, Innovations- und Wachstumspotential. Technologien aus Computerspielen halten Einzug in unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen wie Automotive oder Medizintechnik. Die Spiele selbst stellen längst ein eigenes Kulturgut dar, das insbesondere in den Bereichen Serious Games, Games for Education und Gesundheit neue Möglichkeiten der Pädagogik, der mentalen Fitness und kreativen Unterhaltung bietet. Das Saarland fördert daher aktiv die Spieleentwicklung und die Ansiedlung von Betrieben der Gamesbranche. Stetig zunehmende Gründungen und Ansiedlungen von Entwicklerinnen und Entwicklern sowie Studios bestätigen dies. Mit der Game Base Saar und einem eigenen GameHub Saar fördert und unterstützt die CDU-geführte Landesregierung gezielt die Entwicklung, den Austausch und die Vernetzung der Games-Branche und der zugehörigen Community mit einem nachhaltigen und ganzheitlichen Ansatz. Im Sinne einer passgenauen Weiterentwicklung wollen wir die saarländische Gamesförderung zeitnah institutionalisieren und im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten finanziell stärken. Zur Nachwuchsförderung, -qualifikation und Fachkräftegewinnung wollen wir auch Ausbildungsstandort im Bereich Games werden; hierfür werden wir eine entsprechende Professur einrichten.

☐ **Kulturelle und wirtschaftliche Medien- und Filmförderung stärken:** Das Saarland hat sich als Kulturstandort im Filmbereich in unterschiedlichen Feldern einen Namen gemacht. Filmfestivals wie der Max Ophüls Preis, der Günter Rohrbach Filmpreis und das Bundesfestival junger Film sind Leuchttürme weit über die Landesgrenzen hinaus. Auch als Drehort wird das Saarland mit seinen vielfältigen Locations immer beliebter und erfolgreicher. Nicht zuletzt wird durch die vielfältige saarländische Kinolandschaft im städtischen wie ländlichen Raum ein umfangreiches und breites Zugangsangebot zum Kulturgut Film ermöglicht. Die CDU Saar weiß um die Chancen und Potentiale all dieser Faktoren, die wir weiter stärken und ausbauen wollen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die finanzielle Film- und Medienförderung zu sichern und zu erhöhen, insbesondere auch durch Hebeleffekte und Zugangserleichterungen zu Bundes- und EU-Mitteln. Das Kino als Kulturgut auch außerhalb von Ballungsgebieten wollen wir erhalten und stärken; hierzu werden wir Bundesprogramme wie das „Zukunftsprogramm Kino“ bedarfsgerecht kofinanzieren und durch Landesmaßnahmen flankieren. Außerdem werden wir die Vernetzung der Branche weiter fördern, auch um Potentiale von morgen auszuschöpfen; hierzu zählen unter anderem die dezidierten saarländischen Standortvorteile im technischen wie im künstlerischen Bereich, die sich etwa für die Virtual Reality-Filmproduktion gewinnbringend nutzen lassen.

☐ **Demokratie und Europa:** Wir treten dafür ein, Medienkonzentration und den Einfluss von Medienkonzernen innerhalb und außerhalb Europas zu begrenzen. Die gezielte politische Desinformation mit dem Ziel der Unterhöhlung unseres politischen Systems muss konsequent bekämpft werden. Unsere Demokratie und die Durchsetzung geltenden Rechts (z. B.

Urheberrecht, Jugendschutz, Verbraucherschutz) im Netz darf nicht durch europäisches Recht geschwächt werden. Das Löschen und Sperren von Inhalten oder Nutzerinnen und Nutzern darf nicht im Belieben der Plattformbetreiber stehen, sondern muss sich nach medienrechtlichen Vorgaben richten. Wir treten für einen europäischen Rechtsrahmen mit klaren Vorgaben für Gemeinschaftsstandards auf Plattformen ein. Wir sehen mit Sorge, dass der Zugang zu vielen Plattformen und ihren Angeboten nur gegen eine umfangreiche Preisgabe persönlicher Daten gewährt wird. Eine datensparsame Nutzbarkeit solcher Angebote auf Internetplattformen muss daher normiert werden.

- ☐ **Medienregulierung und Jugendmedienschutz:** Mit straf- und medienrechtlichen Mitteln allein ist der Kampf gegen Hass, Verrohung und Gewaltverherrlichung im Internet nicht zu gewinnen. In der Anonymität des Netzes dürfen keine Straftaten begangen werden. Wir unterstützen hier die Aufsichts- und Regulierungstätigkeit der Landesmedienanstalten, der Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle sowie von „Jugendschutz.net“. Wir wollen durch Safety-by-design-Lösungen eine sichere Altersverifikation für den Zugang zu altersabhängigen Inhalten.

- ☐ **Klare Kante gegen Hassrede und Desinformation:** Hass und Hetze stellen keine schützenswerte Meinung dar. Wenn rechtliche Grenzen überschritten werden, dann müssen die Urheberinnen und Urheber ermittelt und verfolgt werden. Wir unterstützen das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen/Courage im Netz“, das die Landesmedienanstalt gemeinsam mit dem Landespolizeipräsidium, dem Landesjugendamt, der Staatsanwaltschaft, Medienpartnern und Jugendbehörden aufgesetzt hat. Wir unterstützen Projekte an Schulen und in Vereinen, die die Fähigkeit zum kritischen, souveränen Medienkonsum fördern und für einen respektvollen Diskurs sensibilisieren.

9.8. Für einen aktiven Verbraucherschutz

Mit einer aktiven Verbraucherschutzpolitik wollen wir Bürgerinnen und Bürger vor Fehlinformationen, betrügerischem Handeln, aber insbesondere auch vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden bewahren. Um daher mündige Verbraucherinnen und Verbraucher bei seinen selbstbestimmten Entscheidungen bestmöglich zu unterstützen, werden wir die Arbeit der unabhängigen Verbraucherzentrale des Saarlandes auch in Zukunft weiter finanziell fördern. Dies beinhaltet auch das niedrigschwellige Angebot der digitalen Beratung. Um Stromsperren zu vermeiden, werden wir auch zukünftig die Arbeit der Melde- und Steuerungsstelle (MSS) bei der Verbraucherzentrale des Saarlandes unterstützen, an die sich von Stromsperren bedrohte Personen wenden können.

10. Nachhaltig leben, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren – Wir sorgen dafür!

☐ **Herausforderung Klimawandel:** Ein ganzheitlicher industrieller Strukturwandel in Richtung Klimaneutralität bedingt ein umfassendes Investitionsprogramm. Grundvoraussetzung zur Erreichung der gesetzten Klimaziele ist ein massiver Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, des Stromnetzes sowie der Speicherkapazitäten, um den wachsenden Bedarf an Strom, hervorgerufen durch die Elektrifizierung des Verkehrs sowie durch die klimaneutrale Produktion von Wasserstoff, zu decken und die Dekarbonisierung und den Ausstieg aus der Atomenergie zu kompensieren. In diesem Zusammenhang bedarf es beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Bau der jeweiligen Erzeugungsanlagen. Darüber hinaus muss die Ausbaugeschwindigkeit der Stromnetze signifikant gesteigert werden, damit die erforderlichen Strommengen transportiert werden können.

☐ **Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe:** Mehrfach haben uns in den letzten Jahren Extremwetter-Ereignisse die katastrophalen Folgen der Erderwärmung vor Augen geführt. Wir brauchen daher in der Landespolitik eine neue Qualität von nachhaltiger Politik – und zwar in nahezu allen Feldern der Landespolitik. Nachhaltigkeit muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden und zum zentralen Parameter von Regierungsentscheidungen werden. Unverzichtbar ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien; dabei gilt es aber den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und Naturschutzverbänden sowie einen fairen Interessensausgleich zu suchen.

☐ **Ökologische Politik im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen:** Im Umgang mit der Natur treffen immer wieder unterschiedliche ökologische Anschauungen und oft auch divergierende Interessen aufeinander. Die Auffassungen darüber, wie unsere Kulturlandschaft für wirtschaftliche Interessen, für Freizeitgestaltung und andere Nutzungsarten in Anspruch genommen werden darf, gehen oft weit auseinander. Wir als CDU Saar wollen daher einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen den verschiedenen Naturnützern und Naturschützern. Als der christlichen Schöpfungsidee verpflichtete Partei treten wir für Nachhaltigkeit und den fairen Ausgleich der Interessen von Landwirtschaft, Jagd, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern und Organisationen des Naturschutzes ein.

☐ **Biosphäre Bliesgau als internationale Vorzeigeregion weiterentwickeln**: Seit dem Jahr 2009 hat das Saarland mit der UNESCO Biosphäre Bliesgau, neben dem UNESCO Weltkulturerbe Völklinger Hütte, zwei weltweit einmalige und herausragende Orte von internationaler Strahlkraft. Dieses Projekt wurde noch durch die CDU-Alleinregierung vorbereitet und bis zur Anerkennung gebracht. Ein klares Zeichen, welchen Stellenwert die Bewahrung der Schöpfung und regionale Entwicklung für die Union haben. Entwicklung und Erhalt sind Daueraufgabe. Hierbei ging das Saarland neue Wege. Während in allen anderen deutschen Biosphärenregionen die Aufgaben vollständig staatlich organisiert und finanziert sind, wurde hier ein anderer Ansatz gewählt: Neben dem Land beteiligen sich landkreisübergreifend sieben Städte und Gemeinden, sowie der Saarpfalz-Kreis – organisiert in einem Zweckverband – aktiv an der Arbeit und der Finanzierung. Dieses singuläre Engagement verdient hohe Anerkennung.

Die Belastung für die Kommunen kann nicht unbegrenzt aufwachsen, da sonst der Grundkonsens für das partnerschaftliche Modell gefährdet wird. Wir werden die UNESCO Biosphäre Bliesgau konsequent als Vorzeigeregion weiterentwickeln. Dabei werden wir die finanzielle Belastung für die engagierten Kommunen begrenzen. Wichtige Maßnahmen, um den ambitionierten Anforderungen der UNESCO gerecht zu werden und die internationale Anerkennung dauerhaft zu sichern, wurden bereits umgesetzt oder sind in Bearbeitung. Ein Punkt hat sich aber in der Vergangenheit als besonders herausfordernd erwiesen und konnte über die Jahre noch nicht gelöst werden: Jedes Biosphärenreservat muss über mindestens ein Informationszentrum verfügen, das hauptamtlich und ganzjährig betreut wird. Für die Einrichtung und den dauerhaften Betrieb des von der UNESCO geforderten Informationszentrums („Biosphärenhaus“) werden wir eine Lösung entwickeln, die auf eine weitere Belastung der kommunalen Seite verzichtet und rechtzeitig zur nächsten Evaluation in Betrieb ist.

10.1. Regenerative Energieträger ausbauen – aber bezahlbar und versorgungssicher!

- ☐ **Sichere Energieversorgung**: Eine sichere Energieversorgung hat für eine moderne, industriell produzierende Volkswirtschaft eine herausragende Bedeutung. Wir werden daher eine sichere und bezahlbare Energieversorgung durch die günstigste Nutzung der Energieträger bei bestmöglichem Schutz der Umwelt gewährleisten. Wir müssen uns aber auch ehrlich machen: Die dichte Besiedlung des Saarlandes, die Stellung als Industriestandort und der hohe Waldanteil des Saarlandes sind Faktoren, die eine erneuerbare Energiegewinnung erschweren. Wir brauchen zu jeder Tages- und Nachtzeit eine sichere Abdeckung der Grundlast.

- ☐ **Technologieoffenheit als saarländische Stärke:** Unter einer ideologiefreien Energiepolitik verstehen wir, technologieoffen die Chancen sämtlicher Verfahren der Energiegewinnung auf ihre Realisierungs- und Nutzungschancen hin zu analysieren und auszuwählen. Neben den etablierten Formen der Erzeugung regenerativer Energie durch Windkraft und Solarenergie, deren flächenintensive Bewirtschaftung allerdings dazu führt, dass immer weniger Projekte realisiert werden können, werden wir daher auch die Geothermie als Zukunftsfaktor betrachten und uns für die Umsetzung einer Machbarkeitsstudie einsetzen. Durch unsere Historie als Bergbau-Standort ergeben sich besondere Rahmenbedingungen, die vorab berücksichtigt werden müssen. Wir brauchen jedoch verlässliche Energiequellen, um neben der Grundlast auch die enormen Energiebedarfe unserer Industriebetriebe zu sichern. Denn im Gegensatz zu Solar- und Windenergie steht geothermisch erzeugter Strom rund um die Uhr zur Verfügung. Darüber hinaus werden wir eine Machbarkeitsstudie im Hinblick auf die Nutzung von Grubengas (Wasserstoff aus Methan) in Auftrag geben.

- ☐ **Klimaschutz ist auch Aufgabe des Landes:** Wir verstehen Klimaschutz als Transformationsaufgabe von einer Dimension, die alle gesellschaftlichen Bereiche verändert, die aber auch Chancen bietet. Klimaschutz braucht dafür landesgesetzliche Grundlagen und Umsetzungskonzepte. Wir werden daher ein Saarländisches Klimaschutzgesetz erarbeiten und in den Landtag einbringen, mit dem ambitionierte Klimaschutzvorgaben in der Landesbauordnung, dem Landesplanungsgesetz, den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien und anderen Landesvorschriften verbindlich verankert werden.

☐ **Energieeffizienz hat oberste Priorität:** Neben den erneuerbaren Energien ist mehr Energieeffizienz der Schlüssel zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Hier müssen wir die Anstrengungen, besonders für den Gebäudebereich verstärken. Die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel des Bundes wollen wir maximal ausschöpfen. Wir werden daher eine Saarländische Energieagentur gründen mit dem Ziel, Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen intensiv zu beraten über Maßnahmen und Strategien für mehr Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie zu beraten hinsichtlich der vielfältigen Förderungsmöglichkeiten in diesem Bereich.

☐ **Für eine Energiewende mit sozialer Komponente:** Private wie industrielle und gewerbliche Verbraucher dürfen durch die Energiepreisentwicklung nicht überfordert werden. Daher kämpfen wir für die längst überfällige Senkung der Stromsteuer auf das von der EU festgelegte Mindestmaß von 0,1 Cent/kWh. Auch die EEG-Umlage beim Strom muss schneller als vorgesehen abgeschafft werden. Zusätzlich fordern wir eine zeitlich begrenzte Absenkung der Mineralölsteuer. Wir wollen eine Erhöhung der Pendlerpauschale erreichen.

☐ **Unser Klima-Bonus-Programm – Wärmewende made in Saarland:** Mit dem „Klima-Bonus-Programm“ werden wir daher die saarländischen Bürgerinnen und Bürger umfassend finanziell unterstützen und motivieren, ihren eigenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Dies beinhaltet – in Ergänzung zu den Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) – eine eigene saarländische Förderung für umweltfreundliche Heizungen. Mit einem zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 10 Prozent der von der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude geförderten Kosten schaffen wir eine zusätzliche Dynamik in der Wärmewende des Saarlands. Bei Problemen von Eigentümerinnen und Eigentümern bei der Finanzierung sollen diese besonders unterstützt werden. So steigern wir die saarländische Sanierungsrate. Ziel ist eine Verdoppelung der Förderanträge beim Bund, von der Bürgerinnen und Bürger, die Saarwirtschaft, sowie die Umwelt profitieren werden.

☐ **Mehr klimaneutraler Strom aus heimischer Produktion:** Durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung und das Abschalten der letzten Kernkraftwerke bis Ende 2022 sind wir in hohem Maße von Wind- und Sonnenenergie und in geringerem Maße auch von der Biomasse als Hauptpfeiler unserer Stromversorgung abhängig. Hinzu kommt, dass die regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem und damit klimaneutralem Strom immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor für Industriebetriebe und Dienstleister wird. Daher müssen wir vor allem die Solarenergie und dort, wo eine konfliktfreie und umweltschonende Umsetzung möglich ist, die Windkraft weiter ausbauen; zugleich werden wir das Potential der Geothermie zur Erzeugung von klimaneutralem Strom auf saarländischem Boden nochmals prüfen.

☐ **Das Saarland zum Solarland machen:** Die angestrebte Erzeugung von grünem Wasserstoff, der Einsatz von Wärmepumpen für die Beheizung von Gebäuden und die weitere Verbreitung von Elektroautos werden dazu führen, dass wir in Zukunft deutlich mehr Strom benötigen werden als heute. Mit unserem „Klima-Bonus-Programm“ werden wir den Bau neuer Solaranlagen auf privaten Wohngebäuden fördern (sowohl Photovoltaik als auch Solarthermie), um das große Potential der vielen bestehenden Gebäude zu nutzen. Die Fördersumme zwischen 750 und

2.000 Euro richtet sich nach der Größe der Anlagen. Wir schaffen so eine zusätzliche Dynamik und machen das Saarland zum Solarland.

☐ **Die Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende mitnehmen:** Unsere Energieversorgung muss nicht nur klimafreundlich sein, sondern auch bezahlbar bleiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt nur, wenn er von den Bürgerinnen und Bürger mitgetragen wird. Deshalb wollen wir, dass die lokalen Gemeinschaften bei solchen Vorhaben nicht nur transparent informiert und beteiligt werden, sondern auch einen finanziellen Nutzen von der Erzeugung grünen Stroms haben. Dazu gehören für uns auch lokale oder regionale Genossenschaftsmodelle. Die Regelung des saarländischen Waldgesetzes, wonach auf historischen alten Waldstandorten im Staatswald nur in Ausnahmefällen Windräder errichtet werden dürfen, hat sich bewährt. Daher werden wir diese Regelung beibehalten. Auch auf Landesebene werden wir durch die Schaffung einer eigenen Landesgesellschaft die energiewirtschaftliche Nutzung unserer öffentlichen Liegenschaften vorantreiben und in die Energieerzeugung einsteigen.

☐ **Chancen der Digitalisierung im Energiesystem der Zukunft:** Das maßgeblich von saarländischen Akteuren getragene Forschungsprojekt „DesigNetz – Lösungen, Strategien und Impulse für das Energiesystem der Zukunft“ – hat gezeigt, dass neben dem Ausbau von Speichertechnologien die Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationsangebote entscheidend für das Gelingen der Energiewende ist. Als starker IT-Standort wollen wir hieran anknüpfen und uns dafür einsetzen, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen solche Innovationen nicht behindern, sondern aktiv fördern.

10.2. Gesunde Ernährung braucht regionale Landwirtschaft

☐ **Landwirtschaft und Klimaschutz:** Die Erfordernisse des Klimaschutzes (Reduzierung der Treibhausgase) einerseits wie auch der bereits deutlich spürbare Klimawandel (mehr heiße und trockene Sommer) stellen unsere Landwirtinnen und Landwirte vor eine große Herausforderung. Daher werden wir uns auf Bundesebene für eine stärkere CO2-Bindung im Boden (etwa durch Humusaufbau oder Einsatz von Pflanzenkohle) mit einer entsprechenden Honorierung einsetzen (Zertifikate-Handel). Wir werden darüber hinaus eine Beratungsstelle „Landwirtschaft im Klimawandel“ bei der Landwirtschaftskammer oder im zuständigen Ministerium einrichten mit dem Ziel, die Landwirtinnen und Landwirte bei der Bewältigung dieser Herausforderung zu unterstützen.

☐ **Landwirtschaft und Umweltschutz:** Im Umgang mit der Natur treffen immer wieder unterschiedliche Auffassungen über Nutzung, wirtschaftliche Interessen, Naturschutz und Freizeitgestaltung aufeinander. Wir stehen weiterhin für einen offenen, konstruktiven Dialog und treten als christliche Partei für Nachhaltigkeit und den fairen Ausgleich der Interessen von Landwirtschaft, Jagd, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sowie den Organisationen des Naturschutzes ein.

☐ **Landwirtschaft und heimische Lebensmittel:** Um regional produzierte Lebensmittel noch stärker in den Alltag zu integrieren, werden wir uns gemeinsam mit den saarländischen

Kantinen – ob an Hochschulen, in Betrieben oder der Verwaltung – zum Ziel setzen, möglichst zu 100 Prozent regional produzierte Lebensmittel zu verarbeiten. Des Weiteren wollen wir an Rastanlagen Verkaufsautomaten für Lebensmittel und Getränke für die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bereitstellen.

- ☐ **Landwirtschaft und Ernährung:** Wir wollen die Ernährungs- und Verbraucherbildung stärken. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Schulen, denn das spätere Essverhalten wird oft früh einstudiert. Die „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ leistet ebenso wie die „Vernetzungsstelle Seniorenernährung“ einen entscheidenden Beitrag zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung.

- ☐ **Landwirtschaft und Ökolandbau:** Wir wollen bäuerliche Landwirtschaft mit leistungsfähigen Familienbetrieben – ganz gleich, ob diese Betriebe konventionell oder ökologisch wirtschaften. Die Förderung des Ökolandbaus soll unter der Prämisse des Marktgeschehens (Nachfrage nach Bioprodukten) beibehalten werden und, falls erforderlich, weiter ausgebaut werden. Keinesfalls soll es zur Konkurrenz zwischen den Bewirtschaftungsformen kommen. Zusätzlich setzen wir uns für eine Vereinfachung ein, Teilbereiche der Betriebe umzustellen.

- ☐ **Landwirtschaft und Benachteiligung:** 96% der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind im Saarland von Natur aus benachteiligt. Hier setzen wir uns für eine wesentlich stärkeren Ausgleich ein, um die Wettbewerbsnachteile unserer Landwirte sowie die Primärproduktion regionaler Lebensmittel zu stärken.

- ☐ **Landwirtschaft und Flächenverbrauch:** Das Saarland ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Dauergrünland. Auch den Anteil von naturschutzrechtlich als wertvoll eingestuftem Grünland wollen wir erhalten. Damit werden unsere Biodiversitätsziele erreicht. Es muss aber in der landwirtschaftlichen Praxis unbürokratisch möglich sein, naturschutzrechtlich nicht wertvolles Grünland in Einzelfällen einer anderen Nutzung zu überführen.

10.3. Waldschutz durch eine ausgewogene Waldnutzung

- ☐ **Den Wald als Ökosystem schützen**: Das Saarland ist eines der waldreichsten Bundesländer; Laub-, Nadel- und Mischwälder wachsen auf 93.500 Hektar und bedecken rund 39% der Landesfläche. Im Bundes- und im Landeswaldgesetz sind die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gesetzlich verankert, die durch eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern sind. Darüber hinaus übernimmt der Wald wichtige Funktionen als Wasserspeicher und Bodenschützer und bietet Lebensraum für viele Arten von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Flechten, Bakterien und anderen Lebewesen. Zudem ist der Wald ein Ort der Erholung mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Damit auch zukünftige Generationen von einem funktionsfähigen und intakten Wald profitieren können, gilt es dieses sensible und fragile Ökosystem in besonderem Maße zu schützen. Daher treten wir für eine verstärkte frühkindliche Umweltbildung ein, um das Verständnis für eine nachhaltige Waldnutzung bereits im Kindesalter zu wecken.

☐ **Für eine naturnahe Waldbewirtschaftung:** Drei Dürresommer hintereinander und massive Schäden durch den Borkenkäfer, dazu die Belastungen durch die Erderhitzung – all dies hat uns bewusst gemacht, wie unverzichtbar, aber auch wie verletzlich unser Wald ist. Deshalb werden wir die grundsätzlich bewährte, naturnahe Bewirtschaftung des Staatswaldes konsequent fortführen, aber noch stärker als bisher strikt an dem Ziel ausrichten, Stabilität und Widerstandsfähigkeit unserer Waldökosysteme zu erhalten und wo immer möglich auch als Senke und Speicher für CO2 zu stärken. Des Weiteren werden wir uns im Bund dafür einsetzen, dass die CO2-Speicherleistung des Waldes entsprechend finanziell durch Zertifikate honoriert wird. Basis dafür ist ein gesundes, lebendiges Bodenleben. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt im Staatswald in Laub- und Mischwaldbeständen die Holzernte durch schwere Erntemaschinen verringern und uns für einen verstärkten Einsatz von technisch modernen, angepassten baum- und bodenschonenden Ernteverfahren einsetzen.

☐ **Waldschutz ist Klimaschutz**: Die 2019 durch die CDU-geführte Landesregierung umgesetzte und hinlänglich bewährte Regelung zum Schutz historisch-alter Waldstandorte werden wir beibehalten. Bei der Wiederbewaldung von zerstörten Waldflächen richten wir uns prioritär an dem Ziel aus, stabile, klimaangepasste Waldbestände zu begründen und berücksichtigen dies auch bei der Baumartenwahl. Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass Waldbesitzer dafür honoriert werden, wenn sie mit ihrer naturnahen Waldbewirtschaftung nachweislich und dauerhaft CO2 in ihren Waldbeständen binden.

☐ **Insektenschutz intensivieren:** Das von der CDU-geführten Landesregierung gestartete Insektenmonitoring muss stetig ausgebaut und aktualisiert werden, da es breit gefächerte Naturschutzziele verfolgt. Insekten übernehmen aufgrund ihrer enormen Vielfalt und Masse essenzielle Schlüsselfunktionen in Ökosystemen. Sie sind unverzichtbar für das menschliche Leben, indem sie zum Beispiel den Großteil unserer Nutzpflanzen bestäuben und wesentlich zur Fruchtbarkeit der Böden beitragen. Die Beobachtung dient der gezielten und fortlaufenden Ermittlung, Beschreibung und Bewertung des Zustands von Natur und Landschaft und ihrer Veränderungen einschließlich der Ursachen und Folgen dieser Veränderungen. Deswegen werden wir die bestehenden Blühflächenprojekte der Kreise, Kommunen und privaten Akteure sowie beispielsweise der Landesentwicklungsgesellschaft oder der Kreisjägerschaften durch Förderprogramme unterstützen. Auf kommunaler Ebene soll dabei das Ziel erreicht werden, ungenutzte Gemeindeflächen grundsätzlich zu Blüh-, Baum- und Strauchflächen umzuwandeln, die dem Insekten- und Artenschutz dienen. Diese Projekte können lokal auch pädagogisch begleitet werden.

☐ **Jagd und Fischerei als Formen des Naturschutzes:** Wir bekennen uns zur besonderen Bedeutung von Jagd und Fischerei für den Naturschutz in unserer Heimat. Gerade für die Artenvielfalt leisten diese einen unersetzbaren Beitrag. Durch Hege und Pflege aber auch durch zahlreiche Artenvielfaltsprojekte sind sie vor Ort wesentliche Akteure der Biodiversität in unserer Heimat. Gerade Blühflächen machen aber im Sinne einer Stärkung des Vorkommens von Arten wie dem Feldhasen oder dem Rebhuhn nur Sinn, wenn sie mit einer Verbesserung der rechtlichen Möglichkeiten der Fuchs- und Rabenvögelbejagung einhergehen. Dafür werden wir uns für eine Vereinfachung des Prädatorenmanagements stark machen.

10.4. Wasser – ein wertvoller Bodenschatz!

- ☐ **Wasser ist wertvoll:** Das Saarland sitzt auf einem Schatz, um den uns viele andere Regionen beneiden: Trinkwasser von höchster Qualität, das zu 96 Prozent aus reinem Grundwasservorkommen stammt. Wir werden diesen „Bodenschatz“ bestmöglich vor Beeinträchtigungen schützen und nur nachhaltig nutzen. Dieses Trinkwasser kann zudem einen wichtigen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten, nämlich zur Vermeidung von unnötigem Plastikmüll. Wir wollen eine Kampagne starten mit dem Ziel, die Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser in Kindergärten und Schulen, Firmenkantinen und öffentlichen Einrichtungen erheblich zu steigern. Auch auf öffentlichen Plätzen könnten Trinkwasserzapfstellen installiert werden. So vermeiden wir Plastikmüll und leisten einen kleinen, aber feinen Beitrag zum Klimaschutz, da Trinkwasser aus dem Hahn eine viel bessere Klimabilanz hat als Getränke in Plastikflaschen.

- ☐ **Öffentliche Wasserversorgung sichern:** Die Versorgung mit Trinkwasser von höchster Qualität ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Deswegen werden wir mögliche Auswirkungen auf das Grundwasser bei allen Fragen der Zukunft berücksichtigen und auch dafür Sorge tragen, dass es in den früheren Abbauregionen des Bergbaus zu keiner Verschlechterung kommt; wir wollen, dass in den vom Bergbau betroffenen Landesteilen bei einer rechtlich zulässigen Grubenflutung bis 320 m keine Gefährdung von Trinkwasserbrunnen eintreten kann. Zur Überprüfung der Grundwasserqualität werden wir weitere Messstellen einrichten, um die hohe Qualität unseres Trinkwassers auch in Zukunft vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sichern. Auch weiterhin gilt der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung. Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir ab. Wir sorgen für einen konstanten und bezahlbaren Preis unseres Wassers ein; der Rohstoff Wasser muss für jeden und jede und zu jeder Zeit verfügbar sein.

- ☐ **Hochwasserschutz als Gemeinschaftsaufgabe:** Wir setzten uns für die Entwicklung und Umsetzung von Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzepten in allen saarländischen Kommunen ein und werden die erforderlichen Maßnahmen nach Möglichkeit auch finanziell unterstützen. Darüber hinaus soll die Kartierung von Starkregen-Gefahrenzonen aktiv umgesetzt und mit den zuständigen Behörden und Hilfsorganisationen geteilt werden, um im Ernstfall Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

10.5. Neue Mobilitätskonzepte voranbringen!

- ☐ **Für ein vernetztes System der Mobilität:** Wir verstehen Mobilität ganzheitlich. Moderne Mobilität setzt auf sinnvolle und intelligente Verzahnung von Verkehrsträgern und kombiniert die verschiedenen Fortbewegungskonzepte miteinander. Dabei müssen die infrastrukturellen Anforderungen der wachsenden E-Mobilität von Anfang an mitgedacht werden. Zur Sicherstellung einer ununterbrochenen Nutzungskette müssen alle Angebote über ein digitales System miteinander kombinierbar, buchbar und bezahlbar sein. Wir sind für ein klimafreundliches Mobilitätskonzept, in dem sowohl der Individual- wie auch der öffentliche Verkehr ihre Stärken ausspielen können. Es geht für uns darum, ein Miteinander von PKW und

LKW, Fahrrad, Bussen und Bahnen und dem fußläufigen Verkehr zu organisieren und dafür die richtigen Weichen zu stellen.

☐ **Straßenverkehr:** Vollsperrungen von maroden Brückenbauwerken haben uns vielerorts vor Augen geführt, wie wichtig ein leistungsfähiges Straßennetz für unser Land, für die Wirtschaft und Pendlerinnen und Pendler ist. Deshalb werden wir die vorhandene, gute Straßeninfrastruktur im Saarland erhalten und sanieren. Dafür werden wir uns auch gegenüber dem Bund, der für unsere Autobahnen die Alleinzuständigkeit hat, stark machen und einsetzen. Es gibt allerdings einige wenige Neubauprojekte, die wir realisieren wollen, um beispielsweise die positive Entwicklung im ländlichen Raum voranzutreiben. So bleibt die Vollendung der Nordsaarlandstraße ein Ziel, an dem wir festhalten.

☐ **Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Das derzeitige Planungsrecht für Straßen ist auf neue Verkehrswege ausgerichtet. Dadurch dauert die Planung und Genehmigung neuer Autobahnbrücken – als Ersatz für bestehende marode Brückenbauwerke – viel zu lange. Das wollen wir ändern. Nach unserer Vorstellung müssen bei der Sanierung von Straßen und Brücken künftig andere Maßstäbe bei der Genehmigung („Planfeststellung“) angelegt werden beim Neubau von Straßen. Wir werden die Bundesregierung auffordern, hierfür Vorschläge zu machen.

☐ **Für einen attraktiven kundengerechten ÖPNV:** Der ÖPNV muss so attraktiv gestaltet sein, dass er den Kunden den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr erleichtert. Die Tarifreform 2021 für den saarländischen Nahverkehr, für die der Finanzminister einen zweistelligen Millionenbetrag bereitgestellt hat, war ein wichtiger Schritt, um die Nutzung von Bussen und Bahnen für Schülerinnen und Schüler sowie Berufspendlerinnen und Berufspendler, aber auch für alle, die nur gelegentlich mit Bus und Bahn fahren, attraktiver zu machen. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Neben einem verständlichen und attraktiven Tarifsystem braucht es eine bessere Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern, aber auch verlässliche digitale Fahrgastinformationen, einladende und sichere Bahnhöfe und Haltestellen und ein leistungsfähiges und frei zugängliches WLAN in allen Bussen und Bahnen. Hierzu gehört auch der gezielte Ausbau der Saarbahn auf weiteren Strecken (z. B. Saarbrücken-Fürstenhausen-Großrosseln). Auch die Einführung eines 365€-Jahrestickets sowie eines entsprechend preisreduzierten Monatstickets streben wir perspektivisch an. Das Semesterticket für Studierende soll beibehalten werden, da es auf dem Solidaritätsprinzip beruht und außerdem dem ÖPNV verlässliche Einnahmen und eine zuverlässige Auslastung garantiert; die eigenverantwortliche Preisverhandlung durch die Studierenden selbst hat sich dabei grundsätzlich bewährt. Um all dies zu erreichen, muss aber zunächst das Angebot so ausgebaut sein, dass ein günstiger Preis nicht das alleinige Kriterium darstellt. Dafür ist auch eine gute Taktung notwendig. Ausgehend vom Deutschlandtakt sollen auch innerhalb unserer Landesgrenzen die öffentlichen Verkehrsmittel angepasst an die Fernverkehre und nachfolgend nach der Systembedeutung der Verkehrsmittel gegliedert, getaktet werden.

☐ **Attraktive Knotenpunkte schaffen:** Bahn- und Busknotenpunkte mit einer ausreichenden Zahl an PKW- und Fahrradstellplätzen und Ladestationen für die E-Mobilität animieren dazu, auf den ÖPNV umzusteigen oder zumindest Teilstrecken mit dem ÖPNV zurückzulegen. Unabdingbare Voraussetzung für die wichtige Vernetzung der unterschiedlichen

Verkehrsmittel ist die kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern in Zügen auch zu den Hauptverkehrszeiten. Hier fordern wir eine Nachverhandlung mit den Zugbetreibern. Ein weiterer wichtiger Baustein eines modernen Mobilitätskonzeptes ist nach unserer Auffassung – wenn die Coronapandemie überwunden ist – die klassische Fahrgemeinschaft. Hierbei sind bessere Infrastrukturen bei Park-and-Ride-Parkplätze sowie intelligente und digitale Lösungen zur Bildung (spontaner) Fahrgemeinschaften wichtig. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass P+R-Parkplätze sinnvoll mit dem öffentlichen Personennahverkehr verknüpft werden (etwa entlang der Saarbahn).

☐ **Mit smarten Daten das Angebot verbessern:** Datenschutz ist für uns ein wichtiges Anliegen, aber anonymisierte Mobilitätsdaten können helfen, Strecken und Angebote im ÖPNV bedarfsgerecht zu planen und das Angebot für alle Nutzerinnen und Nutzer zu verbessern. Die zur Verfügung gestellten GPS-Daten der Smartphones können dazu verwendet werden, vielbefahrene Strecken und Zeitfenster herauszulesen und ein nachfrageorientiertes und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger abgestimmtes ÖPNV-Angebot zu erstellen. Wir werden darüber hinaus prüfen, einen e-Tarif einzuführen, bei dem der Fahrgast sich mit seinem Smartphone bei Ein- und Ausstieg in Bus oder Bahn selbst automatisiert ein- und auscheckt und so problemlos das richtige Ticket löst. Für uns ist klar: die Chancen der Digitalisierung müssen jetzt genutzt werden, damit Bus- und Bahnfahren noch flexibler, kundenfreundlicher und nachhaltig einfach wird.

☐ **ÖPNV mit einem Klick auf einen Blick:** Neue Wege zu beschreiten, bedeutet zugleich aber auch den ÖPNV zukunftssicher aufzustellen und durch digitale Möglichkeiten zugänglicher zu machen. Die Einführung einer Plattform-Lösung, auf der auch das vorhandene Mobilitätsangebot übergreifend gebündelt wird, ist für uns überfällig, um Routenplanung sowie Ticketbuchung und -bezahlung ohne Brüche und viel Aufwand digital durchzuführen. Mittels Open-Data-Technologie sollen auch weitere, überregionale Mobilitäts-Angebote angebunden werden. Eine innovative Digitalisierung würde weitere innovative Serviceangebote und mehr Komfort für die ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer ermöglichen. Dazu gehören digitale Anzeigetafeln an den Haltestellen ebenso wie Echtzeitdaten zur aktuellen Position von Bussen und Straßenbahnen. Längst überfällig ist für uns die Einrichtung stabiler und leistungsfähiger W-LAN-Angebote in allen Bahnen. Das macht die ÖPNV-Nutzung auch für Berufstätige attraktiv, die nicht komfortabel mobil sein, sondern auch mobil arbeiten wollen. Hierfür werden wir ein Konzept erstellen. Und: wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung aller verantwortlichen Entscheider, um das Problem der „letzten Meile“ gemeinsam anzugehen.

☐ **Alltagsradverkehr stärken:** Fahrradfahren ist durch den Boom der E-Bikes nicht nur klima- und umweltfreundlich, sondern oftmals auch eine schnelle und preiswerte Alternative zur Benutzung des Pkw. Für uns ist es deshalb entscheidend, gerade für den Alltagsradverkehr rasch und entschlossen vernünftige Vorausaussetzungen zu schaffen. Deshalb wollen wir das bestehende Radwegenetz gerade im Hinblick auf Alltagsradverkehr (wie Einkaufen und Weg zur Arbeitsstelle) zügig ausbauen und prüfen, wo der Bau von Radschnellwegen im Saarland sinnvoll wäre. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass die Sicherheit für Radlerinnen und Radler inner- und außerorts durch Markierungen, Beleuchtungsanlagen und übersichtliche Verkehrsführungen deutlich verbessert wird.

10.6. Tierschutz im Saarland – Achten wir auf unsere Mitgeschöpfe!

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe – das gilt für Nutztiere, für die wir ebenso Verantwortung tragen wie für Wildtiere oder die Tiere, die mit uns im Haushalt leben. Seit jeher lebt der Mensch von und mit Tieren. Ein achtsamer Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ist daher selbstverständlich. Die CDU Saar fühlt sich dem Tierschutz schon lange verbunden. So wurde zu ihrer Regierungszeit im Jahr 2001 – auf Initiative des damaligen Umweltministers Stefan Mörsdorf – die Tierschutzstiftung Saar gegründet. Im Jahr 2014 wurde durch die, von der CDU-geführten Landtagskoalition der erste Tierschutzbeauftragte des Saarlandes berufen. Für die kommende Legislaturperiode wollen wir folgende Maßnahmen vorsehen:

- Nach § 17 Tierschutzgesetz sind quälerische Misshandlung und ungerechtfertigte Tötung von Tieren eine strafbare Handlung. Wir setzen uns dafür ein, dass „schlechte Tierhaltung“ als Begriff im Ordnungsrecht normiert wird und geahndet werden kann.
- Wir wollen mit den Landkreisen und Kommunen die Zielsetzung einer Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht von freilebenden Katzen und Katzen mit Freigang erzielen. Dafür wollen wir die Möglichkeiten der Tierschutzstiftung Saar nutzen und zusätzliche Landesmittel einsetzen.
- Die Kommunen im Saarland erheben eine Hundesteuer. Wir wollen ein Programm aufsetzen, in dem Hundehalterinnen und Hundehaltern, die ihre Hunde aus einem Tierheim oder auf Vermittlung eines Tierschutzvereins erwerben, die Hundesteuer für zwei Jahre erlassen wird. Dazu werden wir die Kommunen mit Landesmitteln unterstützen.

11. Zusammenhalt in einem solidarischen Saarland – Wir sorgen dafür!

☐ **Solidarität in verlässlichen Versorgungsstrukturen:** Die Corona-Pandemie hat unser Gesundheitswesen vor enorme Herausforderungen gestellt. Im Rahmen der Pandemiebewältigung haben wir sowohl die Stärken als auch die Schwächen des bestehenden Versorgungssystems kennengelernt. Wir haben gelernt, dass wir uns nicht allein auf das übergroße Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsverwaltung verlassen dürfen; wir haben gelernt, dass wir unsere Versorgungskapazitäten überprüfen, weiterentwickeln und wesentlich besser als bisher miteinander vernetzen müssen. Unser Anspruch: Wir wollen nicht nur ein pandemie-, sondern auch ein demografietaugliches Gesundheitssystem mit einer hohen Versorgungsqualität – auch im ländlichen Raum.

☐ **Zusammenhalt in einer inklusiven Gesellschaft:** Unser Leitbild ist eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Eine Gesellschaft, in der Rücksicht aufeinander genommen wird. Eine Gesellschaft, in der jeder und jede mitgenommen und integriert wird, sofern und soweit dies gewünscht wird. Die Humanität unserer Gesellschaft bemisst sich für uns am menschenwürdigen Umgang mit denjenigen, die wegen Alter, Armut, Krankheit oder Behinderung nicht jedem Anspruch der Leistungsgesellschaft genügen. Für uns gilt: der Markt allein schafft noch keine Gerechtigkeit, auch der Staat ist gefragt. Deshalb sorgen wir mit unserer Sozial- und Generationenpolitik dafür, dass der Zusammenhalt nicht auf der Strecke bleibt – gerade im Umgang mit den Schwachen in unserer Gesellschaft!

☐ **Schaffung einer Koordinierungsstelle für soziales Ehrenamt und Entwicklung von Fördermöglichkeiten und Förderprogrammen:** Die vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land und gerade aktuell wichtiger denn je. Vielfach haben sich die ehrenamtlich Tätigen bereits zur Interessensbündelung und zum Erfahrungsaustausch zusammengeschlossen. Um dies auch im sozialen Bereich zu verbessern, soll eine Koordinierungsstelle geschaffen sowie die Entwicklung und der Ausbau von Fördermöglichkeiten weiter vorangetrieben werden.

☐ **Deutschlands modernste und digitalste Heimaufsicht:** Im Rahmen der Qualitätssicherung in stationären Pflegeeinrichtungen ist die Rolle der Heimaufsicht als bedeutender Akteur der externen Qualitätssicherung einzustufen. Um eine dauerhaft hohe Qualität der Betreuung unserer älteren und pflegebedürftigen Saarländerinnen und Saarländer zu gewährleisten, werden wir die Heimaufsicht nicht nur personell aufstocken, sondern auch zu einer modernen Beratungs-, Prüf- und Aufsichtsbehörde weiterentwickeln. Die Arbeit der Heimaufsicht soll zukünftig stärker von Beratung und Dialogorientierung bestimmt sein – mit der Chance auf einen Vertrauensgewinn bei den Einrichtungen und für eine hohe bzw. bessere Lebensqualität in den Heimen. Wir setzen uns außerdem für personelle Kontinuität mit langfristig angelegtem Kompetenzerwerb in der Heimaufsicht ein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dabei digital arbeiten. Das schafft Transparenz und Effizienz.

☐ **Weg mit Barrieren – Schaffung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit:** Bei fast jedem vierten Menschen im Saarland ist eine Behinderung festgestellt; noch weitaus mehr Menschen leiden

an Einschränkungen unterschiedlicher Art und Schwere. Für all diese Menschen wollen wir eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe am täglichen Leben gewährleisten. Ein Schlüsselelement für diese erfolgreiche Teilhabe ist die Umsetzung von Barrierefreiheit. Diese betrifft ein breites Feld, das von barrierefreiem Bau über zugängliche Verkehrsmittel bis zu barrierefreien Online-Angeboten reicht. Um die Umsetzung der Barrierefreiheit zielführend zu begleiten, muss dabei im Land ein fundiertes Beratungs- und Koordinierungsangebot bereitgestellt werden – für die Betroffenen selbst, aber auch für all jene, die die Barrierefreiheit praktisch umsetzen. Dazu soll am Sozialministerium eine kompetente Fachstelle für Barrierefreiheit eingerichtet werden, um so die Inklusion im Land einen wichtigen Schritt voranzubringen.

11.1. Gesundheitsversorgung im ambulanten und im stationären Bereich

- ☐ **Flächendeckende ärztliche Versorgung:** Die beschleunigte Weiterentwicklung einer zukunftstauglichen, modernen Gesundheitsversorgung im ländlichen und städtischen Raum ist für uns eine zentrale Konsequenz aus der Corona-Pandemie. Hierfür brauchen wir ein abgestuftes und vernetztes Gesundheitsversorgungskonzept, das die Möglichkeiten der Telemedizin und der digitalen Vernetzung gezielt nutzt. Im Rahmen eines langfristig tragfähigen Landeskrankenhausplanes werden wir die stationären und ambulanten Angebote optimal miteinander vernetzen und mit neuen innovativen Versorgungskonzepten verbinden. Wir garantieren eine passgenaue Gesundheitsversorgung auf medizinisch höchstem Niveau, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Durch die Einführung der Landarztquote sowie dem Ausbau der Kooperation mit der stationären Hochleistungsmedizin wurden in der vergangenen Legislaturperiode bereits wichtige Meilensteine zur langfristigen Sicherstellung hochwertiger ambulanter und stationärer Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen gelegt. Die Menschen im städtischen wie im ländlichen Raum müssen eine zeitnahe und professionelle Erstversorgung erhalten und im akuten Bedarfsfall schnellstmöglich einem stationären medizinischen Zentrum zugeführt werden. Dazu stellen wir für die nächsten 15 Jahre insgesamt 840 Millionen Euro Investitionsförderung zur Verfügung.

- ☐ **Zukunft der Pflegeinfrastruktur besser planen:** Mit dem Pflegeinfrastrukturbericht, dessen Erstellung bereits in Planung ist, soll die Pflegeplanung im Saarland nachhaltig und zukunftsfest weiterentwickelt werden. Personal- und Raumbedarfe sollen aufgrund eines Planungsgutachtens prognostisch ermittelt und geplant werden. Das schafft Versorgungssicherheit. Der Bedarf an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen ist anhand der Anzahl der Pflegebedürftigen zu eruieren, und wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot entsprechend ausgebaut und verbessert wird.

- ☐ **Neue innovative Versorgungskonzepte:** Um auch weiterhin eine möglichst hohe Qualität in der Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, brauchen wir kurz- und mittelfristig neue innovative Konzepte, insbesondere in der wohnortnahen medizinischen und pflegerischen Versorgung. Dafür sollen in jeder Kommune medizinische Versorgungszentren eingerichtet werden, die sektorübergreifend die ambulante und teilstationäre Grundversorgung, verbunden mit einer Notfall- und Erstversorgung, übernehmen. Diese sind mit Haus- und

Fachärzten sowie den Krankenhäusern unter Nutzung sämtlicher digitaler Möglichkeiten (Telemedizin) vernetzt. Einhergehen muss damit auch eine modernisierte Krankenhausplanung, die einer sektorübergreifenden Verzahnung im Sinne der Patienten und Patientinnen Rechnung trägt. Wir werden daher auch die Krankenhausplanung neu aufstellen, um eine sektorübergreifende flexible und vor allem qualitäts- sowie personalorientierte Planung zu etablieren.

☐ **Ärztinnen und Ärzte gewinnen, Potentiale nutzen – Fortschreibung der Landarzt- und Niederlassungsförderung:** Die ärztliche Versorgung muss im Saarland auch in Zukunft gesichert sein. Dazu wurden bis Ende des Jahres 2021 300.000 € in das Landarztförderprogramm und in Stipendien für angehende Landärztinnen und Landärzte investiert. Diese Programme werden wir fortschreiben und aufstocken. Ziel ist und bleibt es daher weiterhin, die Entscheidung für Hausärztinnen und Hausärzte, Fachärztinnen und Fachärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte im ländlichen Raum zu forcieren und Praxisgründungen und -übernahmen zu erleichtern, um auch in Zukunft eine flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau gewährleisten zu können.

☐ **Für einen guten Start ins Leben:** Dafür braucht es eine wohnortnahe Versorgung mit guten Geburtsstationen und ein verlässliches Netz an Hebammen. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit den Akteuren vor Ort ein.

☐ **Etablierung eines bedarfsgerechten Förderprogrammes „Kommunikation und Sprachverstehen“:** Fachkräfte sowohl aus dem akademischen als auch dem nichtakademischen Bereich, die Ausbildungen im Ausland absolviert haben und im Saarland arbeiten möchten, müssen im Sinne einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung unterstützt werden. Mehrere Kliniken im Saarland haben sich hier bereits hervorragend engagiert. Um diese Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten und auch Pflegekräften weiter erfolgreich auszubauen, ist es erforderlich, dass Sprachbarriere überwunden werden. Hierzu wird ein Förderprogramm „Kommunikation und Sprachverstehen“ eingeführt.

☐ **Qualität erfordert gute Aus- und Fachweiterbildungen – Etablierung einer bedarfsgerechten Ausbildungsstättenplanung:** Die grundlegenden gesetzgeberischen Änderungen in den nichtakademischen Gesundheitsfachberufen führen zu neuen zeitgemäßen Strukturen und Inhalten der Ausbildungen. Dies bedeutet aber auch höhere Anforderungen für die Pflegeschulen, Lehrenden, Auszubildenden, praxisanleitenden Personen und Praxisbegleiterinnen und Praxisbegleiter. So ist die neue Pflegefachkraftausbildung generalistisch ausgerichtet und zielt auf Kompetenzen, die für die Pflege von Menschen aller Altersstufen in verschiedenen Pflege- und Lebenssituationen sowie in unterschiedlichen Versorgungskontexten notwendig sind. Ebenso erfordern die Überführung der Hebammenausbildung zum dualen Hebammenstudium sowie die Etablierung der neuen Ausbildungen für die Anästhesietechnischen Assistentinnen und Assistenten, Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten sowie für die Medizinischen Technologinnen und Technologen angepasste Anforderungsprofile insbesondere in der Ausbildung. Diese Veränderungen nutzen wir und etablieren eine umfangreiche und bedarfsgerechte mittelfristige Ausbildungsstättenplanung mit einer differenzierten

Bedarfsanalyse. Diese Analyse hat auch die erforderlichen Fachweiterbildungen zu umfassen. Dabei kommt der Intensivpflege in ihren unterschiedlichen Formen ein besonderes Gewicht zu, denn in der Pandemie hat sich ihre Bedeutung klar herauskristallisiert. Aber auch Fachweiterbildungen, wie z. B. in der Schmerztherapie oder Gerontopsychiatrie, gewinnen zunehmend an Bedeutung, sodass weitere Formate zu entwickeln sind, um unterschiedliche Bedarfe abdecken zu können.

☐ **Krisenfeste medizinische Versorgung:** Um auch bei künftigen pandemischen Lagen oder anderen medizinischen Notsituationen schnell und gezielt reagieren zu können, zentralisieren wir die Beschaffungs- und Lagerungsstruktur der saarländischen Kliniken. Hierzu zählt vor allem der Ausbau eines Zentrallagers, das an der Universität des Saarlandes bzw. im Rahmen einer Vernetzung der verschiedenen Klinikträger nach neuesten logistischen, technischen und digitalen Gesichtspunkten entstehen soll.

☐ **Digitalisierung im Gesundheitswesen:** Das Gesundheitssystem der Zukunft wird vernetzt arbeiten und die unterschiedlichen Akteure in der Gesundheitsversorgung auch digital zusammenbringen. Deshalb wollen wir die hier ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen der IT-Branche mit Weltrang gewinnen, um aus dem Saarland heraus und für das Saarland eine umfassende Strategie zur Nutzung digitaler Möglichkeiten bei der Patientenversorgungen (eHealth) unter Einbezug aller relevanten Akteure zu erarbeiten; diese neue digitale Infrastruktur benötigt allerdings auch eine teilweise Neubewertung des Datenschutzes in diesem Bereich, um – neben den höchsten Sicherheitsstandards bei sensiblen Daten – auch die nötige Praxistauglichkeit und Nutzerfreundlichkeit zu gewährleisten.

☐ **Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD):** Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist nicht nur in Krisenzeiten ein zentraler Akteur des Bevölkerungsschutzes. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass eine ausreichende personelle Ausstattung ebenso unerlässlich ist wie moderne Kommunikationstechnik. Deswegen entwickeln wir im Rahmen des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst den ÖGD personell, strukturell und digital weiter und vernetzen ihn dauerhaft mit den Systemen des Katastrophenschutzes, um im Krisenfall abgestimmt reagieren zu können.

☐ **Versorgung mit Blutkonserven sichern – gleichberechtigte Spende ermöglichen:** In Deutschland herrscht zunehmend ein Mangel an Blutkonserven, der insbesondere in der demografischen Entwicklung begründet ist. Aber auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wird in besonderer Weise deutlich, wie sehr es auf jede einzelne Blutspende ankommt. Während deutschlandweit jedes Jahr rund 100.000 aktive Blutspenderinnen und Blutspender durch Erreichen der Altersgrenze oder Krankheit wegfallen, steigt der Bedarf an Blutpräparaten mit wachsendem Anteil älterer Patientinnen und Patienten stetig an. Vor diesem Hintergrund stellt die Sicherstellung der regionalen Versorgung mit den überlebenswichtigen Blutpräparaten gerade auch im Saarland eine immer größer werdende Herausforderung dar. Die freiwillige und unentgeltliche Blutspende ist das Fundament dieser Versorgung, die wir weiter fördern und unterstützen wollen. Denn Spenderinnen und Spender helfen mit ihrer Spende Leben zu retten. Dabei haben die medizinische Sicherheit der gewonnenen Blutspenden und die Sicherheit der potentiellen Empfängerinnen und

Empfänger für uns höchste Priorität. Gleichzeitig unterstützen wir Bestrebungen nach einer gleichberechtigten Möglichkeit für potenzielle Spenderinnen und Spender, die wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität bislang ausgeschlossen oder zurückgestellt waren. Auch sie sollen in die Lage versetzt werden, einen gesellschaftlichen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Blutkonserven zu leisten. Ausschlüsse und Rückstellungen von der Blutspende sollen künftig nur noch aufgrund des individuellen Risikoverhaltens erfolgen dürfen.

11.2. Wertschätzung für eine systemrelevante Pflege

☐ **Qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung:** Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wird angesichts der Altersstruktur unserer Gesellschaft weiter zunehmen. Deshalb werden wir die Rahmenbedingungen für eine professionelle und menschenwürdige Pflege weiter verbessern: für das Pflegepersonal, die pflegebedürftigen Personen, genauso wie für pflegende Angehörige. Dazu setzen wir uns unter anderem für eine bessere Bezahlung, flexible Arbeitsmodelle und ein betriebliches Gesundheitsmanagement ein. Um die häusliche Pflege zu entlasten und zu unterstützen, werden wir unter anderem die Einführung eines Mindestlohns für ausländische Pflegekräfte prüfen und für diese Pflegekräfte einen rechtssicheren Status schaffen.

☐ **Fachkräftesicherung in der Pflege:** Eine hohe Pflegequalität, die entscheidend für alle Betroffenen ist, kann nur durch eine intensive Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen in allen Pflegeberufen garantiert werden. Dazu fordern wir, dass:

- die Bundesregierung ihre Versprechen hinsichtlich einer besseren Bezahlung in der Pflege einhält und bessere Arbeitsbedingungen schafft (zuverlässige Arbeitszeiten, flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliches Gesundheitsmanagement);
- unser saarländisches Modell der Pflegeassistenten-Ausbildung bundesweit anerkannt und in anderen Bundesländern implementiert wird;
- die Förderung niedrigschwelliger Einstiegsmöglichkeiten und hoher Durchlässigkeit nach dem Berufseinstieg erhalten und weiter ausgebaut wird;
- eine Attraktivitätssteigerung des Berufsbilds bewirkt wird – und zwar durch mehr Verantwortung (z. B. durch das Delegationsprinzip für ärztliche wie auch pflegerische Aufgaben) und eine Entlastung des Pflegepersonals von pflegefremden Tätigkeiten;
- das Angebot an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten weiter ausgebaut wird;
- die Möglichkeiten digitaler Kommunikations- und Kollaborationstechniken stärker als bisher im Pflegealltag genutzt werden sowie die Digitalisierung in den Pflege- und Gesundheitsberufen grundsätzlich zügig vorangetrieben wird.

☐ **Heilerziehungspflege stärken und fördern:** Um dem Bedarf an Fachkräften im Bereich Pflege und der Eingliederungshilfe gerecht werden zu können, werden wir neue Berufsbilder schaffen und die Zielgruppe für bestehende Berufe wie z. B. den des Heilerziehungspflegers vergrößern. Daher soll durch die Neuschaffung der dualen Ausbildung des Heilerziehungspfleger-Assistentinnen und -Assistenten eine berufsbegleitende Ausbildung mit einer adäquaten Vergütung neu geschaffen werden. Dabei ist eine Durchlässigkeit zum Beruf des Heilerziehungspflegers beziehungsweise der Heilerziehungspflegerin zu gewährleisten, um

eine Aufstiegschance durch Weiterbildung bieten zu können. Wir werden außerdem die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und fortschreiben, um auch neue Berufsbilder als Fachkräfte in der Pflege und der Eingliederungshilfe anzuerkennen.

☐ **Für eine faire Auslandsanwerbung von Pflegekräften:** Mit der Einrichtung der Deutschen Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFa) hat die saarländische Landesregierung den Weg zu einer fairen und nachhaltigen Auslandsanwerbung von Fachkräften mutig beschritten; in diesem Rahmen werden wir die erfolgreiche Akquise ausländischer Fachkräfte im Gesundheitswesen und die Integrationsangebote für ausländische Pflegekräfte weiter ausbauen.

☐ **Fachkräftesicherung in der medizinischen Versorgung:** Neben wohnortnaher Versorgung liegt unser Fokus auf der Qualität der Gesundheitsdienstleistungen; dafür braucht es Investitionen und Innovationen mit Blick auf die Menschen im Gesundheitswesen. Wichtig sind für uns:

- Sicherstellung der allgemeinmedizinischen Versorgung in der Fläche: Wir setzen unser Hausärzteprogramm fort, um jungen Medizinerinnen und Medizinern attraktive Möglichkeiten zu bieten, vor Ort und mit Heimatbezug in den Kommunen tätig zu werden. Unser Ziel ist zumindest ein Hausarzt in jeder Gemeinde sowie die
- Ausweitung von Studienplätzen im Saarland: Um Nachwuchsprobleme von vorneherein auszuschließen, weiten wir die Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte sowie für Zahnärztinnen und Zahnärzte an der Universität des Saarlandes und am Universitätsklinikum aus.

11.3. Mit Konsequenz für die Gleichberechtigung von Frauen

☐ **Einsetzung einer Landesgleichstellungsbeauftragten:** Wir fordern die Einsetzung einer unabhängigen Beauftragten für gleichberechtigte Teilhabe auf der Ebene der Landesregierung. Zu ihrem Aufgabenspektrum zählt die Zusammenarbeit mit Frauenverbänden und -organisationen sowie die Unterstützung und Beratung der kommunalen und behördlichen Frauenbeauftragten; sie soll aber auch Anlaufstelle für alle Unternehmen und Verbände der freien Wirtschaft sein. Das Ziel ist, Betriebe anzuregen, die Gleichstellungspolitik voranzutreiben und Gesetze wie etwa das Führungspositionsgesetz der Bundesregierung anzuwenden. Auch Berührungspunkte zum AGG könnten dargestellt werden (siehe auch § 20 LGG), um die Diskriminierung von Frauen in all ihren Erscheinungsformen transparent zu machen. Nicht zuletzt wollen wir, dass das LGG evaluiert und an den entscheidenden Wirkparametern angepasst wird.

☐ **Familien stärken, Partnerschaftlichkeit voranbringen**: Familien und die partnerschaftliche Aufgabenteilung sollen gestärkt werden. Die Partnerschaftsmonate beim Elterngeld sollen verlängert werden. Zudem brauchen wir mehr flexible Arbeitsmodelle: Unternehmen sollen privilegiert werden, die Gleitzeit, familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten mit der Möglichkeit auf Negativstunden und Homeoffice ermöglichen. Die Praxis des Verfalls von Guthabenzeiten zu bestimmten Zeiten ist unakzeptabel. Homeoffice ist

– je nach Tätigkeit und Umfang – eine ergänzende Möglichkeit, für Frauen wie für Männer, Berufs- und Familientätigkeit besser zu vereinbaren. Die positiven Erfahrungen, die im Zuge der Pandemie gemacht wurden, sollten beibehalten werden: entsprechende Beratungsangebote und Förderprogramme für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten bereitgestellt werden. Es ist wichtig, dass die Aufteilung der Erwerbsarbeit so erfolgen kann, dass sie sowohl familiengerecht als auch partnerschaftlich gestaltbar ist.

☐ **Frauen bringen die Digitalisierung voran**: Die Digitalisierung gelingt nur, wenn sie von Frauen und Männern gleichermaßen gestaltet wird. Das gelingt in vielen Bereichen noch nicht ausreichend. Deshalb müssen Angebote so gestaltet werden, dass sie Gleichberechtigung und damit den Einstieg für Frauen in den Digitalbereich erleichtern. So fordern wir spezielle Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramme für Frauen in der Digitalbranche. In Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Fachhochschulen und Universitäten sollen Codingprogramme und Digitalkompetenzinitiativen speziell für Mädchen und Frauen entwickelt und angeboten werden. Frauen sind bei Gründungen von Unternehmen intensiver und gezielter zu fördern, z. B. durch eine individuellere Beratung, den Aufbau von Netzwerken und stärkere finanzielle Unterstützung. Wir plädieren daher für eine Förderstrategie, die geschlechtsbezogene Barrieren im Kontext von IT-Gründungsvorhaben entschieden entgegentritt.

☐ **Mehr Mut zum Gründen**: Wir wollen Frauen verstärkt auf das Berufs- und Lebensmodell der selbständigen Existenzgründung aufmerksam machen. Nicht nur im Saarland, sondern deutschlandweit und auch in allen europäischen Ländern gründen deutlich mehr Männer als Frauen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Frauen an dem für Gründungen bestehenden Wagniskapital gleichberechtigt partizipieren und dass die Möglichkeiten der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung im Saarland deutlich verbessert werden. Eine zielgruppenspezifische Informations- und Motivationskampagne sollte erfolgreiche Beispiele und die Wege zur Gründung in Schule, Ausbildung und Studium sichtbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere in der Gründungsberatung mehr Frauen tätig sind, die auch als Vorbilder z. B. bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf argumentieren können.

☐ **Für eine höhere Frauenerwerbsquote:** Wir wollen die unterdurchschnittliche Frauenerwerbstätigenquote im Saarland deutlich erhöhen. Durch eine Verbesserung der Angebote zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf soll der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden. Hierzu bedarf es vor allem einer Erweiterung des Rückkehrrechts in Vollzeit. Darüber hinaus ist das geschaffene Landesprogramm „Frauen in Arbeit“ auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen und ggfls. nachzusteuern. Frauen sollen im Zuge dessen individuell beraten, unterstützt und gefördert werden.

☐ **Mehr Frauen in Führungspositionen, Gremien und Aufsichtsräten:** Wir setzen uns für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in Politik, Verwaltungen, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung von Frauen in den Gremien und Aufsichtsräten des Landes und die Festsetzung von unabweisbaren Zielgrößen mit dem Ziel der Parität.

☐ **Altersarmut von Frauen bekämpfen:** Gerade Frauen sind aufgrund ihrer Erwerbs- und Lebensbiografien besonders dem Risiko der Altersarmut ausgesetzt. Teilzeitarbeit, Brüche in der Erwerbstätigkeit im Zuge des Schulterns von Familien- und Pflegearbeit, Entgeltdiskriminierung sowie prekäre Beschäftigung sind hier die relevanten Faktoren. Im Zuge dessen haben gerade Frauen geringere Rentenansprüche als Männer. Indem stehen ihnen auch weniger Möglichkeiten zur Verfügung, betrieblich oder privat vorzusorgen. Gleichsam haben sie eine höhere Lebenserwartung und sind dadurch häufiger von Pflegebedürftigkeit betroffen. Wir halten es daher für erforderlich und machen uns stark für eine geschlechtergerechte Alterssicherungspolitik, welche die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen fördert und weiblichen Biografien entspricht.

11.4. Teilhabe und Inklusion von benachteiligten Menschen

☐ **Frühe Förderung ohne Brüche:** Frühförderstellen sind oftmals erste Anlaufstelle für viele Hilfs- und Beratungsangebote. Um Betroffenen diese Leistungen möglichst unkompliziert und wohnortnah anbieten zu können, setzen wir uns für eine Überführung von Frühförderstellen und Arbeitsstellen für Integration in ein gemeinsames System ein, um noch passgenauere Hilfen anbieten zu können. Da aber gerade die ersten Lebensjahre für Kinder von großer Bedeutung für die Entwicklung ihrer sozialen Kompetenzen sind, darf es keine „Brüche“ in der Betreuungsstruktur geben. Deswegen werden wir die Angebote integrativer Kindertageseinrichtungen weiter ausbauen, um einen inklusiven Umgang miteinander möglichst frühzeitig erlebbar zu machen.

☐ **Bessere Übergänge zwischen Förderschulen und Schulen:** Für eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der reibungslose Übergang zwischen Kindergarten und Schule von größter Bedeutung. Um hier die aktuelle Situation richtig bewerten und Verbesserungen einleiten zu können, brauchen wir Daten, die – unter Maßgabe des Datenschutzes – auf entsprechenden Untersuchungen, Tests und Dokumentationen beruhen. Die aktuelle Inklusionsverordnung soll auf der Grundlage der Erfahrungen aus der Schulgemeinschaft umfangreich evaluiert werden. Anschließend soll die Inklusionsverordnung dann überarbeitet bzw. angepasst werden. Basis für eine erfolgreiche Inklusion ist für uns eine fachkundige Diagnostik, die bereits in der Kita und im Übergang zur Grundschule ansetzt. Wir werden auch an den Förderschulen verlässliche Betreuungsstrukturen im Nachmittagsbereich und in den Ferien aufbauen.

☐ **Tagesförderstätten – Förderung auch nach der Schulpflicht:** Die Eigenständigkeit der Förderstätten im Saarland ist eine wesentliche Säule unseres bestehenden, qualitativ hochwertigen Förderangebotes. Beim weiteren Ausbau von Tagesförderstätten gehen wir daher diesen saarländischen Weg der Eigenständigkeit mutig weiter. Gleichzeitig entwickeln wir ein Modell, das im Saarland die Bundesagentur für Arbeit in die Organisation und Finanzierung der Förderstätten einbindet, um in den Einrichtungen beschäftigten Menschen u. a. den Aufbau von Rentenansprüchen zu ermöglichen.

☐ **Werkstätten als zentraler Aspekt der Teilhabe am Arbeitsleben:** Werkstätten ermöglichen Menschen mit Behinderung eine echte Teilnahme am Arbeitsleben. Deswegen unterstützen

wir den Ausbau differenzierter und in alle Richtungen durchlässiger Arbeitsplätze. An dieser Stelle bedarf es gerade auch für Menschen mit seelischen Behinderungen besonderer Beschäftigungsangebote, da diese oft keine Werkstätten für Menschen mit Behinderung besuchen können.

☐ **Angebote differenzierter Unterstützung und Pflege ausbauen:** Wir wollen die bereits vorhandenen Angebote der Unterstützung und Pflege von Menschen mit seelischer, geistiger oder körperlicher Behinderung und von pflegebedürftigen Menschen weiterentwickeln und diversifizieren. So wie sich die Gesellschaft mit ihren vielfältigen Lebensentwürfen, aber auch in ihrer Demografie verändert, so müssen sich auch lebensbegleitende Hilfsangebote und Konzepte zur Förderung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung an diese Veränderungen anpassen. Bestehende und bewährte Leistungsstrukturen sollen um personalisierbare Angebote erweitert, flexibilisiert und damit im Hinblick auf immer vielfältigere Lebensweisen im Sinne einer Binnendifferenzierung besser individualisierbar werden. Die entsprechenden Leistungen in Form ambulanter Assistenz und besonderer Wohnform sollen zudem verstärkt auf den jeweiligen lokalen Sozialraum ausgerichtet werden und mit den dortigen Lebens- und Wohnbedingungen in Einklang gebracht werden.

☐ **Stärkung der Berufschancen von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt:** Schwerbehinderte Menschen finden oft nur schwer Zugang zu Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Unser klares Ziel ist daher der Ausbau der Förderung von Integrationsarbeitsplätzen in Inklusionsbetrieben und eine deutliche Steigerung der Anzahl dieser Arbeitsplätze. Von erfolgreich praktizierter betrieblicher Inklusion profitieren alle, nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern gerade auch die übrigen Beschäftigten und die Unternehmen selbst. Deshalb wollen wir die aktuelle Aufklärungskampagne des Inklusionsamtes „Mich behindert nichts!“ fortführen und weiter aktiv für Beschäftigungsmöglichkeiten in regulären Betrieben und Unternehmen werben. Durch Beratung und attraktive Fördermöglichkeiten schaffen wir echte Inklusion im Arbeitsleben. Wir werden daher zudem eine stetige Weiterentwicklung der Initiative Inklusion mit Überarbeitung der bestehenden Angebote und einer zunehmenden Schaffung binnendifferenzierter und sozialraumorientierter Angebotsstrukturen vorantreiben.

☐ **Angebot differenzierter Wohnmöglichkeiten stärken:** Der Gedanke des inklusiven Wohnens soll auch bei neuen Wohnformen Berücksichtigung finden. Ziel muss ein deutlicher Ausbau barrierefreier bzw. behindertengerechter Wohnungen sein, auch für Seniorinnen und Senioren. Dies werden wir rechtlich verankern. Darüber hinaus geht es auch um die Frage, wie Menschen mit Behinderung durch die Nutzung technischer Möglichkeiten ein selbständiges Leben in gewohnter Umgebung bis ins Alter zu ermöglichen.

☐ **Digitalisierung nutzen, Verwaltung vereinfachen und Barrieren abbauen:** Die Digitalisierung bietet wie kein anderer Transformationsprozess enorme Chancen, die Verwaltung zu vereinfachen und damit auch Barrieren abzubauen. Besonders für Menschen mit Behinderung kann eine medienbruchfreie Ende-zu-Ende-Digitalisierung einen enormen Schritt in Richtung Eigenständigkeit bedeuten. Dem Landesamt für Soziales kommt als in diesem Zusammenhang wichtigste Anlaufstelle des Landes eine Schlüsselrolle zu. Im Leuchtturmprojekt Digitales Landesamt wollen wir dieser Bedeutung gerecht werden, indem wir das Amt in seiner

Aufgabenwahrnehmung besonders stärken und an dieser Stelle die Digitalisierung der Verwaltung pilotartig vorantreiben. Antragsverfahren sollen im Zuge dessen neugestaltet und an die Lebenssituationen der Menschen angepasst werden. So wollen wir erreichen, dass Menschen mit Behinderung einfach und schnell die Leistungen erhalten, die ihnen zustehen. Gleichzeitig soll die Verwaltungsvereinfachung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes erlauben, den Fokus mehr auf den Menschen, seine Begleitung und seine Beratung richten zu können.

11.5. Kinder- und Jugendschutz müssen höchste Priorität haben

- ☐ **Teilhabe und Partizipation von Kindern stärken:** Beteiligungsformate für junge Menschen sind, gerade auf kommunaler Ebene, ein wichtiges Instrument einer aktiven Bürgerbeteiligung. Ein Jugendbeirat auf kommunaler Ebene kann ein Instrument sein, aber auch offene Beteiligungsverfahren zur Vertretung der Interessen der jungen Generation in der Gemeinde können entwickelt und eingesetzt werden; dabei handelt es sich um Instrumente wie Jugendanhörungen, Jugendforen, Jugendkonferenzen oder projektbezogene Veranstaltungen. Die Gemeinden können ergänzend digitale Medien oder entsprechende Applikationen nutzen, um Beteiligungsprozesse mit Jugendlichen zu unterstützen und sie damit niedrigschwelliger und leichter durchführbar zu machen. Die Frage der Wahl der Formate und der Bindungswirkung soll sich weiterhin nach dem KSVG richten und den Gemeinderäten vorbehalten bleiben. Darüber hinaus werden wir uns für die Einrichtung eines saarländischen Landesjugendparlaments einsetzen, um junge Menschen an der politischen Willensbildung zu kinder- und jugendpolitisch relevanten Fragen zu beteiligen. Schülersprecherinnen und Schülersprecher aus allen Schulregionen des Landes sollen dabei Vertreterinnen und Vertreter im Landesjugendparlament sein.

- ☐ **Fachliche Unterstützung:** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen sind Schlüsselpersonen bei der Aufdeckung und Meldung von Vernachlässigung oder Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Sie haben damit die Chance, Kinder und Jugendliche frühzeitig zu schützen sowie geeignete Interventionen und notwendige Therapien zukommen zu lassen. Aus diesem Grund sind eine umfassende Aufklärung und Sensibilisierung genau wie eine fachliche Unterstützung zentral, um Kinder zu schützen. Wir wissen, dass Überforderung und unzureichendes Wissen dazu führen, dass Menschen sich erst gar nicht trauen hinzuschauen und zu intervenieren. Daher ist es wichtig, alle Berufsgruppen im Gesundheitssystem, die mit Kindern regelhaft in Kontakt kommen, zu schulen und für Anzeichen von Gewalt zu sensibilisieren.

- ☐ **Kinderschutzambulanzen**: Um Ärztinnen und Ärzte bei dieser schweren Aufgabe zu unterstützen, werden wir ein Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen aufbauen. Eine zentrale Rolle nehmen dabei auch Kinderschutzambulanzen ein. Sie bieten professionelle Hilfe beim Erkennen von Zeichen von Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder durch eine kindgerechte ambulante und stationäre Diagnostik von spezifischen Verdachtsfällen. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und einer Vernetzung im Hilfesystem sind Kinderschutzambulanzen ein wichtiger Baustein für

mehr Kinderschutz im Gesundheitssystem. Daher wollen wir eine möglichst wohnortnahe und flächendeckende Versorgung erreichen.

☐ **Niemand darf durchs Netz der Vorsorgeuntersuchungen fallen:** In der Vergangenheit wurde immer wieder öffentlich über Fälle berichtet, bei denen Kinder durch das Netz des Kinderschutzes gefallen sind, weil U- und J-Untersuchungen gar nicht wahrgenommen oder die Ärztinnen und Ärzte gewechselt wurden. Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz wurde auf Bundesebene daher der Weg für den interkollegialen Austausch auf Initiative der Bundesländer frei gemacht. Im Saarland werden wir das „Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung“ insoweit ergänzen, dass über das sechste Lebensjahr hinaus der verpflichtende Charakter von U-Untersuchungen verpflichtender ausgestaltet wird und auch die Möglichkeiten des interkollegialen Austausches zu Wohle der Kinder genutzt werden können.

☐ **Besserer Zugang zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz:** Erzieherische Angebote, insbesondere in den Bereichen Jugendpädagogik, Jugendmedienschutz, Gesundheitserziehung, Sucht und Kriminalität, Extremismus sowie Missbrauch und Vernachlässigung sind wichtiger Bestandteil gelungener Präventionsarbeit für Eltern, Kinder und Jugendliche. Diese Angebote bauen wir daher flankierend zu den bestehenden innerschulischen Präventionsangeboten vor allem im außerschulischen Bereich mit den etablierten Partnern weiter aus. Um dem Thema Kinder- und Jugendschutz einen noch größeren Wert im parlamentarischen Verfahren beizumessen, werden wir einen ständigen Ausschuss im Landtag des Saarlandes einrichten, der als Kinder- und Jugendkommission fungiert.

☐ **Für einen unabhängigen Präventions- und Missbrauchsbeauftragten:** Unabhängig von Alter und Geschlecht kann man Opfer einer Gewalttat werden. Die Erfahrung mit dem Untersuchungsausschuss „Verdachtsfälle von Missbrauch“ hat gezeigt, dass Kinderschutz und Opferschutz oftmals zusammenfallen. Opfer und ihre Angehörigen leiden oft noch jahrelang unter den Folgen. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, einen zuständigen Ansprechpartner zu haben, der sich den Anliegen der Betroffenen annehmen kann und diese bei ihrer Suche nach Hilfe betreut und unterstützt. Hierzu werden wir im Landtag einen unabhängigen hauptamtlichen Beauftragten beziehungsweise eine Beauftragte berufen. Für uns steht Opferschutz vor Täterschutz. Deswegen werden wir den geplanten Kinderschutzbeauftragten zu einem hauptamtlichen Schutzbeauftragten erweitern, der auch weitere Themen wie Opfer-, Patienten- und Zeugenschutz mitbearbeitet. Der Schutzbeauftragte soll insbesondere beratend tätig sein und den zuständigen Gremien und insbesondere dem Landtag regelmäßig über Verbesserungspotential berichten.

11.6. Neue Wege der Familienpolitik

☐ **Förderkulissen für Familien stärken:** Familie ist überall dort, wo Menschen zusammenleben und dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen! Auch wenn sich das Bild der klassischen Kernfamilie durch neue Formen des Zusammenlebens zu verändern scheint, werden in allen Familienverbünden wichtige Wertfundamente gelegt und Zusammenhalt

gelebt. Die bestehenden Fördermöglichkeiten im Saarland haben es in den vergangenen Jahren gerade jungen Familien ermöglicht, Wohnraum zu finden, um damit auf einem stabilen Fundament in das gemeinsame Familienleben zu starten. Allerdings werden noch immer nicht alle Mittel abgerufen. Daher überprüfen wir alle bestehenden Programme hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität. Ziel ist es, gerade Familien durch zielgerichtete und vereinfachte Fördermöglichkeiten den Weg ins Wohneigentum zu ermöglichen. Dazu richten wir zusätzlich eine digitale Informationsplattform ein, die nicht nur über diese Programme informiert, sondern auch Antragsstellerinnen und Antragssteller, kommunale Baubehörden, Bauträger und weitere Stellen vernetzt und eine durchgehende Antragsstellung ermöglicht.

☐ **Erholungszeit für Familien:** Damit saarländische Familien Abstand vom Alltag gewinnen und gemeinsam neue Kraft tanken können, fördern wir das ganze Jahr über Familienurlaube. Damit noch mehr Familien mit Kindern und geringem Einkommen Familienerholung verbringen können, werden wir das Förderprogramm stetig weiterentwickeln, den Lebenswirklichkeiten der Familien anpassen und die Mittel dementsprechend aufstocken.

☐ **Generationen digital zusammenbringen:** Wir wollen die Medienkompetenz sowie den Dialog der Generationen stärken. Mit den Virtuellen Mehrgenerationenhäusern schaffen wir Begegnungsräume und neue Kommunikationsmöglichkeiten für verschiedene Generationen im Netz und fördern dabei Digitalkompetenzen. Sie erweitern im Zuge der Digitalisierung das Leistungsspektrum der lokalen Mehrgenerationenhäuser ortsunabhängig. In 18 Kommunen haben wir bereits ein Virtuelles Mehrgenerationenhaus eingerichtet. Mit dem Ziel, Generationen zu verbinden und interaktive Kommunikationsmöglichkeiten zu erweitern, werden wir gemeinsam mit der Landesmedienanstalt und dem Mediennetzwerk SaarLorLux e. V. dafür Sorge tragen, dass die Virtuellen Mehrgenerationenhäuser flächendeckend ausgebaut und etabliert werden.

☐ **Leben im Alter:** Es ist insbesondere die ältere Generation, die in den lokalen und auch in den familiären Bereichen einen wesentlichen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Miteinander leisten. Wir sorgen dafür, dass ältere Menschen möglichst lange ein unabhängiges und eigenverantwortliches Leben führen können und so lange wie möglich zu Hause leben können. Hierzu werden wir Unterstützungs- und Förderangebote entwickeln. Als Orientierung und Leitfaden dient der Masterplan „Aktives Alter und gesellschaftliche Teilhabe“.

☐ **Jugend und Jugendverbandsarbeit stärken:** Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit sind wichtige Säulen der Gesellschaft, denen eine besondere Bedeutung zur Stärkung Entwicklung und Selbstbestimmung junger Menschen zukommen. Kinder und Jugendliche brauchen Gelegenheiten zum sozialen Lernen und Erholungsangebote. Hierzu werden wir Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendarbeit, der Kinder- und Jugenderholung sowie günstige Ferien- und Wochenendfreizeiten und Jugendbegegnungen ermöglichen. Für die Förderung, Ferienfreizeiten und die außerschulischen Angebote werden wir daher die Förderbeiträge in diesem Bereich langfristig anheben und verstetigen, damit künftig eine höhere und bedarfsgerechtere Förderung der Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht wird. So können, unter Nutzung bereits vorhandener Strukturen, zeitgemäße Angebote geschaffen und die Angebote von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend und von anderen Trägern der Jugendarbeit langfristig gesichert werden. Die wichtige Jugendarbeit in den saarländischen

Vereinen, die an der Basis mit hohem ehrenamtlichem Engagement geleistet wird, haben wir mit der Förderung von Jugendbildungsreferentenstellen strukturell gestärkt und qualitativ weiterentwickelt. Die Zahl der geförderten Jungendbildungsreferentenstellen wurde in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und von sieben Stellen in 2017 auf heute elf Stellen angehoben. Wir werden dafür sorgen, dass die Anzahl der Jugendbildungsreferentenstellen weiter angehoben wird und somit die passgenaue und bedarfsgerechtere Förderung der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet ist.

☐ **Ausbau struktureller Angebote für Familien im ganzen Land:** Wir werden die Förderung von Kooperationen von institutionellen Angeboten im Sinne der frühkindlichen Bildung (Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) sowie von Schulen mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen in unserer Gesellschaft noch stärker verknüpfen. Deswegen fördern wir vernetzte Angebote in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite und weiteren Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft und werden digitale Angebote wie die Familien-App und die Informationsangebote der Service- und Kompetenzstelle Familie ausbauen.

☐ **Innovative Konzepte des Zusammenlebens fördern:** Zeit mit der Familie zu verbringen, ist ein kostbares Gut! Deswegen setzen wir uns für eine Familienarbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige ein, um das bestehende Konzept der Zeitwertkonten noch praktischer und nutzerfreundlicher zu machen. Wer Zeiten angespart hat, soll die Möglichkeit erhalten, diese ohne echte finanzielle Nachteile für Familien oder Betreuung einzusetzen. Außerdem brauchen wir flexible Unterstützungsangebote im Bereich der häuslichen Pflege. Wir wollen hier gezielt Modellprojekte fördern, die das Zusammenleben pflegebedürftiger Angehöriger mit der pflegenden Familie erleichtern. Dazu gehören z. B. spezielle Einrichtungen für gemeinsame Urlaubsaufenthalte von pflegebedürftigen Angehörigen mit der pflegenden Familie. Beim Ausbau entsprechender Betreuungsplätze, -angebote und -lösungen setzen wir uns dafür ein, durch eine gemeinsame Bezuschussung von Bund und Ländern massive Beitragserhöhungen in den Pflegeversicherungen zu vermeiden.

11.7. Für ein tragfähiges Netz der Sucht- und Drogenpolitik im Saarland

☐ **Präventive Drogenbekämpfung:** Prävention ist weiterhin ein zentraler Bestandteil einer gelungenen Drogen- und Suchtpolitik. Wir setzen uns daher dafür ein, den Konsum von Drogen und Suchtmitteln jeglicher Art auch weiter nicht zu verharmlosen und auch künftig den Schwerpunkt auf Aufklärung und flächendeckende Präventionsangebote zu legen, insbesondere auch bei Kindern in suchtbelasteten Familien. Darüber hinaus werden wir die Beratungs- und Behandlungsangebote ausweiten und ein Substitutionszentrum einrichten, um den Mangel an Substitutionsärzten zu kompensieren. Um Synergieeffekte zwischen den vorhandenen Einrichtungen und Initiativen noch besser nutzen zu können, schlagen wir die Einrichtung eines Netzwerkes mit Unterstützung des Landes vor, um Träger und entsprechende Angebote aus den Bereichen der Wohnungslosen- und Suchtkrankenarbeit zusammenzubringen.

- **Beschäftigungsangebote für Suchtkranke:** Um suchtkranken Menschen eine Chance auf Beschäftigung und Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, werden wir gemeinsam mit den Trägern der Drogen- und Suchtberatung Möglichkeiten suchen, wo niedrigschwellig Beschäftigungsangebote geschaffen werden können. Darüber hinaus werden wir spezielle Wohnangebote für Substituierte, ältere Suchtmittelabhängige und Abstinenzunfähige sowie ein tagesstrukturierendes Angebot für suchtmittelabhängige Erwachsene unterstützen. Diese Angebote sollen darüber hinaus auch Menschen zugutekommen, die unter Spielsucht leiden. Am Drogenhilfezentrum in Saarbrücken werden wir in einem Modellprojekt eine Möglichkeit schaffen, Drogen auf eine über das übliche Maß hinausgehende Gefährdung prüfen zu lassen, um ggf. gravierendste gesundheitliche Schädigungen durch einen Konsum dieser Drogen verhindern zu können.

12. Ein starkes Saarland in einem souveränen Europa – Wir sorgen dafür!

☐ **Unsere starke Verbindung zur Großregion und zu Europa:** Ohne europäischen Zusammenhalt, ohne starke und selbstbewusste Vertretung unserer Interessen in Brüssel und Berlin sind wir als Bundesland nicht erfolgreich. Gerade als Grenzregion haben europäische Entscheidungen konkrete Bedeutung für unser Leben in der Großregion. Unsere gewachsenen Freundschaften mit Frankreich, Luxemburg und Grand Est, aber auch die enge Abstimmung mit Luxemburg und Belgien gehören zu den Fundamenten unserer Politik. Die enge Abstimmung innerhalb der Großregion, aber auch die Mehrsprachigkeit im Rahmen der Frankreichstrategie sind für uns Herzensangelegenheit.

☐ **Unsere vitalen Interessen im Wirtschaftsraum Europa:** Die Transformation unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität wird nur im Rahmen eines europäischen Projektes („Green Deal“) gelingen. Unsere wettbewerbsfähige und beschäftigungsintensive Industrie braucht daher eine starke Interessensvertretung auf europapolitischer Ebene. Für Ministerpräsident Tobias Hans ist diese Herausforderung Chefsache! Den wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel im Sinne unseres Landes aktiv zu gestalten und dabei niemanden zurückzulassen ist für ihn eine der wichtigsten Aufgaben auf seiner europapolitischen Agenda. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dabei auf der europäischen Bühne als Anwalt der Interessen saarländischer Industrieunternehmen, Gewerkschaften und des Mittelstandes auftreten; sie erwarten zu Recht Planungssicherheit, realistische Vorgaben und Schutz vor unfairem Wettbewerb.

12.1. Für ein Europa mit Regeln und Werten

☐ **Gemeinsame europäische Stabilitätsverantwortung:** Für uns ist die Europäische Union das einigende Dach, unter dem in subsidiärer Eigenverantwortlichkeit die Kommunen, Bundesländer und Mitgliedstaaten ihren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten souverän nachkommen. Viele Menschen treibt jedoch die Sorge vor einer stetig steigenden Inflation um. Steigende Energie- und Rohstoffkosten, Lieferengpässe, nicht zuletzt aber auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), sind entscheidende Parameter dieses Anstiegs. Geldwertstabilität ist jedoch der genuine Auftrag der Europäischen Zentralbank, diesen Auftrag fordern wir ein! Wir werden daher im Rahmen unserer föderalen Möglichkeiten für einen gesamteuropäischen Konsolidierungskurs und für starke Stabilitätskriterien unserer gemeinsamen Währung eintreten. Eine Schuldenunion, die eine dauerhafte Verschiebung der Finanzierungskosten zulasten Deutschlands und damit indirekt auch zulasten des Saarlandes einführt, lehnen wir ab.

☐ **Gemeinsame europäische Wertegemeinschaft:** Die kurzfristigen Grenzschließungen im Zuge der Pandemie haben uns allen ins Bewusstsein gerufen, dass geschlossene Grenzen heutzutage ein Anachronismus sind. Unser aller Leben, unser beruflicher wie unser privater Alltag leben von offenen Grenzen und von grenzüberschreitender Normalität. Freizügigkeit innerhalb des Schengenraumes ist für uns zwingend gebunden an effektiven und durchgreifenden Schutz der EU-Außengrenzen. Im Bewusstsein der politischen

Schwierigkeiten einer gemeinsamen Koordinierung stehen wir fest an der Seite der Länder mit EU-Außengrenzen. Deshalb werden wir die Bemühungen um einen effektiven Grenzschutz unter Wahrung menschenwürdiger Bedingungen unterstützen: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, wenn Migration gezielt als Druckmittel eingesetzt wird. Für uns ist klar: migrationspolitische Herausforderungen können nur gemeinsam und nicht durch nationale Alleingänge gelöst werden.

☐ **Gemeinsame europäische Rechtsgemeinschaft:** Mit Sorge verfolgen wir die Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundsätze und Prinzipien in einigen Mitgliedsstaaten und setzen uns auf europäischer als auch auf Bundesebene für eine enge Bindung der Zuweisung europäischer Mittel an die Einhaltung von Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit ein. Eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft geht für uns einher mit einer nachhaltigen Ausgestaltung der finanziellen Stabilität eines jeden Mitgliedslandes und der Wahrung der durch die Europäischen Verträge geregelten Zuständigkeiten, vor allem bei der Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung und der Bildungs- und Kulturhoheit der Bundesländer.

☐ **Gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum:** Der integrierte Binnenmarkt ist eine einzigartige europäische Erfolgsgeschichte, die uns ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglicht hat. Dennoch erschweren nach wie vor zahlreiche Hindernisse ein reibungsloses Leben, Arbeiten und Wirtschaften diesseits und jenseits der Grenzen. Wir wirken daher sowohl innerhalb der Gremien der Großregion als auch in Berlin und Brüssel auf einen mutigen und beherzten Abbau rechtlicher und administrativer Hürden im grenzüberschreitenden Rahmen hin. Dazu gehört für uns folgende Vorhaben:

- Wir engagieren uns weiterhin für die Ausarbeitung eines Europäischen Wirtschaftsgesetzbuchs in Brüssel und Berlin und leisten damit einen Beitrag dafür, dass auch kleine und mittlere Unternehmen ohne exorbitante Rechtsberatungskosten Investitions- und Wirtschaftschancen in unseren Nachbarländern ergreifen können;
- Wir werden ein Fachgutachten beauftragen, um – im Nachgang zum gescheiterten Verordnungsvorschlag – eine europarechtlich konforme Ausgestaltung des sog. European Cross Border Mechanism (ECBM) auf den Weg zu bringen;
- Wir werden Beratungsangebote für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler ausbauen, um praxistaugliche Hilfe bei Hemmnissen und Problemen geben zu können, die im grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten entstehen. Von besonderer Bedeutung hierbei ist die Expertise der Task Force Grenzgänger.

12.2. Unsere Frankreichstrategie – Herzensanliegen aus echter Verbundenheit und Einstieg in die weitere Internationalisierung des Saarlandes

☐ Die Nähe zu Frankreich und zur frankophonen Welt sowie die Präsenz der französischen Kultur und Sprache sind eine Quelle des kulturellen Reichtums unserer Region, Ausgangspunkt für ökonomische Chancen und ein wichtiger Baustein für die Lebensqualität unserer gemeinsamen Grenzregion. Die daraus erwachsenden Möglichkeiten wollen wir weiterhin nutzen und die erfolgreiche Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen: Wir profitieren dabei von unserem dichten Netzwerk an binationalen Institutionen wie der Deutsch-

Französischen Hochschule, ProTandem, dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, dem Deutsch-Französischen Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft, dem Deutsch-Französischen Bürgerfond, dem Deutsch-Französischen Kulturrat und vielen mehr. In den zurückliegenden Jahren wurde die Kooperation in sämtlichen Bereichen vertieft und erweitert. Beispielhaft zu nennen sind hier die Zusammenarbeit in Hochschule, Forschung und Wirtschaft, dem Bildungs- und Kulturbereich, der Justiz und nicht zuletzt im Gesundheitswesen.

☐ Der im Aachener Vertrag verankerte neue Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das Saarland ein zentrales Gremium, das der deutsch-französischen Kooperation stärkeres politisches Gewicht und mehr Sichtbarkeit verleiht. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Frankreichstrategie ist die Wahrnehmbarkeit des Saarlandes in Frankreich und der frankophonen Welt. Das Saarland wird zunehmend in seiner besonders auf Frankreich orientierten Rolle und Kompetenz wahrgenommen. Dies wurde und wird gerade von französischer Seite in besonderer Weise anerkannt. So wurde das Saarland im Januar 2020 von der „Assemblée des départements de France“ als Ehrenmitglied aufgenommen. Seit Juni 2021 zählt das Saarland zu den Partnern der zukünftigen „Cité internationale de la langue française“. Von zentraler politischer Bedeutung ist für die Landesregierung vor dem Hintergrund die Annäherung an die „Organisation Internationale de la Francophonie“ (OIF) und damit zur frankophonen Welt mit 88 Länder und Regionen mit 300 Millionen Menschen. 2021 wurde die Kandidatur des Saarlandes bei der OIF in Paris vorgestellt. Die neue Landesregierung soll diesen Prozess aktiv begleiten.

☐ **Von der Frankreich-Strategie zur Internationalisierung:** Unsere besondere Kompetenz, unsere enge Verbundenheit und unsere Freundschaft mit unseren Nachbarn in der Großregion stellen wir ins Zentrum unserer Arbeit: Wir werden die erfolgreiche Frankreichstrategie zu einer Internationalisierungsstrategie im Zeichen von Frankreichkompetenz und Mehrsprachigkeit weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört für uns eine enge Anbindung an die Lebensrealität der Menschen, die Bedarfe der Unternehmen und die Kapazitäten im Bildungsbereich. Wir führen die „Mitmachplattform Frankreichstrategie“ fort und speisen die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich in den Prozess ein.

☐ **„Mitmach-Plattform“ als Werkzeugkasten der Frankreich-Strategie:** Mit der Frankreichstrategie steht uns ein international anerkannter und von anderen Bundesländern bereits übernommener „Instrumentenkasten“ zum Ausbau der Mehrsprachigkeit zur Verfügung; damit stärken wir die kulturelle wie wirtschaftliche Anbindung an unsere Partner in der Großregion. Im Hinblick auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der zivilgesellschaftlichen Akteure nutzen wir die „Mitmach-Plattform Frankreichstrategie“, um die konkreten Anliegen kontinuierlich in den Prozess einzuspielen. Wir fördern ein international ausgerichtetes, mehrsprachiges Saarland, indem wir:

- handlungsorientierten Umgang mit der Sprache fördern: Die Vermittlung von Sprachkompetenz im Französischen (im Saarland) und von Sprachkompetenz im Deutschen (in der Großregion) soll es allen ermöglichen, im alltäglichen Leben die Sprache der jeweiligen Nachbarn zu nutzen und diese Kenntnisse zu pflegen;

- Fort- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher massiv ausbauen: Der beste Einstieg in Fremdsprachen muss in einem Alter erfolgen, in dem spielerisches Erlernen noch möglich ist; deshalb brauchen wir hierfür eine Initiative zur Akquise von muttersprachlichen Erzieherinnen und Erziehern;
- Französisch verbindlich ab Klassenstufe 1 unterrichten: diese Forderung beinhaltet aber auch die Möglichkeit, ab Klassenstufe 5 von einer gemeinsamen Basis aus bedarfs- und interesseorientiert weiterzuarbeiten.

☐ **Von der „Mitmach-Plattform" zur Mehrsprachigkeit:** Wir wollen die mehrsprachigen Ausbildungs- und Studienangebote im Saarland mit Partnern in der ganzen Welt weiter ausbauen. Neben Englisch gehören weitere Fremdsprachen zu dem Portfolio. Kombiniert mit unseren frankophonen Kompetenzen ergeben sich aus diesem vielfältigen Angebot einzigartige Möglichkeiten und unzählige Chancen für junge Saarländerinnen und Saarländer. Die Landesregierung will die Möglichkeit, die Alltagssprache unserer Nachbarn zu erlernen, für die Menschen in der Grenzregion noch einfacher machen und dafür auch neue digitale und hybride Möglichkeiten auf der Mitmachplattform nutzen. Wir werden darüber hinaus die Europäische Schule Saarland (ESS), das Deutsch-Französische Gymnasium (DFG) und das Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum als Leuchttürme einer attraktiven und auf europäische Exzellenz ausgerichtete Bildungsorte stärken. Wir unterstützen darüber hinaus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Universität des Saarlandes bei ihren Bemühungen, auch im überaus erfolgreichen Verbund. Unser Ziel ist es, jeder Saarländerin und jedem Saarländer das Rüstzeug dafür an die Hand zu geben, je nach persönlicher Lebensentscheidung sicher in Europa arbeiten und leben zu können und auf die Anforderungen eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes optimal vorbereitet zu sein.

12.3. Unser Handeln grenzüberschreitend denken und ausgestalten

☐ **Grenzüberschreitende Solidarität:** Die COVID-Pandemie hat uns noch einmal stärker ins Bewusstsein gerückt, dass Krankheiten nicht an Grenzen haltmachen. Die Aufnahme von Patienten aus Grand Est hat uns alle in einer existentiellen Notsituation nochmals näher zusammengebracht. Wir bauen weiter an einer gemeinsamen Versorgungsstruktur nach dem Vorbild der Kooperation der SHG Kliniken Völklingen im Bereich der Kardiologie mit dem Reha-Zentrum in Freyming-Merlebach. Gleiches gilt aber auch für die Krisenprävention und einen gemeinsamen Katastrophenschutz. Wir werden daher einen Krisen- und Pandemiestab einrichten, der ein interregionales Krisenmanagement koordinierend übernehmen kann und ein konzertiertes Verhalten im Krisenfall ermöglicht. Neben abgestimmten Hygieneplänen ist unser Ziel, auch zu abgestimmten Situationsbewertungen zu kommen und gemeinsame, interregionale Pandemiepläne auszuarbeiten. Wir brauchen und wollen mehr und bessere interregionale Zusammenarbeit in der Großregion; dies gilt insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, innere Sicherheit und Gesundheitsschutz sowie Gesundheitsversorgung. Dazu wollen wir in den nächsten Jahren die derzeit noch bestehenden administrativen, rechtlichen und logistischen Hemmnisse Schritt für Schritt abbauen.

☐ **Mehr Kooperationen im Gesundheits- und Rettungswesen:** Wir werden das bereits bestehende MOSAR-Abkommen weiterentwickeln und ausbauen, indem wir die Versorgung

bei weiteren Krankheitsbildern mit aufnehmen und eine wohnortnahe Versorgung ermöglichen. Unser Ziel ist ein echter Gesundheitskorridor, in dem medizinische Leistungen diesseits und jenseits der Grenzen erbracht werden können. Darüber hinaus werden wir in einem Expertengremium mit Akteuren der Gesundheitsverwaltung, der Kliniken, der privaten und gesetzlichen Krankenkassen und unter Einbindung unserer Nachbarn bestehende Hemmnisse rechtlicher und versicherungstechnischer Art bündeln und konkrete Schritte zu ihrer Überwindung erarbeiten. Wir streben darüber hinaus eine lückenlose Kooperation der Rettungskräfte dies und jenseits der Grenze der Anrainerstaaten an. Komplementär zur erfolgreichen Kooperation im Bereich der Luftrettung zwischen Luxemburg und dem Saarland sollen künftig auch Feuerwehr und Rettungsdienste grenzüberschreitend koordiniert werden.

- ☐ **Mehr Sicherheit in Europa**: Unser Europa der offenen Grenzen ist ein wertvolles Gut, das wir jederzeit schützen müssen; deshalb müssen kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit dem missbräuchlichen Gebrauch der Freizügigkeit des Schengen-Raums konsequent und effektiv bekämpft werden. Wir kämpfen für eine internationale Ausrichtung unserer Sicherheitsarchitektur, indem wir die Kooperation der Sicherheitsbehörden wie etwa das gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit Luxemburg ausbauen und das bestehende Mondorfer Abkommen konsequent weiterentwickeln. Zudem prüfen wird die Errichtung eines internationalen Polizeipostens in der Region des Dreiländerecks, der die funktionale, reaktionsfähige und grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung verstärken und als ein europäisches Vorbild dienen wird. Darüber hinaus setzen wir auf einen Grenzalarmplan und eine noch engere Abstimmung mit unseren Partnerinnen und Partnern diesseits und jenseits der Grenze und evaluieren auch bundesseitig Möglichkeiten einer noch gefahrenadäquateren interregionalen Kooperation.

- ☐ **Mehr grenzenlose Mobilität:** Mobilitätshemmnisse, fehlende Infrastruktur und eine mangelnde Attraktivität des ÖPNV in unserer Region erschweren nach wie vor den Alltag, den Weg zum Arbeitsplatz, zu Familienangehörigen, Freunden und Bekannten. Wir entwickeln daher ein interregionales Mobilitätskonzept für die Großregion. Im Mittelpunkt steht dabei der Aufbau bzw. die Vertiefung einer funktionierenden Kooperationsstruktur der Verkehrsbetriebe; dies erfordert vor allem eine angemessene technische Infrastruktur sowie eine Verzahnung der Transportangebote zu attraktiven Preisen, die eine echte Alternative zur Individualmobilität darstellen.

- ☐ **Weiterführung des Projekts IBA GR und Initiierung einer grenzüberschreitenden IBA:** IBA (Internationale Bauausstellung) ist ein weltweit anerkanntes und renommiertes Prozessvorhaben, das sich mit der Transformation von Raum und Gesellschaft unter der Berücksichtigung von Architektur, dem Städtebau, der Landschaftsplanung und der Regionalplanung beschäftigt. Das Prä-IBA-Werkstattlabor der htw saar widmete sich in einem breit angelegten partizipativen Prozess, der in die gesamte Großregion ragte, der Frage, in welcher Form ein solches Projekt in der Großregion möglich und machbar wäre. Dabei entwickelten die Akteurinnen und Akteure der Werkstattgespräche und Panels konkrete Ideen und Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung der Grenzregion. Eine Weiterführung dieses Projektes im Sinne eines „Think Tanks“ bietet dem Saarland und seinen Nachbarn erhebliche Chancen in Wirtschaft, Wissenschaft, Mobilität und Kultur.

12.4. Auf gute Nachbarschaft! – aus Problemen gemeinsame Chancen machen

☐ **Grenzüberschreitende Konsenskultur:** Unsere Nachbarregion Grand Est setzt auf die zukunftsorientierte, pragmatische und an den konkreten Interessen der Menschen orientierte Zusammenarbeit mit den Anrainern Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Auch wir werden uns dabei stark engagieren, aber auch den Austausch und die Abstimmung mit den Nachbar-Bundesländern und mit Nordrhein-Westfalen intensivieren; dies gilt für die Interessensvertretung auf der Ebene des Bundesrates und der bestehenden Bund-Länder-Gremien. Wir wollen auch in kritischen Punkten mit unseren Nachbarländern zu Verständigungen und pragmatischen Lösungen kommen; das gilt insbesondere bei Freizügigkeitshemmnissen (wie z. B. bei der A1-Bescheinigung) und bei grenzüberschreitenden Investitionsprojekten.

☐ **Luxemburg und andere gute Nachbarn:** Wir sind fest davon überzeugt: Ein fruchtbarer Austausch auf europäischer Ebene setzt eine noch engere Abstimmung der deutschen Bundesländer untereinander voraus. Hier ist für uns politischer Auftrag: Kooperation vor Konkurrenz. Wir setzen insbesondere auf eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Großherzogtum Luxemburg und werden dazu – komplementär zur Frankreichstrategie – einen strategischen Ansatz zur dauerhaften Intensivierung der Beziehungen ausarbeiten. Dabei bauen wir steuerliche, wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen weiter aus und setzen uns für alltagstaugliche und zweckorientierte Lösungen für alle ein, die diesseits und jenseits der im Alltag eigentlich nicht mehr existierenden Grenze leben und arbeiten. Dazu zählt insbesondere, dass das Saarland bei der Bundesregierung dafür wirbt, das Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg anzupassen, die Anzahl der möglichen Tage im Homeoffice auf 52 pro Jahr zu erhöhen und zu vereinbaren, dass die Steuereinnahmen für diese Tage mit der Bundesrepublik Deutschland geteilt werden. Darüber hinaus wird das Saarland bei der Bundesregierung dafür werben, dass eine bessere Anrechnung von Grenzgängern als Grundlage für die Zuweisung von Steuermitteln an die Kommunen erfolgt. Hierbei darf zukünftig nicht allein auf die Beschäftigungsquote abgestellt werden, da so Pendlerinnen und Pendler etwa nach Luxemburg nicht mehr bei der Verteilung der Einkommenssteuer berücksichtig werden. Kommunen für ihre hohen Quote an Pendlerinnen und Pendlern in Nachbarstaaten bei der Verteilung von steuerlichen Mitteln zu bestrafen, kann nicht dem europäischen Gedanken entsprechen.

☐ **Mehr Engagement für grenzüberschreitende Ausbildungsmöglichkeiten:** Gerade im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt sehen wir ein großes Potential in wechselseitigem Interesse. Wir starten daher eine grenzüberschreitende Ausbildungsinitiative. Wir entwickeln dazu das Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen konsequent fort und streben eine Ausweitung auch auf die anderen Partner in der Großregion an. Dazu gehört eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung, um den Betreuungs- und Beratungsbedarf passgenau decken zu können. Wir prüfen zudem das Potential einer bi- oder trinationalen Vermittlungsagentur, um die Erfahrungen bisheriger Leuchtturmprojekte zu nutzen. Wir wollen darauf hinwirken, dass in Lehrplänen und Ausbildungsordnungen, sofern nicht bereits vorhanden, grenzüberschreitende Praktika stärker in den Blick der Auszubildenden gerückt werden. Wünschenswert wäre es hier, wenn viele junge Menschen sich für eine Station im Ausland entscheiden würden.

12.5. Unser Haus Europa: mehr Chancen für junge Menschen und Partizipation

- ☐ **Bürgerforum der Großregion:** Für eine CDU-geführte Landesregierung ist „Europa“ kein abstraktes Konstrukt, sondern gelebte Realität für alle Saarländerinnen und Saarländer. Wir werden konsequent dafür sorgen, dass Europapolitik noch näher an die Menschen und ihren Alltag heranrückt und die konkreten Bedürfnisse auf allen Ebenen berücksichtigt. Wir werden daher ein Bürgerforum der Großregion ins Leben rufen, aus dessen Mitte Initiativen und Petitionen gestartet werden können: Wir betrachten eine solche regelmäßige Partizipationsmöglichkeit als wesentliches Korrektiv für politische Entscheidungen und zugleich als wesentliches Instrument um den Vorwurf entgegenzuwirken, Europa entferne sich vom Alltag der Menschen.

- ☐ **Mehr Schwung in Städtepartnerschaften bringen:** Städtepartnerschaften sind auch heute noch Zeichen eines gelebten Europas. Wir wollen hier – gemeinsam mit der kommunalen Seite – eine Informations- und Motivationskampagne starten und dabei auch die neuen Möglichkeiten digitaler Kommunikations- und Kollaborationstechniken hinweisen. Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen wiederbelebt und ausgebaut werden, neue Städtepartnerschaften sollen angestoßen werden; sie sind für uns ein effektives Instrument einer kommunalen Europapolitik. Daher wollen wir die daraus entstehenden Chancen zu nutzen.

- ☐ **Stärkung des Deutsch-Französischen und Deutsch-Polnischen Jugendwerks:** Gerade in Zeiten, in denen die Europäische Idee immer kritischer gesehen wird, müssen wir beherzt und offensiv schon bei jungen Menschen Erfahrungsräume für den persönlichen Mehrwert europäischen Austauschs und europäischer Freundschaften eintreten. Dafür sind die Angebote der Jugendwerke eine Chance par excellence. Wir unterstützen dabei mit Nachdruck Bemühungen – aufbauend auf den Erfahrungen der bestehenden Einrichtungen, weitere bilaterale Jugendwerke einzurichten – etwa ein Deutsch-Israelisches und ein Deutsch-Italienisches Jugendwerk.